

# DIPLOMARBEIT / DIPLOMA THESIS

Titel der Diplomarbeit / Title of the Diploma Thesis

„Wunsch und Realität - Arbeitsmarkt für höher  
gebildete Frauen im Österreich der  
Zwischenkriegszeit“

verfasst von / submitted by  
Christina Zitzenbacher

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree  
of

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2017 / Vienna, 2017

Studienkennzahl lt. Studienblatt /  
degree programme code as it appears on  
the student record sheet:

A 190 313 445

Studienrichtung lt. Studienblatt /  
degree programme as it appears on  
the student record sheet:

Lehramtsstudium, UF Geschichte Sozialkunde  
und Politische Bildung, UF Biologie und  
Umweltkunde

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Peter Becker



## Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre hiermit an Eides statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne Benutzung anderer, als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht.

Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Wien, 2017

Christina Zitzenbacher



## Danksagung

An dieser Stelle möchte ich all jenen meinen Dank aussprechen, die mich beim Verfassen meiner Diplomarbeit unterstützt und begleitet haben.

Ganz besonders danke ich Herrn Univ.-Prof. Dr. Peter Becker für die ausgezeichnete Betreuung und die Geduld, die er mir in den letzten Monaten entgegengebracht hat.

Mein Dank gilt auch meinen Eltern Claudia und Roman Schober, die mich während meines Studiums unterstützt haben und ohne die es nie zum Verfassen dieser Diplomarbeit gekommen wäre.

Nicht zuletzt gebührt meinem Ehemann Alexander Zitzenbacher Dank, da er mich während des Schreibprozesses unterstützt und motiviert hat.



## Vorwort

Für das Thema meiner Diplomarbeit habe ich mich nicht sofort, sondern über einige Umwege und Sackgassen entschieden. Mein Interesse am Thema Frauenarbeit und hauptsächlich an der Büroarbeit von Frauen im frühen 20. Jahrhundert wurde bei mir durch eine amerikanische Fernsehserie geweckt. Daraufhin begann ich mich in die Thematik einzulesen. Passend zum Thema entschied ich mich für die Teilnahme am Seminar ‚Arbeit – Raum – Gestaltung. Zur Geschichte und Gegenwart der Büroarbeit in Österreich‘.

Bereits nach der ersten Lehrveranstaltungseinheit war mir klar, dass ich mich richtig entschieden hatte, da die Lehrinhalte meine Interessen widerspiegeln. Meine positive Haltung veränderte sich auch im Laufe des Semesters nicht, sodass ich beschloss, an Herrn Univ.-Prof. Dr. Peter Becker heranzutreten und anzufragen, ob er die Betreuung meiner Diplomarbeit übernehmen könnte.





# Inhaltsverzeichnis

<b>1.</b>	<b>EINLEITUNG</b>	<b>11</b>
<b>2.</b>	<b>METHODIK ZUR BEARBEITUNG DER QUELLEN</b>	<b>14</b>
<b>3.</b>	<b>BILDUNG DER FRAUEN IN DER ZWISCHENKRIEGSZEIT</b>	<b>18</b>
3.1	OTTO GLÖCKEL	18
3.2	FACHSCHULWESEN	23
3.3	MITTELSCHULWESEN	26
3.3.1	DAS NEUE MITTELSCHULGESETZ VON 1927 UND SEINE AUSWIRKUNGEN	26
3.3.2	MITTELSCHULBILDUNG FÜR MÄDCHEN	30
3.3.3	DIE AUSWIRKUNGEN DER WIRTSCHAFTSKRISE AUF DAS MITTELSCHULWESEN ÖSTERREICHS	36
3.3.4	DIE MITTELSCHULVERORDNUNG 1934	39
3.4	UNIVERSITÄTSWESEN	44
3.5	ZUSAMMENFASSUNG	51
<b>4.</b>	<b>„FRAUENSTREBEN UND FRAUENWIRKEN“</b>	<b>54</b>
4.1	BERUFSCHANCEN FÜR FRAUEN	54
4.2	DER EINFLUSS DER MODE	63
4.3	BERUFSWÜNSCHE UND REALITÄTEN AM ARBEITSMARKT	65
4.4	AKADEMISCHE BERUFE	70
4.5	FRAUEN IN HOHEN POSITIONEN IN ÖSTERREICH	82
4.6	ALLGEMEINE ARBEITSLOSIGKEIT	88
<b>5.</b>	<b>ZUGÄNGE ZUM ARBEITSMARKT: GESETZESLAGE UND GESELLSCHAFTLICHE KONVENTIONEN</b>	<b>94</b>

<b>5.1</b>	<b>GESETZE, DIE DIE BERUFSCHANCEN VON FRAUEN EINSCHRÄNKTEN</b>	<b>94</b>
<b>5.2</b>	<b>DAS VERDRÄNGEN WEIBLICHER ARBEITSKRÄFTE</b>	<b>99</b>
<b>5.3</b>	<b>DER EINFLUSS DER GESETZE, BETREFFEND FRAUENARBEIT, AUF DIE DEMOGRAPHISCHE ENTWICKLUNG</b>	<b>103</b>
<b>5.4</b>	<b>DIE FRAU ALS ALLEIN- UND MITVERDIENERIN</b>	<b>107</b>
5.4.1	WOHNEN ALS ALLEIN- UND MITVERDIENERIN	109
<b>5.5</b>	<b>PROBLEME UND VORURTEILE AM ARBEITSPLATZ</b>	<b>111</b>
<b>6.</b>	<b>FREIWILLIGER ARBEITSDIENST</b>	<b>113</b>
<b>6.1</b>	<b>GESETZLICH BESCHLOSSENER, FREIWILLIGER ARBEITSDIENST</b>	<b>113</b>
<b>6.2</b>	<b>FREIWILLIGES ARBEITSLAGER FÜR MÄDCHEN VOM BUND ÖSTERREICHISCHER FRAUENVEREINE</b>	<b>117</b>
<b>7.</b>	<b>RESÜMEE</b>	<b>121</b>
<b>8.</b>	<b>LITERATURVERZEICHNIS</b>	<b>124</b>

# 1. Einleitung

*„Ich verbrachte eine schlaflose Nacht, mein ganzes Wesen war in Aufruhr, denn es war mir die unzweckmäßige Erziehung und die Benachteiligung des Frauengeschlechtes mit einem Male ganz klar geworden. So konnte es nicht bleiben, dies wurde mir zur Gewißheit. So griff ich zur Selbsthilfe und zur Feder (...).“<sup>1</sup> (Marianne Hainisch)*

Dieses Zitat von Marianne Hainisch, der Leitfigur der Frauenbewegung in Österreich, ist inspirierend und soll den Leser zum Nachdenken anregen, wie hart Frauen im 19. und 20. Jahrhundert für ihre Rechte kämpfen mussten. Marianne Hainisch wurde 1839 in eine Zeit geboren, in der die ‚Frauenfrage‘ in Österreich an Bedeutung gewann. Sie war die Vorreiterin im Kampf für die Rechte der Frauen in Österreich und zeitlebens war es ihr ein Anliegen sich für diese einzusetzen.<sup>2</sup>

Frauen waren nach dem Ersten Weltkrieg immer noch in der Ausbildung und am Arbeitsmarkt gegenüber ihren männlichen Kollegen benachteiligt. Die durch die Folgen des Ersten Weltkrieges und der darauffolgenden Wirtschaftskrise verursachte prekäre Situation am österreichischen Arbeitsmarkt und der neuerliche Vorstoß von Frauen in traditionell männliche Berufssparten verstärkten das bereits angespannte Verhältnis zwischen Männern und Frauen die Erwerbsarbeit betreffend. Daher konnte man Versuche von Seiten männlicher Arbeitnehmer und Arbeitgeber beobachten, Frauen aus dem Berufsleben zu verdrängen und wieder auf die Rolle der Hausfrau und Mutter zu beschränken.

Das Alltagsleben einer Frau in der Zwischenkriegszeit zeigte hingegen meist eine Doppelbelastung von Familie, Haushalt und dem Beruf mit geringer Entlohnung, die für die Versorgung der Familie allerdings unabdingbar war.

In der vorliegenden Arbeit soll besprochen werden, in welchen Berufen Frauen und besonders höher gebildete Frauen in der Zwischenkriegszeit tätig waren und ob diese Tätigkeiten ihrem Ausbildungsniveau entsprachen.

---

<sup>1</sup> Weissensteiner: Michael Hainisch, S. 8.

<sup>2</sup> Hauch: "Arbeit, Recht und Sittlichkeit" Themen der Frauenbewegungen in der Habsburgermonarchie, S. 965 ff.

Um diese Frage zufriedenstellend beantworten zu können, muss zuerst ermittelt werden, welche Bildungsmöglichkeiten Frauen in dieser Zeit überhaupt offen standen und ob es grundlegende gesetzliche Regelungen für den Zugang von Frauen zur Bildung gab. Die Frage, was höhere Bildung in der Zwischenkriegszeit für Frauen bedeutete und welche Ausbildung Frauen absolvieren mussten, um als höher gebildet zu gelten, geht mit der oben gestellten Frage Hand in Hand.

Ein weiterer Punkt, der einer Untersuchung bedarf, sind die gesetzlichen Regelungen und Bestimmungen den Arbeitsmarkt der Frauen betreffend. Als regionaler Schwerpunkt dieser Arbeit wurde Wien gewählt.

Mit Hilfe der oben genannten Forschungsfrage wurden folgende Thesen aufgestellt. Die erste lautet, dass Mädchen und jungen Frauen in der Zwischenkriegszeit sehr viel weniger Bildungseinrichtungen zur Verfügung standen als Knaben und jungen Männern. Eine weitere ist, dass die Fächerauswahl der Schülerinnen jener der männlichen Schüler nicht ebenbürtig war. Mit dieser Arbeit möchte ich auch die Probleme, mit denen Frauen am Arbeitsmarkt der Zwischenkriegszeit zu kämpfen hatten, analysieren und bewerten. Frauen waren zu dieser Zeit noch gewisse Berufe von Gesetzes wegen verwehrt und erwerbstätige Frauen hatten auch mit Ressentiments und Vorurteilen zu kämpfen. Weiters werde ich analysieren, ob höhere Bildung und etwaige darauffolgende bessere Positionen im Berufsleben ein Privileg der besser situierten Familien waren. Die letzte meiner Thesen besagt, dass es für Frauen am Ende der Ersten Republik mit dem Beginn des Austrofaschismus wieder schwieriger wurde, eine höhere Ausbildung zu absolvieren und anschließend in einer gehobenen Position zu arbeiten.

Die eben genannten Thesen werden aus der Sicht des Bundes österreichischer Frauenvereine, in weiterer Folge BÖFV genannt, bearbeitet. Dazu wurde die vom BÖFV herausgegebene Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ als Primärquelle verwendet. Die Wahl fiel auf diese Zeitschrift, da sie eine für interessierte und höher gebildete Frauen ausgelegte Zeitschrift der Zwischenkriegszeit in Österreich war. Es wurden verschiedene Themen, welche die Zielgruppe dieser Arbeit betreffen, angesprochen und man findet zudem auch politische Artikel, die diese Zeitschrift zu einer interessanten Quelle für die Geschehnisse der

damaligen Zeit machen. Die folgende Analyse versteht sich als eine Recherche-Analyse und verwendet die Stellungnahme der Zeitschrift als einen Zugang zur politischen und medialen Auseinandersetzung mit der höheren Bildung von Frauen und den Chancen gebildeter Frauen am Arbeitsmarkt. Dies erfordert eine kritische Auseinandersetzung mit dem Bund österreichischer Frauenvereine als Herausgeber der bereits erwähnten Zeitschrift.

In den Kapiteln der nachfolgenden Arbeit wird als Erstes die Frage der Bildung von Frauen in der Zwischenkriegszeit diskutiert. Dabei wird näher auf das damalige Fachschulwesen, sowie das Mittelschulwesen mit seinen Reformen im Laufe der Ersten Republik und des Austrofaschismus eingegangen. Zum Abschluss des ersten Kapitels setze ich mich noch mit der Situation von Frauen an den Universitäten auseinander.

Im zweiten der vier Kapitel werden die Berufschancen höher gebildeter Frauen und die Realität am Arbeitsmarkt der Zwischenkriegszeit zum Thema. Nicht unerwähnt bleiben dürfen die damals allgegenwärtige Arbeitsnot und die Doppelbelastung durch Familie und Beruf, der viele Frauen ausgesetzt waren. Es werden die akademischen Berufe, die von Frauen ergriffen werden konnten, beleuchtet und Frauen, die bereits in höheren Positionen tätig waren, vorgestellt. Im dritten Kapitel wird der Fokus auf Probleme, mit denen weibliche Erwerbstätige am Arbeitsmarkt konfrontiert waren, gelegt. Dabei werden Gesetze, Vorurteile, sowie auch die Bestrebung, Frauen größtenteils vom Arbeitsmarkt zu verdrängen, angesprochen. Der Einfluss von Gesetzen, weibliche Arbeitnehmer betreffend, auf die demographische Entwicklung in Österreich wird ebenfalls diskutiert.

Das letzte der vier Kapitel beschäftigt sich mit dem Versuch der Eindämmung der steigenden Jugendarbeitslosigkeit durch die Einführung des freiwilligen Arbeitsdienstes zu Beginn der 1930er Jahre. In diesem Zusammenhang darf auch das freiwillige Arbeitslager, das vom BÖFV für arbeitslose Mädchen in Wien errichtet wurde, nicht unerwähnt bleiben.

Abschließend wird eine Zusammenfassung der erarbeiteten Erkenntnisse, die im Laufe dieser Arbeit gewonnen wurden, präsentiert.

## 2. Methodik zur Bearbeitung der Quellen

Als Hauptquelle wird – neben dem Blick auf die Veränderungen im normativen Bereich – die österreichische Zeitschrift *Die Österreicherin* herangezogen.<sup>3</sup>

Sie wird in meiner Diplomarbeit mit Hilfe einer qualitativen Inhaltsanalyse bearbeitet. Die Inhaltsanalyse oder ‚content analysis‘ wurde zu einer, der Methode des Befragens oder Beobachtens ebenbürtigen Forschungstechnik der sozialwissenschaftlichen Erhebung von Daten.<sup>4</sup>

Bevor ich schließlich mit der Bearbeitung meiner Quellen beginnen konnte, musste ich die für mein Vorhaben geeignetste Vorgehensweise ermitteln. Hierbei fiel meine Wahl auf die deduktive Variante der qualitativen Inhaltsanalyse. Die für eine Inhaltsanalyse benötigten Kategorien werden hierbei direkt in einem Dialog mit der Quelle und der Forschungsfrage erstellt und theoretisch reflektiert.<sup>5</sup>

Im Laufe der Bearbeitung führte ich auch eine Analyse der Entstehungsbedingungen dieser Quelle durch. *Die Österreicherin* wurde vom BÖFV in Wien in den Jahren von 1928 bis 1938 als Monatsblatt herausgegeben. Die Schriftleitung hatte von 1928 bis zur Septemбераusgabe im Jahr 1932 Frau Eugenie Palitschek inne. Bei der Oktoberausgabe des Jahres 1932 übernahm Marianne Hönig kurzfristig die Aufgabe der Schriftleitung, bis mit November 1932 Frau Ernestine Fürth diese Position bis zur letzten Ausgabe im Jahr 1938 übernahm. Fürth verfasste neben ihrer Funktion als Schriftleiterin auch zahlreiche Artikel für die Zeitschrift. Der Großteil der Artikel der *Österreicherin* wurde von Mitgliedern des BÖFV oder von anderen, für das Wohl ihrer Weggefährtinnen engagierten Frauen, verfasst. Deshalb sind die Argumente und Standpunkte der Artikel teilweise sehr feministisch geprägt. Nur ein sehr geringer Teil der Artikel wurde von männlichen Autoren verfasst, wobei diese Ehemänner von Mitgliedern des BÖFV waren oder auf einem Frauenthemen betreffenden Gebiet forschten. Der BÖFV wurde 1902 von Marianne Hainisch nach dem Vorbild des ‚International Council of Women‘ (ICW) gegründet. Er war eine Dachorganisation,

---

<sup>3</sup> Die Österreicherin (Wien, 1928 – 1938): Monatsblatt für alle Interessen der Frau; Organ des Bundes österreichischer Frauenvereine.

<sup>4</sup> Merten: Inhaltsanalyse, S. 48.

<sup>5</sup> ebenda, S. 316.

die jedem integrierten Verein die Möglichkeit bot, eigenen Aktivitäten nachzugehen, wobei das Ziel dieser Tätigkeiten meist ein soziales war.<sup>6</sup>

Der Dachverband bürgerlicher Frauenvereine sollte den Zusammenhalt der österreichischen Frauenvereine verstärken und die bürgerliche Frauenbewegung einen. Er war auch keiner politischen Partei unterstellt. Im Gründungsjahr 1902 schlossen sich folgende neun Vereine zum BÖFV zusammen: ‚Allgemeiner österreichischer Frauenverein‘, ‚Verein Frauenbund‘, ‚Verein Lucina‘, ‚Frauenerwerbsverein‘, ‚Niederösterreichischer Frauenerwerbsverein‘, ‚Wiener Frauenerwerbsverein‘, ‚Verein für erweiterte Frauenbildung aus Wien‘, ‚Wiener Hausfrauenverein‘ und der ‚Verein Kunstschule für Frauen und Mädchen‘. Im Jahr 1903 bestand der Bund aus 26 Vereinen und im Jahr 1914 waren bereits 90 Vereine unter dem Dachverband BÖFV zusammengeschlossen.<sup>7</sup> Der BÖFV setzte sich besonders für Gleichberechtigung und bessere Ausbildungsmöglichkeiten der Frauen ein, wie auch für ihre bessere Rechtsstellung. Weitere Anliegen waren auch die Liberalisierung des Abtreibungsrechtes, die Friedenspolitik sowie der Kampf gegen Prostitution und Alkoholismus.<sup>8</sup>

Sozialdemokratische und christliche Frauenvereine traten dem BÖFV aufgrund politischer Differenzen nicht bei.<sup>9</sup>

Die sozialdemokratischen Frauenvereine hatten zum Teil ähnliche Ziele wie der BÖFV. Dazu zählten eine bessere Ausbildung und bessere Chancen für Frauen am Arbeitsmarkt, wobei ihr Hauptaugenmerk auf den Arbeiterfrauen lag. Im Gegensatz zu den bürgerlichen Frauenvereinen, waren die sozialdemokratischen Frauenvereine Parteiorganisationen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und mussten sich dieser unterordnen. Aus diesem Grund traten sie dem BÖFV nicht bei. Für die leitenden Funktionäre der Partei wurde der Klassenkampf als wichtiger erachtet, als das Streben der Frauen nach Gleichberechtigung.<sup>10</sup>

Die christlichsozialen Frauenvereine teilten die Bestrebungen nach Gleichberechtigung, Frauenstimmrecht und bessere Ausbildung für Frauen und Mädchen mit dem BÖFV nicht und waren auch gegenüber der Erwerbstätigkeit

<sup>6</sup> Urban: Die Entwicklung der Österreichischen Frauenbewegung, S. 35-64.

<sup>7</sup> Halwax: Die gesellschaftliche Stellung der Frau und die Anfänge der Frauenbewegung in Österreich, S. 36.

<sup>8</sup> Urban: Die Entwicklung der Österreichischen Frauenbewegung, S. 35-64.

<sup>9</sup> ebenda.

<sup>10</sup> Popp: „Der Weg zur Höhe. Die sozialdemokratische Frauenbewegung Österreichs, S. 101.

von Frauen negativ eingestellt. Als Unterstützerinnen der Christlichsozialen Partei waren sie dieser auch unterstellt und teilten die Sicht der Partei den Frauen gegenüber. Die Christlichsoziale Partei war von katholischen Werten geprägt und definierte Frauen mit den drei K's: Kirche – Küche – Kinder und ihre weiblichen Mitglieder identifizierten sich auch mit diesem veralteten Rollenbild.<sup>11</sup>

Die Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ ist vollständig in der österreichischen Nationalbibliothek vorhanden. Sie wurde jedoch auch komplett eingescannt und in den Online-Zeitschriftenkatalog ‚ANNO‘ der Nationalbibliothek in Wien aufgenommen, was mir den Zugang wesentlich erleichterte.

Bei einer deduktiv-qualitativ-strukturierenden Inhaltsanalyse gibt es keine unumstrittene Vorgehensweise. Ich orientiere mich am drei Punkte Modell, das von Lisch und Kriz in ihrem Werk ‚Grundlagen der Modelle der Inhaltsanalyse‘ beschrieben wird. Das Modell besagt, dass die Kategorien alle relevanten Inhalte abdecken, klar formuliert sein und sich eindeutig auf die Forschungsfrage beziehen müssen.

Der letzte Punkt erscheint mir allerdings gegenstandslos, da die Kategorien in einem Dialog mit der Quelle und der Forschungsfrage gebildet werden.

Die festgelegten Kategorien lauten:

- Bildungssystem und Ausbildung Jugendlicher
- Berufswünsche und ausgeübte Berufe von Frauen
- Gesetze und Regelungen die Frauen, den Arbeitsmarkt oder den Arbeitsalltag betrafen
- Probleme von Frauen am Arbeitsplatz
- Politik (Innenpolitik, Wirtschaftskrise, Austrofaschismus und Erste Republik)

Bei der Erstellung der Kategorien achtete ich darauf, dass die Informationen, welche für die Beantwortung meiner Forschungsfrage essentiell waren, abgedeckt wurden. Es konnten nicht alle gesammelten Informationen für eine weitere Bearbeitung verwendet werden. Daher verzichtete ich auch auf für die Forschung weniger relevante Passagen.

---

<sup>11</sup> Braukmann: „Die kapitalistische Gesellschaft schachert mit Allem und Jedem“, S. 11-12.



Ich musste nur darauf achten, keine gewichtige Information auszulassen. Gemäß dem zweiten Punkt von Lisch und Kriz war ich darauf bedacht, die Formulierungen der Kategorien klar zu wählen, um etwaige Unklarheiten zu vermeiden. Außerdem mussten die einzelnen Passagen der Quelle eindeutig einer einzelnen Kategorie zuordenbar sein, damit es mir überhaupt möglich war, eine aussagekräftige Analyse durchzuführen. Um das gewährleisten zu können, durften sich die Kategorien weder ähneln, noch überschneiden.<sup>12</sup>

Bei den Vorbereitungen zur Qualitativen Inhaltsanalyse dieser Zeitschrift las ich die gesamten Ausgaben zuerst überblicksmäßig durch, um mir eine Übersicht über den Inhalt zu verschaffen und mir über die Art der Untersuchungsmethode, die ich verwenden wollte, klar zu werden. Nach dieser ersten Phase entschloss ich mich für die oben vorgestellte Methode der deduktiv-qualitativ-strukturierenden Inhaltsanalyse.

Im Folgenden stellte ich, wie bei dieser Methode üblich, die bereits erwähnten Kategorien für die Bearbeitung auf, woraufhin ich die Zeitschriften erneut las, um mir zu jedem Artikel kurze Notizen zum genauen Inhalt zu machen. Als Resultat daraus konnte ich das Gelesene bereits gedanklich zuordnen. Nach Fertigstellung meiner Kartei ordnete ich die relevanten Artikel jeweils einer Kategorie zu.

Durch diese Eingrenzung wurde die große Menge an Informationen aus zehn Jahren auf die für meine Forschungsfrage relevanten Informationen begrenzt.

Die bei Mayring erwähnten Ankerbeispiele, welche die Eindeutigkeit der Kategorien sichern sollen, waren bei der Erarbeitung der relevanten Passagen und deren Zuordnung sehr hilfreich für mich, da ich dadurch das Wesentliche der unterschiedlichen Kategorien nicht aus den Augen verlor. Sollte es trotz der eindeutigen Kategorien zu Zuordnungsproblemen kommen, stellte ich Regeln für die Zuordnung auf, um eine aussagekräftige Analyse gewährleisten zu können. Dies war für eine ordnungsgemäße Analyse meiner Quelle notwendig, um ihren Inhalt und die Ergebnisse in meiner Diplomarbeit bearbeiten zu können.<sup>13</sup>

---

<sup>12</sup> Lisch, Kriz: Grundlagen der Modelle der Inhaltsanalyse, S. 69-71.

<sup>13</sup> Mayring: Qualitative Inhaltsanalyse, S. 82-89.

### 3. Bildung der Frauen in der Zwischenkriegszeit

#### 3.1 Otto Glöckel

Mit dem Beginn der Zwischenkriegszeit wurden den Frauen Rechte und Möglichkeiten gegeben, die ihren Alltag einschlägig veränderten. Als wichtigste Veränderungen für Frauen können das Stimmrecht und der formale Zugang zu allen Bildungseinrichtungen genannt werden. Zuvor war es nur einem kleinen Teil der weiblichen Bevölkerung möglich, eine weiterführende Schule zu besuchen und nur sehr wenige Frauen besuchten eine Hochschule, da sie zu den meisten Studienrichtungen noch nicht zugelassen waren.<sup>14</sup>

*„Als ordentliche Hörerinnen durften Frauen im Wintersemester 1897/98 nur an der Philosophischen Fakultät immatrikulieren. Im Wintersemester 1900/01 folgten die Medizinischen Fakultäten. Politischer Hintergrund für die Öffnung der Medizinischen Fakultät war ein Mangel an weiblichen Ärzten für das seit 1878 unter Habsburger Verwaltung stehende Bosnien Herzegowina, wo vor allem muslimische Frauen die Untersuchungen durch Männer verweigerten. Die juristischen Fakultäten konnten die Aufnahme von Studentinnen bis 1919, die evangelisch-theologischen bis 1923, das Institut für Österreichische Geschichtsforschung bis 1929 und die katholisch-theologischen Fakultäten bis 1946 verhindern.“<sup>15</sup>*

Zu Beginn der Zwischenkriegszeit, während der ersten Koalitionsregierung zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten, war es Otto Glöckel, der als sozialdemokratischer Bildungspolitiker, Reformpädagoge und Lehrer, eine große Schulreform in Wien anstrebte.<sup>16</sup> Eine der größten Bestrebungen Glöckels zu Beginn seiner Amtszeit als Bildungsminister war es, die bisher als Entscheidungsträger in Schulfragen fungierenden Bürokraten durch qualifizierte Pädagogen zu ersetzen.<sup>17</sup>

<sup>14</sup> Schilder: Die studierte Frau, In: Handbuch der Frauenarbeit in Österreich, hrsg. von der Kammer für Arbeit und Angestellte, Wien 1930, S. 313.

<sup>15</sup> Griesebner: Feministische Geschichtswissenschaften, S. 45-46.

<sup>16</sup> Dudek: Jugend als Objekt der Wissenschaft, S. 158.

<sup>17</sup> Schöffl: Schule im Wandel, S. 70.

Die zu Beginn der Zwischenkriegszeit initiierte Schulreform war geprägt von reformpädagogischen Strömungen und der sozialistischen Bildungspolitik dieser Zeit.<sup>18</sup> Diese Reform sollte ein Schul- und Bildungsreformkonzept hervorbringen, welches das komplette Bildungssystem von der Kinderkrippe bis zur Universität durchzieht. Aus diesem Grund wurden Einheitsschulen geplant, welche bis zum Ende der Schulpflicht mit dem 15. Lebensjahr von allen Schülern und Schülerinnen besucht werden sollten. Erst danach sollte entschieden werden, ob sich der junge Mensch für eine weiterführende akademische Ausbildung eignete oder einen praktischen Beruf erlernen sollte.<sup>19</sup>

Ein weiteres Anliegen der Reform war die Durchführung von sozialpolitischen Maßnahmen, wie Lehrmittelfreiheit und der Ausbau des Stipendienwesens. Das heißt, es wurde die Chancengleichheit für alle Schüler und Schülerinnen gefordert.<sup>20</sup>

Der Abhandlung ‚Jugend als Objekt der Wissenschaft‘ von Peter Dudek ist dieses Anliegen nach Chancengleichheit ebenfalls zu entnehmen. Dudek schildert auch die Bestrebungen Glöckels, ein demokratisches Schulsystem in Wien zu kreieren. Von dort ausgehend sollten die übrigen Schulen Österreichs reformiert werden.<sup>21</sup> Ein weiteres Interesse der Reform galt der Trennung von Ausbildung und Kirche. Im Zuge der Reform wurde der Besuch des Religionsunterrichtes für Schüler und Schülerinnen nicht mehr zwingend angeordnet, sondern konnte freiwillig erfolgen.<sup>22</sup> Diese Regelung trat am 10. April 1919 mit dem ‚Glöckel-Erlass‘ in Kraft. Dieser untersagte, wie schon erwähnt, jeden Zwang der Schüler und Schülerinnen zur Teilnahme an religiösen Übungen. Der Erlass hob auch die Verpflichtung der Lehrer und Lehrerinnen zur Beaufsichtigung der Schüler und Schülerinnen bei religiösen Übungen auf und beseitigte die Berücksichtigung der Teilnahme an selbigen bei der Notengebung.

Glöckel wurde aufgrund dieses Erlasses von Seiten der Kirche und der Christlichsozialen Partei, die sich als verlängerter Arm der katholischen Kirche sah, massiv kritisiert. Olechowski schreibt in seinem Aufsatz ‚Schulpolitik‘, dass er im ‚Glöckel-Erlass‘ auch einen Grund dafür sah, warum die katholischen

<sup>18</sup> Adler: Schriften zur Erziehung und Erziehungsberatung (1913 – 1937), S. 19.

<sup>19</sup> Glöckel: Das Tor der Zukunft (1917). In: Glöckel, Otto: Ausgewählte Schriften und Reden, S. 108f.

<sup>20</sup> ebenda, S. 99-121.

<sup>21</sup> Dudek: Jugend als Objekt der Wissenschaft, S. 158.

<sup>22</sup> Zahra: The Lost Children, S. 101.

Organisationen die Schulreformen in der Ersten Republik geschlossen ablehnten.<sup>23</sup>

Hier war jedoch kein neuer Konflikt entstanden, sondern es setzte sich ein bereits schwelender Konflikt zwischen Sozialdemokratie und Kirche fort. Die Sozialdemokratische Partei plädierte schon seit geraumer Zeit für eine Trennung von Schule und Kirche.<sup>24</sup> Die katholische Kirche und kirchliche Organisationen setzten sich Hand in Hand mit den Christlichsozialen immer wieder für mehr Einfluss der Kirche in Schulfragen ein. Die Einführung einer konfessionellen Schule war ihr wahres Bestreben.<sup>25</sup> Der ‚Glöckel-Erlass‘ brachte somit keinen neuen Konflikt hervor, sondern verhärtete nur die Fronten zwischen den genannten Parteien.

Wie in diesem Kapitel bereits angedeutet wurde, waren nicht alle drei großen Parteien der Ersten Republik (Christlichsoziale Partei, Deutschnationale Partei und Sozialdemokratische Arbeiterpartei) Befürworter der Neuerungen im Schulwesen durch die Reformen Otto Glöckels.

Die Kirche war durchaus an einer Veränderung des Schulsystems interessiert, jedoch hatte sie andere Ziele als Glöckel. Wie man dem 1922 verfassten Hirtenbrief entnehmen kann, widersprachen die Vorstellungen der Kirche und der Christlichsozialen Partei den Reformen Glöckels:

*„Der ganze Unterricht der katholischen Jugend wird in allen öffentlichen als auch nichtöffentlichen Schulen der Lehre der katholischen Religion angemessen sein. Die Bischöfe aber werden kraft des ihnen eigenen Hirtenamts die religiöse Erziehung der Jugend in allen öffentlichen und nichtöffentlichen Lehranstalten leiten und sorgsam darüber wachen, daß bei keinem Lehrgegenstand etwas vorkomme, was dem katholischen Glauben und der sittlichen Reinheit zuwiderläuft.“ (Konkordat, Fünfter Artikel)<sup>26</sup>*

---

<sup>23</sup> Olechowski: Schulpolitik, S. 590f.

<sup>24</sup> Zulehner: Kirche und Austromarxismus, S. 31-36.

<sup>25</sup> Achs: Das Schulwesen in der Ersten Österreichischen Republik, S. 17-20.

<sup>26</sup> Achs: Otto Glöckel. Ausgewählte Schriften und Reden, S. 188.

Laut den Vorstellungen der Kirche und der Christlichsozialen Partei mussten der Unterricht und die Schulen ihren konfessionellen Charakter beibehalten und eine Trennung von Bildung und Kirche war undenkbar. Das Lehrpersonal sowie die Schülerinnen und Schüler sollten von Andersgläubigen getrennt werden und der Religionsunterricht sollte in alle Unterrichtsgegenstände einfließen und der Mittelpunkt der christlichen Erziehung in Schulen werden. Als Grundlage für diese Erziehung sollte die Bibel dienen.<sup>27</sup>

Die Deutschnationale Partei war anfangs gegenüber Glöckels Schulreform positiv eingestellt. Doch sie bemängelte bald das Fehlen des Nationalgedankens in der Reform. Für sie war die neue Schule zu wenig ‚nationale Schule‘. Die Schüler und Schülerinnen sollten lernen, Österreich als ein ‚deutsches Land‘ zu sehen und ein Zugehörigkeitsgefühl entwickeln. Dieser Punkt wurde laut der Deutschnationalen Partei bei der Schulreform vernachlässigt.<sup>28</sup>

Folgender Standpunkt in Bezug auf die Schulreform wurde von der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei vertreten:

*„Wir wiederholen, die Schulreform ist nicht sozialdemokratisch, aber dadurch, daß die Deutschnationalen zu dem Verrat der Anschlußidee den Verrat an der Schulreform gesellen, dadurch, daß die Klerikalen nur im Bischof den führenden Schulfachmann erblicken dürfen, dadurch, daß die Sozialdemokraten die Wurzel ihrer Kraft, ihrer Entfaltung, ihrer Wirksamkeit in der Hebung der allgemeinen Volksbildung erblicken müssen, dadurch werden die Sozialdemokraten ganz naturgemäß zu Trägern und Verteidigern der Schulreform!“<sup>29</sup>*

Die Einsprüche und Gegenwehr von Seiten der Christlichsozialen und der Deutschnationalen Partei konnten jedoch nicht verhindern, dass die Bemühungen von Glöckel, über die Zwischenkriegszeit hinaus spürbar sind. Ein

---

<sup>27</sup> Achs: Otto Glöckel. Ausgewählte Schriften und Reden, S. 189.

<sup>28</sup> ebenda, S. 190.

<sup>29</sup> ebenda, S. 191.

Leitspruch Otto Glöckels lautete „*Bei Schulreformen ist nur ein Vorwärts möglich jedoch kein Zurück*“.<sup>30</sup>

Glöckel begann mit seinen Bemühungen ohne auf Arbeiten oder Ideen von Vorgängern zurückgreifen zu können und schuf mit seinen Reformen eine Basis, auf der alle zukünftigen Schulreformen des zwanzigsten und einundzwanzigsten Jahrhunderts aufbauen konnten. Durch seine Reform wurde es möglich, dass ab 1919 auch Mädchen Knabenschulen besuchen konnten. Schon 1933 waren bereits 30% der Schüler an Knabenschulen Mädchen.<sup>31</sup>

Bis zu Glöckels Reform konnten Mädchen nur Mädchenlyzeen besuchen, um höhere Bildung zu erlangen. Die Reifeprüfung an Mädchenlyzeen berechnigte die Absolventinnen jedoch nicht zum Studium. Sie durften die Universitäten nur als außerordentliche Hörerinnen besuchen.<sup>32</sup>

Mit seinen Bemühungen zur Reformierung des Schulsystems ebnete Otto Glöckel allen jungen Frauen, die sich eine höhere Bildung erwerben wollten, den Bildungsweg. Viele seiner damaligen grundlegenden Ideen für ein neues Schulsystem sind auch noch heute, im einundzwanzigsten Jahrhundert, zu finden.

---

<sup>30</sup> Rolff: Schule in der Wissensgesellschaft – Neue Verwerfungen und neue Chancen?, S. 9

<sup>31</sup> ebenda.

<sup>32</sup> Glöckel: Das Tor der Zukunft (1917). In: Glöckel, Otto: Ausgewählte Schriften und Reden, S. 99-121.

## 3.2 Fachschulwesen

Zeitgleich mit den Reformen des Mittelschulwesens, die von mir im nächsten Kapitel behandelt werden, wurde auch die Reformierung des Fachschulwesens in Angriff genommen. Im Zuge dessen wurde eine allgemeine Definition für diesen berufsbildenden Schultyp verfasst, die auch im ‚Handbuch für das Berufs- und Fachschulwesen‘ von Kühne Erwähnung findet.<sup>33</sup> Diese Definition lautet:

*„Als Fachschulen sind solche Schulen anzusehen, die eine Ausbildung für einen bestimmten Beruf in vollem Tagesunterricht vermitteln, der mindestens ein Jahr umfasst.“<sup>34</sup>*

Im Bereich des Fachschulwesens gab es für junge Frauen eine breite Auswahl an Berufen, die sie erlernen konnten. Dies stand konträr zum Mittelschulwesen, wo ihnen nur wenige Lehreinrichtungen zur Verfügung standen.<sup>35</sup> Diese Vielfalt an unterschiedlichen Fachschulrichtungen wurde in der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ veranschaulicht und in diesem Teil meiner Arbeit gehe ich näher darauf ein.

Diese berufsbildenden Schulen wurden, abgesehen von der Einteilung in die unterschiedlichen Ausbildungssparten, noch in vorbereitende und weiterführende Fachschulen unterschieden.<sup>36</sup>

Im Buch ‚Die berufsbildende Schule‘ kommt auch Grüner auf die breite Auswahl der Fachschulen für Mädchen zuspochen, welche Olly Schwarz im zuvor genannten Artikel erwähnte. Grüner beschrieb die Bezeichnungen der berufsbildenden Schulen als einen dichten Wald aus unterschiedlichen Namen ohne jegliche Gliederung oder Zuordnung zu Ausbildungsschwerpunkten. Bereits in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts wurde von verschiedenen Seiten verlangt, eine Vereinheitlichung der berufsbildenden Schulen durchzuführen. Im Jahr 1937 kam es zur Verwirklichung der Forderung und die Schultypen wurden in drei Kategorien je nach Ausbildungsart zusammengefasst. Diese drei neuen

<sup>33</sup> Pahl: Berufsbildende Schulen, Bestandsaufnahme und Perspektiven, S. 62.

<sup>34</sup> Kühne: Handbuch für das Berufs- und Fachschulwesen, S. 313.

<sup>35</sup> Schwarz: Das Fachschulwesen für die weibliche Jugend. In: Die Österreicherin (1928), Nr. 6, S. 5-6.

<sup>36</sup> ebenda, S. 317.

Formen wurden als Berufsschule, Fachschule und Berufsfachschule bezeichnet. Berufs- und Fachschule waren beide berufsergänzend, wobei die Berufsschule eine Teilzeit- und die Fachschule eine Vollzeitschule waren. Die Berufsfachschule war sozusagen eine Mischung aus den beiden anderen Schultypen und wurde als berufsvorbereitende Vollzeitschule geführt.<sup>37</sup> Wollten junge Frauen eine Berufsschule besuchen, hatten sie die Möglichkeit, die zweijährige Handelsschule, die vierjährige Handelsakademie oder die gewerblich-technische Mittelschule zu absolvieren.<sup>38</sup>

Mädchen standen während der Zwischenkriegszeit, laut der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘, verschiedene Sparten von Fachschulen zur Auswahl. Die am häufigsten besuchten waren die gewerblichen Fachschulen, die Koch- und Haushaltungsschulen, die Landwirtschafts- und Gartenbauschulen, die Handelsschulen, die Kindergartenbildungsanstalten und die sozialen Frauenschulen. Die einzelnen Fachschulen waren jeweils auf einen bestimmten Beruf spezialisiert. So war zum Beispiel die Sparte der gewerblichen Fachschulen in fünf Berufskategorien unterteilt, die erlernt werden konnten. Die erste Unterkategorie war die Frauengewerbeschule, dort wurde man zur Kleidermacherin für Frauen- und Kinderbekleidung ausgebildet. In der graphischen Lehr- und Versuchsanstalt erlernte man den Beruf der Photographin und mit einer Zusatzausbildung für den der Illustratorin. Die dritte Fachschule in dieser Sparte war die Bundeslehranstalt für Textilindustrie, hier konnten sich Mädchen zur Strickerin, Weberin oder Musterzeichnerin ausbilden lassen. Die vierte Fachschule war die technisch-gewerbliche Bundeslehranstalt für Maschinenbau und Elektrotechnik, wobei diese Fachschule laut der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ nur von sehr wenigen Mädchen besucht wurde. Bei einigen der erlernten Berufe war auch ein Praktikum im jeweiligen Beruf nötig, um den Gesellenbrief zu erhalten.<sup>39</sup>

Ida Mauthner argumentierte in ihrem Artikel in der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘, dass es für Frauen, die eine Frauengewerbeschule besuchten, eine maßgebliche Erleichterung für ihr zukünftiges Berufsleben gab. Sie bezog sich dabei auf die

---

<sup>37</sup> Grüner: Die berufsbildende Schule (BbSch), S. 43.

<sup>38</sup> Scheipl, Seel: Die Entwicklung des österreichischen Schulwesens von 1750 – 1938, S. 94-99.

<sup>39</sup> Schwarz: Das Fachschulwesen für die weibliche Jugend. In: Die Österreicherin (1928), Nr. 6, S. 5-6.



Existenz des Paragraphen 14 der Gewerbeordnung von 1907, der Frauen die Gründung eines Gewerbes als Kleidermacherin für Frauen- und Kinderbekleidung erleichterte. Sie mussten lediglich zwei Nachweise erbringen, um ihr eigenes Gewerbe zu eröffnen; ein Abschlusszeugnis einer entsprechenden gewerblichen Unterrichtsanstalt sowie die Bescheinigung über ein absolviertes Praktikumsjahr als Gehilfin in einem ihrer Ausbildung entsprechenden Betrieb. Der besagte Paragraph ermöglichte die Umgehung der bestehenden Voraussetzungen für die Gründung eines Gewerbes – den Nachweis einer Lehre und einer dreijährigen Zeit als Gehilfin. Auf Grund dessen ergriff eine große Anzahl von Mädchen und Frauen den Ausbildungsweg an der Frauengewerbeschule für Weißnähen und Kleidermachen.<sup>40</sup>

Mauthner erläuterte weiter, dass der Paragraph 14 der Gewerbeordnung von 1907 es Frauen ermöglichen sollte, mit geringem Aufwand ein eigenes Gewerbe zu eröffnen, um so ihren Lebensunterhalt zu erwirtschaften. Im Jahr 1929 gab es bereits eine zu große Zahl solcher von Frauen geführten Betriebe, daher wurden dem Paragraphen 14 einige Unterpunkte hinzugefügt, welche den Aufwand der Gewererbgründung für Frauen wieder erhöhten.<sup>41</sup>

Die Unternehmen, die in der Zwischenkriegszeit direkt von Frauen gegründet wurden, wurden fast ausschließlich in Branchen gegründet, die als typische weibliche Bereiche angesehen wurden. Die Motive der Unternehmensgründerinnen aus dem frühen 20. Jahrhundert waren laut Voigt nicht hauptsächlich finanzieller Natur, sondern es gab für viele den idealistischen Wunsch der Nachhaltigkeit. Es ging um persönliche Befriedigung, Frustration der Unterordnung und das Bedürfnis etwas Eigenes aufzubauen.<sup>42</sup> Als letztes, besonders wichtiges Gründungsmotiv nennt Voigt in seinem Werk ‚Unternehmerinnen und Unternehmenserfolg‘ die Vereinbarkeit der Arbeit mit der Familie.<sup>43</sup>

Die zahlreichen berufsbildenden Schulen boten Frauen und Mädchen, die keine höhere Bildung anstrebten, die Chance einen Beruf zu erlernen, um im Anschluss daran gegebenenfalls ihr eigenes Unternehmen gründen zu können.

---

<sup>40</sup> Mauthner: Die Neuregelung der gewerblichen Frauenbildung. In: Die Österreicherin (1929), Nr. 6, S. 7-8.

<sup>41</sup> ebenda.

<sup>42</sup> Voigt: Unternehmerinnen und Unternehmenserfolg, S. 16.

<sup>43</sup> ebenda, S. 168.

Durch diesen Schritt waren Frauen finanziell und in Bezug auf eine Anstellung unabhängig.

Ergriffen Mädchen diesen Weg, standen ihnen jedoch weniger potentielle Berufe zur Auswahl als mit höherer Bildung. Auch heute, trotz der sich seit der Zwischenkriegszeit stark veränderten gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Österreich, fällt es jungen Frauen noch schwer sich in ihrem erlernten Beruf fortzubilden.<sup>44</sup>

Die höhere Bildung war ein Weg, Frauen im Beruf ein gewisses Maß an Entscheidungsgewalt und Autorität zu gewährleisten. Höher gebildete Frauen konnten grundsätzlich eine Leitungsposition in einem Unternehmen bekleiden, was in der Zwischenkriegszeit aber nur in Ausnahmefällen der Fall war.<sup>45</sup>

In einem späteren Kapitel werden Frauen vorgestellt, die es geschafft hatten, in der Zwischenkriegszeit in einer von Männern dominierten Arbeitswelt in höheren Positionen zu bestehen.

### 3.3 Mittelschulwesen

#### 3.3.1 Das neue Mittelschulgesetz von 1927 und seine Auswirkungen

Annette Pfaff berichtete im Jahr 1928 in ihrem Artikel ‚Die Vereins- und die städtischen Mädchenmittelschulen in Österreich‘, der in der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ erschien, über das am 2. August 1927 eingeführte neue Mittelschulgesetz. Sie bemerkte in ihrem Artikel Folgendes:

*„(...) daß es Pflicht aller denkenden Frauen ist, statt auf Schlagworte zu hören, die Mädchenmittelschulen zu stützen, zu veranlassen, daß die Schülerzahl*

---

<sup>44</sup> Abraham, Arpagaus: Wettbewerb, soziales Umfeld oder gezielte Lebensplanung?, S. 209ff.

<sup>45</sup> French: Der Krieg gegen die Frauen, S. 173f.

*ständig steigt, daß die staatlichen Subventionen erhöht und daß neue Mädchenmittelschulen gebaut werden, damit endlich die Mädchen ganz zu ihrem Recht kommen.*<sup>46</sup>

Pfaff fasste zusammen, dass das neue Mittelschulgesetz die höhere Schulbildung und das höhere Schulwesen in Österreich neu ordnen sollte. Davon waren sowohl Knaben- wie auch Mädchenmittelschulen betroffen.<sup>47</sup>

Die Mittelschulen wurden nun alle als achtklassige Schulen geführt, die in jeweils vierklassige Ober- und Unterstufen unterteilt waren. Schülerinnen und Schüler konnten die Mittelschulen nach dem vierten Jahr der Volksschule besuchen oder aus der Hauptschule in die Mittelschule wechseln.<sup>48</sup>

Die auf dem Gebiet der historischen Bildungsforschung tätige Wissenschaftlerin Elke Kleinau argumentierte in ihrem Buch ‚Geschichte der Mädchen und Frauenbildung‘, dass es zu Beginn des 20. Jahrhunderts sehr viele Schulreformen gab. Die Mädchenmittelschulen hatten bisher von keiner dieser Reformen solch drastische Veränderungen zu erwarten wie vom 1927 erlassenen Mittelschulgesetz. Zu diesen, von mir später noch genauer erläuterten Veränderungen, trug nicht nur der Staat mit seinen Reformpädagogen bei, sondern auch den Frauenorganisationen lag viel daran, die Bildungssituation für Mädchen zu verbessern.<sup>49</sup>

Im Juni 1928 war in ‚Die Österreicherin‘ zu lesen, dass die bei der Reform 1927 neu geschaffenen Gymnasien in drei Typen (A, B und C) unterteilt wurden.

Sie unterschieden sich nicht nur in den Lehrinhalten sondern auch in der Abfolge in der die Inhalte vermittelt wurden.

Typ A begann, wie es auch zuvor in vielen Gymnasien üblich war, in der zweiten Klasse mit dem Lateinunterricht und die zweite lebende Fremdsprache wurde ab der fünften Klasse gelehrt. Beim Typ C wurde auf die lebenden Fremdsprachen mehr Wert gelegt und so wurden diese bereits in der zweiten Klasse gelehrt, während Latein erst in der fünften Klasse auf dem Lehrplan stand. Im Typ C wurde im Vergleich zu Typ A noch eine weitere Veränderung vorgenommen. Das Unterrichtsfach der Darstellenden Geometrie wurde aus dem Lehrplan

<sup>46</sup> Pfaff: Die Vereins- und die städtischen Mädchenmittelschulen in Österreich. In: Die Österreicherin (1928), Nr. 6, S. 7.

<sup>47</sup> ebenda, S. 7-8.

<sup>48</sup> Scheipl, Seel: Die Entwicklung des österreichischen Schulwesens von 1750-1938, S. 94-99.

<sup>49</sup> Kleinau: Geschichte der Mädchenbildung, S. 113-114.

gestrichen. Im Mittelschulgesetz wurde explizit angeführt, dass sich der Typ C des Gymnasiums, aufgrund der Veränderungen sehr gut als Bildungsstätte für Mädchen eignen würde. Typ B war als eine Mischung von Typ A und Typ C konzipiert. Es wurde Darstellende Geometrie gelehrt, der Unterricht in der lebenden Fremdsprache wurde bereits in der zweiten Klasse begonnen und in Latein wurden die Schüler und Schülerinnen ab der fünften Klasse unterrichtet.<sup>50</sup>

In diesem Artikel besprach Annette Pfaff nicht nur die Reform der Mittelschulen und die daraus resultierenden Neuerungen, sondern diskutierte auch die Grundfrage der Gleichberechtigung der Frauen im Bildungssystem. Sie schrieb von der geringen Zahl der Mädchenmittelschulen, die sie als ‚ihre Schulen‘ im Sinne von Schulen für Frauen betitelte. Im Artikel geht auch hervor, dass viele Frauen nicht erfreut über die im Mittelschulgesetz explizite Erwähnung des Typ C als ‚gute Bildungsstätte für Mädchen‘ waren. Pfaff schrieb, dass diese eigene Form für Mädchen ein Rückschritt in der Gleichberechtigung der Frau im Bildungswesen war. Der BÖFV war der Meinung, dass, wenn Mädchen aus Platzgründen eine Knabenmittelschule besuchten, sie lediglich eine Bildung zweiten Ranges genossen, da im Unterricht nicht auf sie und ihre Lernbedürfnisse eingegangen wurde. Mädchen waren laut dem BÖFV zwar im Klassenzimmer anwesend, konnten am Unterricht aber nur passiv teilnehmen.

Dem Artikel von Anette Pfaff konnte man entnehmen, dass der BÖFV die Schuld der fehlenden Allgemeinbildung bei Frauen in den fehlenden Mädchenmittelschulen und den wenigen Plätzen in Knabenmittelschulen sah. Mädchen wurden dadurch weg von Bildung hin zur Berufstätigkeit gedrängt. Viele Frauen sahen in der Schulreform von 1927, mit der Zuweisung eines bestimmten Typs für Mädchen, eine erneute Unterdrückung und Benachteiligung der Frau im Bildungssystem.<sup>51</sup>

Laut der neuen Reform konnte sich eine ehemalige Mädchenmittelschule im Zuge der Einführung des Mittelschulgesetzes in eine 8-jährige Realschule umwandeln. Diese Möglichkeit wurde jedoch kaum in Betracht gezogen und stieß auf wenig Zuspruch. Jeder Mittelschule, sei es eine Mädchen- oder

---

<sup>50</sup> Pfaff: Die Vereins- und die städtischen Mädchenmittelschulen in Österreich. In: Die Österreicherin (1928), Nr. 6, S. 7-8.

<sup>51</sup> ebenda.

Knabenmittelschule, stand es im Zuge der Gesetzesänderung außerdem frei, sich in eine der neuen Schulformen (Gymnasien, Realgymnasien und Realschulen) umzuwandeln. Bis Ende des Jahres 1927 hatten sich 20 der ehemaligen Lyceen modernisiert und sich den neuen Standards der gymnasialen Bildung angepasst. Die Zahl der Mädchengymnasien und Mädchenrealgymnasien blieb eher gering.<sup>52</sup>

Eine weitere Form der damaligen Mittelschule, die in einem Artikel der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ erwähnt wurde, war die sogenannte Frauenoberschule. Der Name lässt laut Annette Pfaff auf eine rein für Mädchen ausgerichtete Schule schließen, doch konnte sie auch von Knaben besucht werden. Knaben waren in den Klassenräumen von Frauenoberschulen jedoch selten gesehen, argumentierte Pfaff, da dieser Schultyp sein Hauptaugenmerk eher auf Unterrichtsfächer legte, von denen die Regierung glaubte, sie wären besonders wichtig für die Bildung von Mädchen.<sup>53</sup>

Wie ich dem Werk ‚Frauenstudium und Akademische Frauenarbeit in Österreich‘ von Koffmahn entnehmen konnte, änderten Frauenoberschulen allerdings während der oben genannten Reform ihren Schwerpunkt. Es wurde nun viel mehr Wert auf allgemeinbildende Fächer gelegt als zuvor. Man wollte den Schülerinnen eine den anderen Mittelschulen ebenbürtige Ausbildung bieten, um ihnen eine akademische Karriere ermöglichen zu können. Fächer, die der Vorbereitung auf den Alltag einer Ehefrau dienten, standen jedoch weiterhin auf dem Lehrplan dieser Schulen.<sup>54</sup> Der Abschluss einer Frauenoberschule war trotz dieser Bemühungen dem an einem Gymnasium noch nicht ebenbürtig. Den Absolventinnen war es ab dem Jahr 1927 trotzdem möglich, als ordentliche Hörerinnen die Hochschule für Bodenkunde zu besuchen.<sup>55</sup>

Die Arbeitermittelschule war ein weiterer Schultyp, der durch das Mittelschulgesetz von 1927 ins Leben gerufen wurde. Im darauffolgenden Jahr wurde der Zugang zu dieser Art von Bildungsanstalt auf Knaben beschränkt. Der Besuch dieser Schulen war für Mädchen, außer in den Städten Linz und Wien

<sup>52</sup> Forkl, Koffmahn: Frauenstudium und Akademische Frauenarbeit in Österreich, S. 76.

<sup>53</sup> Pfaff: Die Vereins- und die städtischen Mädchenmittelschulen in Österreich. In: Die Österreicherin (1928), Nr. 6, S. 7-8.

<sup>54</sup> Forkl, Koffmahn: Frauenstudium und Akademische Frauenarbeit in Österreich, S. 76.

<sup>55</sup> Flich: ‚Mütterlich-sozial und hauswirtschaftlich-praktisch‘, S. 224.

fast unmöglich. Mädchen war es hingegen leichter möglich, Realschulen und Gymnasien zu besuchen. Der Anteil von Schülerinnen in Realschulen und Gymnasien betrug im Schuljahr 1927/28 trotzdem nur annähernd 10%. Im Gegensatz dazu waren im Schuljahr 1927/28 bereits 51,7% der gesamten Schüler an Realgymnasien weiblich, was dem Wert an den Pflichtschulen entsprach.<sup>56</sup>

Besuchten Schüler und Schülerinnen eine Hauptschule, war ihnen der Weg zu höherer Bildung nicht grundsätzlich versagt, denn es standen ihnen die gesamten vier Jahre offen, in eine allgemeinbildende Mittelschule zu wechseln. Mädchen hatten zu dieser Zeit neben den neuen Gymnasien, Frauenoberschulen und (Knaben)Realschulen noch die Möglichkeit, ein schon zuvor bestandenes humanistisches Mädchengymnasium in Wien zu besuchen.<sup>57</sup>

Der Unterricht war in allen Schultypen, mit Ausnahme der Frauenoberschule, für beide Geschlechter zum Großteil gleich. Unterschiede konnten nur in den Fächern Zeichnen, Handarbeiten und Turnen ausgemacht werden.<sup>58</sup> Im Jahr 1931 berichtete ‚Die Österreicherin‘, dass trotz der Tatsache, dass die Ausbildung in einer Frauenoberschule ihre Absolventinnen nicht in erster Linie auf eine akademische Laufbahn vorbereitete, immer mehr Absolventinnen eines solchen Instituts einen akademischen Werdegang einschlugen.<sup>59</sup>

### 3.3.2 Mittelschulbildung für Mädchen

Mit Beginn der zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts hatten nun alle Mädchen, egal aus welcher Bevölkerungsschicht sie stammten, grundsätzlich die Chance eine Mittelschulbildung zu absolvieren.<sup>60</sup>

---

<sup>56</sup> Lanzer: Die Berufsausbildung der arbeitenden Frau, S. 431.

<sup>57</sup> Bundesministerium für Unterricht: Das Schul- und Bildungswesen in Österreich, S. 5.

<sup>58</sup> Lanzer: Die Berufsausbildung der arbeitenden Frau, S. 429.

<sup>59</sup> L., G.: Tagung der Frauenobermittelschule. In: Die Österreicherin (1931), Nr. 4, S. 4.

<sup>60</sup> Lehl: Überlegung vor dem Neubau des österreichischen Schulwesens, S. 12.

Der BÖFV war zu dieser Zeit mit der Vielfalt der unterschiedlichen Schulformen die den Mädchen zur Verfügung stand grundsätzlich zufrieden. Annette Pfaff argumentierte im Jahr 1928 aber auch, dass der BÖFV auch Kritik übte.<sup>61</sup>

Es gab, wie auch heute, öffentliche (zwei öffentliche Mädchenmittelschulen in Wien) und private Einrichtungen. Die privaten Einrichtungen stellten im Bereich der Mädchenbildung die eindeutige Mehrheit. Diese privaten Einrichtungen hatten einen so hohen Stellenwert eingenommen, da sie für die Bildung von Mädchen und Frauen von unschätzbarem Wert waren.<sup>62</sup>

Die Privatschulen mussten sich selbst erhalten und es wurden üblicherweise monetäre Zuwendungen der Eltern verlangt, um sich finanzieren zu können.<sup>63</sup> Sie wurden, wie ‚Die Österreicherin‘ richtig erwähnt, von unterschiedlichen Gönnern subventioniert. Die Zuwendungen konnten aber nur einen geringen Teil der Kosten decken, deshalb waren die Schulen auf das monatliche Schulgeld der Schüler und Schülerinnen angewiesen. Kinder aus weniger finanzkräftigen Familien wurden daher mittels einer Förderung vom Staat finanziell unterstützt. Schüler bzw. Schülerinnen, die keine Unterstützung bekamen, konnten sich die Ausbildung an diesen Einrichtungen nicht leisten.<sup>64</sup>

Es gab in den ersten Jahrzehnten des zwanzigsten Jahrhunderts nur sehr wenige staatliche Mädchenmittelschulen in Österreich. Gleichwohl war das Gedankengut, mehrere Mädchenmittelschulen in staatliche Verwaltung zu überführen und diese zu finanzieren, bei vielen Reformern und Pädagogen vorhanden, aber das Vorhaben scheiterte.<sup>65</sup> Der Hauptgrund des Scheiterns war die schlechte Wirtschaftslage in den 1920er Jahren. Das vorhandene Geld wurde in den Ausbau von Knabenmittelschulen investiert und durch die fehlenden finanziellen Mittel war die Gründung staatlich finanzierter Mädchenmittelschulen nicht möglich.<sup>66</sup>

Im Sinne der Chancengleichheit sollte niemandem das Recht auf höhere Bildung verweigert werden, was durch das Verhalten von Seiten des Staates jedoch nicht unterstützt wurde. Aus dem Artikel ‚Die Vereins- und die städtischen

<sup>61</sup> Pfaff: Die Vereins- und die städtischen Mädchenmittelschulen in Österreich. In: Die Österreicherin (1928), Nr. 6, S. 7-8.

<sup>62</sup> Berg: Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, S. 200.

<sup>63</sup> Simon: Hintertreppen zum Elfenbeinturm, S. 217-220.

<sup>64</sup> Pfaff: Die Vereins- und die städtischen Mädchenmittelschulen in Österreich. In: Die Österreicherin (1928), Nr. 6, S. 7-8.

<sup>65</sup> Piff, Herget, Weiss: Geschichte der Erziehung und des Unterrichts, S. 54.

<sup>66</sup> Flich: Mütterlich-sozial und hauswirtschaftlich-praktisch, S. 221.

Mädchenmittelschulen in Österreich' von Anette Pfaff aus dem Jahre 1928 geht hervor, dass männliche Schüler eine um ein Vielfaches höhere Förderung als ihre Mitschülerinnen vom Staat erhielten. Pfaff schloss daraus, dass weniger Mädchen den Unterricht an höheren Schulen besuchen konnten, da sich viele Eltern den Besuch dieser Schulen für ihre Töchter nicht leisten konnten. Dies war laut Pfaff aber nicht die einzige Hürde für Mädchen, denn wie bereits erwähnt, war auch die Anzahl der Knabenschulen um ein Vielfaches höher als die der Mädchenschulen.<sup>67</sup> Als Konsequenz des Fehlens von Mädchenmittelschulen sah Pfaff die Tatsachen, dass im Schuljahr 1927/28 nicht ausreichend Platz für Mädchen an den Mädchenmittelschulen war und sie so auf Knabenmittelschulen ausweichen mussten. Dort wurden ihnen allerdings nur Restplätze angeboten und somit wurde einigen Mädchen aufgrund von Platzmangel die Chance auf höhere Bildung verwehrt. Pfaff argumentierte, dass diese Mädchen eine Hauptschule und darauffolgend eine Fachschule besuchen mussten.<sup>68</sup>

Im Laufe der 20er Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts stieg die Zahl der Mädchen an Knabenschulen stetig an, da sie finanziell günstiger waren als Mädchenschulen. So wurden im Jahr 1925 bereits 3.000 Schülerinnen an Knabenmittelschulen unterrichtet. Bereits 1919 sprach sich Otto Glöckel für die Koedukation aus, wobei er auf großen Widerstand in der Bevölkerung stieß. Aufgrund dessen musste er einlenken und daher fand Koedukation nun nur bis zu einer Anzahl von 30 Mädchen in einem Jahrgang statt. Sollte die Zahl der Mädchen darüber hinausgehen wurden Parallelklassen gegründet.<sup>69</sup> In der Zwischenkriegszeit sahen viele in der Koedukation den Verfall der Sitten und eine Gefährdung für beide Geschlechter. In den betroffenen Klassen wurde penibel auf eine streng getrennte Sitzordnung geachtet. Für Mädchen bedeutete diese Art von Unterricht eine Chance, die gleiche Ausbildung wie Knaben genießen zu können. Meist wurde ihnen nur eine elementare Ausbildung mit einigen Einschränkungen zuteil, da im Unterricht nicht näher auf sie und ihre Bedürfnisse eingegangen wurde.<sup>70</sup>

---

<sup>67</sup> Pfaff: Die Vereins- und die städtischen Mädchenmittelschulen in Österreich. In: Die Österreicherin (1928), Nr. 6, S. 7-8.

<sup>68</sup> ebenda.

<sup>69</sup> Flich: Mütterlich-sozial und hauswirtschaftlich-praktisch, S. 221.

<sup>70</sup> Simon: Hintertreppen zum Elfenbeinturm, S. 50.



Um die steigende Anzahl von Schülerinnen an Knabenschulen zu minimieren, wurde im Sommer vor dem Schuljahr 1931/1932 vom Staat ein Erlass beschlossen.<sup>71</sup> Dieser besagte, dass es ab dem Schuljahr 1931/1932 nur noch an sechs Wiener Knabenschulen erlaubt war, Mädchenklassen zu eröffnen und an nur drei weiteren Schulen war es gestattet gemischte Klassen einzurichten. Schülerinnen konnten diese Lehranstalten auch nur besuchen, sofern sie den Aufnahmetest bestanden hatten. An den restlichen Knabenschulen Wiens war es verboten Mädchen aufzunehmen.<sup>72</sup>

Im Schuljahr 1931/1932 wurden nicht alle bereits angemeldeten Schülerinnen in Knabenschulen aufgenommen, erwähnte Bertha List-Ganser in ihrem Artikel ‚Die Gefährdung der österreichischen Mädchenmittelschulen‘, der im Jahr 1931 in der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ erschien. Laut List-Ganser waren die betroffenen Schülerinnen dazu gezwungen den zuvor beschriebenen alternativen Ausbildungsweg zu beschreiten. Sie mussten sich also für einen der verbliebenen Plätze an einer Hauptschule bewerben oder sie konnten sich mit viel Glück noch einen Platz an einer Mädchenmittelschule sichern. Bereits vor dem erwähnten Erlass gab es einen Mangel an Plätzen für Schülerinnen an Knabenmittelschulen. Die Situation wurde durch den oben erwähnten Erlass zusätzlich verschärft, sodass manche Schülerinnen keine Chance mehr auf höhere Bildung hatten.<sup>73</sup>

Fürth Ernestine ging im Jahr 1934 in ihrem Artikel ‚Das Recht der Frau auf Arbeit und Bildung‘ darauf ein, dass von Seiten der Regierung darüber nachgedacht wurde, eine der öffentlichen, komplett vom Staat finanzierten Mädchenmittelschulen, zu schließen. Diese Entscheidung betraf den Standort in Wien. Zu dieser Zeit standen zwei solcher Mädchenschulen vier vom Staat unterhaltenen Knabenschulen gegenüber. Eine Schließung hätte eine noch stärkere Chancenungleichheit zwischen den Geschlechtern zur Folge gehabt, argumentierte Fürth. Daraufhin veranstaltete der BÖFV gemeinsam mit dem ‚Ersten Verein österreichischer Lehrerinnen‘, dem ‚Frauenbildungsverein‘, der ‚Organisation der Ärztinnen Wiens‘, dem ‚Verband der staatlich geprüften Fachlehrkräfte an Frauenberufsschulen in Österreich‘, dem ‚Verband

---

<sup>71</sup> Mayer, Meissner, Seiss: Geschichte der Österreichischen Mädchenmittelschulen, S. 156-157.

<sup>72</sup> Tosch: Gymnasium und Systemdynamik, S. 312-313.

<sup>73</sup> List-Ganser: Die Gefährdung der österreichischen Mädchenmittelschulen. In: Die Österreicherin (1931), Nr. 9, S.4.

österreichischer Lehrerinnenvereine', dem 'Verband österreichischer Staatsbürgerinnen', der 'Vereinigung der arbeitenden Frau', dem 'Verein Mädchenmittelschule', dem 'Wiener Frauen-Erwerb-Verein' und dem 'Zentralverein der Bundesbeamtinnen im Verwaltungs- und Kanzleidienst' am 2. Februar 1934 eine Versammlung im großen Saal des ehemaligen Rathauses. Fürth erläuterte, dass diese Versammlung das Ziel hatte, einen Protest gegen die Auflösung der Mädchenmittelschule zu initiieren. Es wurde im Zuge der Versammlung auch eine Bitte an die Bundesregierung verfasst, in der die Wichtigkeit der Mädchenmittelschule erläutert und um deren Erhalt gebeten wurde.<sup>74</sup>

Im Anschluss an die Versammlung kam die Regierung von der Auflösung der staatlichen Mädchenmittelschule ab. Wie jedoch in Annetta Pfaffs Aufsatz 'Mittelschullehrer über Gewerkschaftsfragen', zu lesen ist, wurden den Schülerinnen die geringen Zuschüsse zum Schulgeld für die privaten Mädchenschulen gestrichen und es wurden auch keine weiteren Lehrergehälter mehr vom Staat übernommen. Infolgedessen sank die Zahl der Schülerinnen und die Schulen sahen sich mit immer größeren finanziellen Problemen konfrontiert.<sup>75</sup>

Die Gefährdung der Mädchenmittelschulen war ein wichtiges Thema für den BÖFV und so wurde es in beinahe jedem Jahr und in sehr vielen Ausgaben der Zeitschrift 'Die Österreicherin' aufgegriffen und diskutiert. So auch in der zweiten Hälfte der Zwischenkriegszeit im Jahr 1936 als der BÖFV versuchte, die neuerliche Kürzung der Subventionen für die Mädchenmittelschulen gemeinsam mit dem Reichsverband der Elternvereinigung zu verhindern. Ihr Ansatz zur Lösung dieses Problems war das Schulgeld an den Knabenmittelschulen leicht zu erhöhen. So sollte mehr Geld in die Staatskasse gespült werden, um die Mädchenmittelschulen vor einer Kürzung zu bewahren. Das Schulgeld für Knabenmittelschulen hätte aufgrund der Menge an Einrichtungen nur minimal erhöht werden müssen, um die Kürzung bei Mädchenmittelschulen zu verhindern.<sup>76</sup>

---

<sup>74</sup> Fürth: Das Recht der Frau auf Arbeit und Bildung. In: Die Österreicherin (1934), Nr. 2, S. 2-3.

<sup>75</sup> Pfaff: Aufsatz im Mittelschullehrer über Gewerkschaftsfragen, S. 4.

<sup>76</sup> Fürth: Zur Gefährdung der Mädchenmittelschulen. In: Die Österreicherin (1936), Nr. 2, S. 1.

Die Erhöhung des Schulgeldes für Knabenmittelschulen sollte laut Ernestine Fürth einen Schilling pro Schüler und Schulmonat betragen. So wollte der BÖFV das Recht oder die Möglichkeit aller Mädchen auf höhere Bildung erhalten und als positiven Nebeneffekt auch die weitere Ausbildung und Beschäftigung weiblicher Lehrer sichern.<sup>77</sup> Anfangs gab es vom Staat keinerlei Zuspruch für diese Idee. Fürth erläuterte, dass sich der Standpunkt der Regierung, nachdem sie begann sich ernsthaft mit dem Vorschlag einer Erhöhung auseinanderzusetzen, veränderte. Der Lösungsansatz stammte von der Schriftleitung der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘, er wurde jedoch nicht verwirklicht.<sup>78</sup>

Pfaff Annette argumentierte in ihrem Artikel ‚Zur Schulreform‘, dass die Kürzung der Subventionen schließlich nicht verhindert werden konnte. Allerdings konnte das Ausmaß der Kürzung mit Hilfe vieler Vereine und der Elternschaft auf ein Minimum reduziert werden. Auch die Mittelschullehrerinnen setzten sich, wie bereits erwähnt, laut Pfaff sehr für die Beschaffung von Geldmitteln ein. Trotzdem mussten am 31. Juli 1936 32 Bundeslehrerinnen frühzeitig ihren Ruhestand antreten.<sup>79</sup>

In einem weiteren Artikel schrieb Pfaff, dass dieser Abbau von Lehrpersonal eigentlich nur ein Mehrkosten-Aufwand für den Staat war. Denn man musste, laut Pfaff, nun die Kosten für die Pensionen oder gegebenenfalls die Abfertigungen entlassener Lehrkräfte tragen und manche Stellen mussten auch wieder nachbesetzt werden, wobei bei den Gehältern auch der Staat zur Kasse gebeten wurde.<sup>80</sup> Unter den entlassenen Lehrkräften waren auch sieben Direktorinnen von Mädchenmittelschulen.<sup>81</sup>

Wohlgemerkt wurden nur weibliche Lehrer in den vorzeitigen Ruhestand geschickt, männliche Kollegen waren nicht betroffen, bemerkte Pfaff in ihrem Artikel ‚Zur Schulreform‘. Auf diese Entlassungswelle von Lehrerinnen hin, trat der BÖFV verstärkt für die Abschaffung des 1933 beschlossenen Gesetzes zum Abbau verheirateter Bundesbeamtinnen ein.<sup>82</sup>

<sup>77</sup> Fürth: Der Angriff auf die Mädchenmittelschulen. In: Die Österreicherin (1936), Nr. 3, S. 3.

<sup>78</sup> ebenda.

<sup>79</sup> Pfaff: Zur Schulreform. In: Die Österreicherin (1934), Nr. 3, S. 3-4.

<sup>80</sup> Pfaff: Aufsatz im Mittelschullehrer über Gewerkschaftsfragen, S. 7.

<sup>81</sup> Fürth: Zum Existenzkampf der privaten Mädchenmittelschulen. In: Die Österreicherin (1937), Nr. 8, S. 4.

<sup>82</sup> Pfaff: Zur Schulreform. In: Die Österreicherin (1934), Nr. 3, S. 3-4.

Der BÖFV war, wie es den erwähnten Artikeln zu entnehmen ist, sehr um die Bildungschancen von Mädchen bemüht. Er setzte sich auch sehr stark dafür ein, dass alle für Frauen ausgelegten Bildungsanstalten auch wirklich von Frauen geleitet werden sollten.

Es wurden regelmäßig Ansuchen betreffend Direktorinnen beim Unterrichtsministerium eingereicht. So auch im Jahr 1935, wo es die weibliche Leitung folgender Schulen in Österreich betraf:

- Bundeslehranstalt für Frauengewerbe (Wien)
- Höhere Lehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe (Leoben)
- Höhere Lehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe an der Bundeslehranstalt für Bau- und Kunstgewerbe, sowie Frauenberufe (Villach)
- Frauengewerbeschule in Salzburg (die der Bundeslehranstalt für Hochbau, Elektrotechnik und Frauengewerbe angeschlossen war)<sup>83</sup>

### 3.3.3 Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf das Mittelschulwesen Österreichs

Das fehlende Geld bei der Subventionierung von Schulen, war eine der Folgen der Wirtschaftskrise in Österreich während der Zwischenkriegszeit, argumentierte Ernestine Fürth in ihrem Artikel ‚Die Mädchenmittelschulen in Österreich‘. Die etlichen bereits vom Staat finanzierten Lehrer und Lehrerinnen die an privaten Mädchenmittelschulen unterrichteten, erhielten auch weiterhin ihr Gehalt vom Staat. Indes wurden die 1931 bereits gekürzten Subventionen laut Fürth kurz darauf wieder um ein Sechstel gekürzt. Das wiederum brachte viele Mädchenmittelschulen in eine prekäre Lage, da sie aufgrund der erneuten Kürzungen der Subventionen ihr Schulgeld eigentlich erhöhen mussten, dies

---

<sup>83</sup> Fürth: Zur Frage der weiblichen Leitung an Mädchenmittelschulen. In: Die Österreicherin (1935), Nr. 5, S. 2.

aber nicht konnten, da auch die Zahlungskraft der Eltern in dieser Wirtschaftslage spürbar nachgelassen hatte.<sup>84</sup>

Aufgrund der Tatsache dass sich die privaten Schulen selbst beinahe nicht erhalten konnten, bekam das Lehrpersonal dieser Schulen, das grundsätzlich bereits schlechter bezahlt wurde als staatlich beschäftigte Lehrpersonen, nun noch weniger. Weiters war der Lehrkörper auch nicht pensions- oder krankenversichert und es war auch nur ein Teil des Personals fix angestellt. In ‚Die Geschichte der Österreichischen Mädchenmittelschulen‘ von Mayer, Meissner und Seiss wird darauf hingewiesen, dass es sich bei dem auf Stundenbasis bezahlten Lehrpersonal meist um weibliche Lehrende handelte.<sup>85</sup>

Das Versprechen der Regierung an die Lehrerschaft der privaten Mädchenschulen, sie würden in die staatliche Beschäftigung überführt werden, wurde Ende der zwanziger Jahre vor dem Beginn der Wirtschaftskrise stark forciert. Allerdings nahm die Übernahme in den Bundesdienst mehr Zeit in Anspruch als man zuvor vorgesehen hatte. Der Grund dafür war die schlechte finanzielle Lage Österreichs, die in diesen Jahren durch die Wirtschaftskrise entstanden war. Diese brachte das Projekt immer wieder ins Stocken.<sup>86</sup>

Das Fehlen der finanziellen Mittel konnte aufgrund der Initiative der Lehrkräfte an den Mädchenschulen etwas abgeschwächt werden, indem sie zum Beispiel ihre Gehälter drastisch kürzten. So verdiente eine der bestbezahlten Lehrkräfte genauso viel, wie eine Volksschullehrerin im ersten Dienstjahr. Später als die finanzielle Krise noch größer wurde und die Schulen kurz vor dem Aus standen, wurde den Lehrern und Lehrerinnen vom Staat die Notstandshilfe gewährt, um ihre Gehälter einzusparen und so die Schulen zu erhalten.<sup>87</sup>

Ernestine Fürth argumentierte in ihrem Artikel ‚Die Mädchenmittelschule in Österreich‘, dass wenn vom Staat weiterhin solche Sparmaßnahmen ergriffen worden wären, man mit dem Problem konfrontiert gewesen wäre, dass einige Schulen nicht mehr erhalten werden hätten können und ihre Schülerinnen an eine Bundesmittelschule hätten wechseln müssen. Da die Aufnahmekapazitäten dieser Bundesmittelschulen auch nicht uneingeschränkt waren, hätte dies laut

---

<sup>84</sup> Führt: Die Mädchenmittelschulen in Österreich. In: Die Österreicherin (1932), Nr. 9, S. 1.

<sup>85</sup> Mayer, Meissner, Seiss: Geschichte der Österreichischen Mädchenmittelschulen, S. 160-163.

<sup>86</sup> Forkl, Koffmahn: Frauenstudium und Akademische Frauenarbeit in Österreich, S. 77-78.

<sup>87</sup> ebenda, S. 76.

Ernestine Fürth wiederum zur Folge gehabt, dass einigen Schülerinnen nur der Weg in eine Hauptschule übrig geblieben wäre.<sup>88</sup>

Die Autorin weist darauf hin,

*„(...) daß im Bundesgebiet der Republik Österreich 123 Knabenmittelschulen aus Bundesmitteln erhalten werden; für Mädchen bestehen nur 2 Bundeserziehungsanstalten und daneben werden 42 private Mittelschulen für Mädchen mit Subventionen bedacht. (...) dagegen ist es Pflicht des Staates, allen seinen Bürgern die Möglichkeit zu bieten, sich durch die Ausbildung für einen Beruf selbständig zu erhalten.“<sup>89</sup>*

Bedingt durch die Wirtschaftskrise war es dem Staat aufgrund seiner beschränkten finanziellen Mittel nicht möglich, die Mädchenmittelschulen ausreichend zu unterstützen. Dies führte Ende der 20er, Anfang der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts fast zum Verschwinden der privaten Mädchenmittelschulen in Österreich. Diese prekäre Lage wurde auch wiederholt in den Artikeln der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ erwähnt. Diese wirtschaftlich schlechte Situation beschränkte sich natürlich nicht nur auf Österreich, sondern betraf einen Großteil der Welt. Auslöser der Weltwirtschaftskrise war der Zusammenbruch des internationalen Finanzsystems als Folge des Börsencrashes von New York am 24.10.1929. Ihm ging eine kurze Zeit des Wohlstands und Aufschwungs voraus. Die Börsenkurse stiegen und immer mehr Menschen investierten zuvor erworbene Kredite an der Börse. Zu dieser Zeit rechnete niemand mit einem wirtschaftlichen Abschwung. Doch durch die weltweite Unterbietungskonkurrenz in der Produktion von Konsumgütern und der Sättigung des Marktes, kam es zu einem Rückgang des Wirtschaftswachstums in den USA. Anleger und Unternehmer, begannen sofort aus Angst vor einem Abfall des Aktienkurses, so viele Aktien wie möglich zu verkaufen, um den potentiellen Verlust so gering wie möglich zu halten um ihre Kredite tilgen zu können. Infolge des Zusammenbruchs des Aktienmarktes wurden Gelder und Kredite, die zuvor in Länder investiert wurden, kurzfristig abgezogen. Daher übertrug sich der Zusammenbruch der Konjunktur in den USA schnell auf die europäischen

<sup>88</sup> Fürth: Die Mädchenmittelschulen in Österreich., In: Die Österreicherin (1932), Nr. 9, S. 1.

<sup>89</sup> Fürth: Zur Gefährdung der Mädchenmittelschulen. In: Die Österreicherin (1934), Nr. 1, S. 1.

Industrieländer. Dies führte zu sinkender Kaufkraft. Firmen wiederum konnten ihre Ware nicht mehr absetzen, was zu Entlassungswellen unter den Angestellten führte. Die Löhne sanken rapide und die Firmen gingen anschließend bankrott. Die Ergebnisse waren eine Massenarbeitslosigkeit in großen Teilen der Welt und ein Rückgang des Welthandels. Erst im Jahr 1932 erreichte die Wirtschaftskrise in den USA ihren Höhepunkt.<sup>90</sup>

Österreich zählte zu den Ländern die besonders stark von der Wirtschaftskrise betroffen waren. Das Brutto-Nationalprodukt sank bis 1933 um 20%, die Industrieproduktion sank um 38% und das Bauwesen hatte sogar Einbußen von bis zu 53% zu verzeichnen. Anhand dieser Zahlen kann man sehen, dass zu dieser Zeit eine hohe Arbeitslosigkeit in Österreich herrschte.<sup>91</sup> Im Jahr 1933 waren 26% der Arbeitnehmer und 16% aller Selbstständigen arbeitslos. Ihren Höhepunkt erreichte die Wirtschaftskrise in Österreich im Jahr 1933, darauf folgten nahezu stagnierende Jahre ohne größeren Aufschwung bis ins Jahr 1937.<sup>92</sup>

### 3.3.4 Die Mittelschulverordnung 1934

Die Erste Republik in Österreich wurde im März 1933 durch die Ausschaltung des Nationalrates beendet. Ein Jahr darauf, im Mai 1934, trat die neue ständestaatliche Verfassung in Kraft, woraufhin Österreich zu einem autoritären und berufsständisch gegliederten Staat wurde.<sup>93</sup> Diese politische Neuerung bedeutete auch Veränderungen für das Schulsystem in Österreich. Die sozialdemokratischen Politiker, die bisher für die Schulen in Wien zuständig waren, wurden entlassen.<sup>94</sup> Alle politischen Vereinigungen wie der Republikanische Schutzbund oder auch die Sozialdemokratische Arbeiterpartei

<sup>90</sup> Henning: Das industrialisierte Deutschland 1914-1992, S. 91f.

<sup>91</sup> Butschek: Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert, S. 48-51.

<sup>92</sup> März: Die große Depression in Österreich 1930-1933, In: Wirtschaft und Gesellschaft – WuG, S. 418-419.

<sup>93</sup> Austrofaschismus: Eine politische Bewegung in Österreich seit 1918, stützte sich auf den rechten Flügel der Heimwehren. Sie bekämpften die Sozialdemokratische Partei und waren vom italienischen Faschismus beeinflusst.

Zitiert nach: Meyers Großes Taschenlexikon, Bd. 2 Ahn-Bahn, Mannheim-Wien-Zürich 1983, S. 299.

<sup>94</sup> Scheipl, Seel: Die Entwicklung des österreichischen Schulwesens von 1750-1938, S. 102.

mussten sich auflösen und als Partei wurde nur noch die Vaterländische Front zugelassen.<sup>95</sup>

Der Bund war nun für die Schulen des gesamten Landes zuständig, während die Länder nur noch für die ausführende Gesetzgebung verantwortlich waren. Das Schulwesen und die Kirche rückten aufgrund der Neuerungen wieder näher zueinander. Das katholische Schulwesen wurde durch den Staat gefördert und dafür unterstützte die Kirche das neue autoritäre System.<sup>96</sup> Die Nähe zur katholischen Kirche wurde durch die Abschaffung des Glöckel-Erlasses im Jahr 1933 ersichtlich. Aufgrund dieser Veränderung war es für alle katholischen Schüler und Schülerinnen wieder verpflichtend den Religionsunterricht zu besuchen. Auch die Trennung von Bildung und Religion wurde aufgehoben und man strebte erneut eine konfessionelle Schule an.<sup>97</sup> Das war aber lediglich eines der Ziele des Austrofaschismus. Im Bezug auf das Schulwesen wurde die Gesetzeslage, die vor den Reformen Glöckels geherrscht hatte, angestrebt. Man wollte sich die Legitimation für das politische Herrschaftssystem durch die Schulbildung der Kinder beschaffen. Das letzte Ziel war die Ausgrenzung aller oppositionellen Personen aus dem Bildungssystem.<sup>98</sup>

Im Jahr 1934, genauer gesagt am 23. März 1934, kam es im Zuge der bereits geschilderten neuen politischen Lage zu einer erneuten Reform des Mittelschulwesens, die zeitgleich in der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ thematisiert wurde, wo es hieß:

*„(...) Die Arten der Mittelschule sind: Gymnasium, Realgymnasium, für Mädchen auch Oberlyzeen und Frauenoberschulen, außerdem als besondere Form auch Aufbau- und Arbeitermittelschulen. Der Zweck der Mittelschule ist, „ihren Schülern eine höhere Allgemeinbildung zu vermitteln, die sie zugleich zum Studium an den Hochschulen befähigt“. Die Frauenoberschulen haben überdies die besondere Aufgabe, „neben der Vermittlung einer höheren Allgemeinbildung ihre Schülerinnen zum Fachstudium für Frauenberufe auf wirtschaftlichem*

---

<sup>95</sup> Engelbrecht: Geschichte des österreichischen Bildungswesens, Bd. 5, S. 264.

<sup>96</sup> Scheipl, Seel: Die Entwicklung des österreichischen Schulwesens von 1750-1938, S. 102-103.

<sup>97</sup> Tàlos: Das Austrofaschistische Herrschaftssystem, Österreich 1933-1928, S. 394-395.

<sup>98</sup> ebenda, S. 395.



*Gebiet und auf den Gebieten der Fürsorge und Volkspflege wie für den häuslichen Wirkungskreis vorzubereiten“.*<sup>99</sup>

Die Einteilung der Mittelschulen die zuvor im Jahre 1927 durchgeführt worden war, wobei die Mittelschulen in die Typen A, B und C eingeteilt worden waren, wurde nun bei der Reform in der Zeit des Austrofaschismus 1934 wieder komplett abgeschafft und es bestanden nur noch Gymnasien und Realschulen. Die Realgymnasien wurden in die Gruppe der Gymnasien eingegliedert.<sup>100</sup> Es wurden auch alle Schulbücher ausgetauscht, die nicht den Idealen und Erziehungszielen der neuen Regierung entsprachen.<sup>101</sup> Der Unterschied der neuen Reform zur vorherigen bestand, wie auch in der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ argumentiert wurde, im Fremdsprachenunterricht und dem Ausmaß der dafür aufgewendeten Unterrichtsstunden. Es sollten zwei bzw. drei lebende Fremdsprachen unterrichtet werden, wobei mit dem Unterricht einer Fremdsprache bereits in der ersten Klasse begonnen werden sollte.<sup>102</sup> Das Bundesministerium für Unterricht teilte auch mit, dass der Unterricht in der jeweiligen lebenden Fremdsprache bis in den achten Jahrgang erhalten bleiben sollte. Die Unterrichtsstunden in diesen Fächern wurden im Jahr 1934 gesteigert. Dafür wurden in den Fächern Bildnerische Erziehung und Nähen die Stunden gekürzt, um sie für den Fremdsprachenunterricht nützen zu können.<sup>103</sup>

Das Unterrichtsfach Nähen wurde laut dem Artikel ‚Zur Schulreform‘ von Annette Pfaff nun nur noch in der Frauenoberschule und dem Oberlyzeum konsequent unterrichtet. An den Gymnasien wurde der Gegenstand höchstens noch als Freigegenstand angeboten. Das Oberlyzeum war aufgrund der Ausbildung dem Gymnasium gleichzusetzen.<sup>104</sup> Das Werk ‚Geschichte Österreichischer Mädchenmittelschulen‘ legt dar, dass die Lehrpläne der den Geschlechtern zugeordneten Schultypen bis auf die Gegenstände Zeichnen, Turnen und Handarbeiten gleichwertig aufgebaut waren.<sup>105</sup>

<sup>99</sup> Pfaff: Zur Schulreform. In: Die Österreicherin (1934), Nr. 3, S. 3.

<sup>100</sup> Engelbrecht: Geschichte des österreichischen Bildungswesens, Bd. 5, S. 282-284.

<sup>101</sup> Tàlos: Das Austrofaschistische Herrschaftssystem, Österreich 1933-1928, S. 399.

<sup>102</sup> Scheipl, Seel: Die Entwicklung des österreichischen Schulwesens von 1750-1938, S. 102-103.

<sup>103</sup> Bundesministerium für Unterricht: Das Schul- und Bildungswesen in Österreich, S. 5.

<sup>104</sup> Pfaff: Zur Schulreform. In: Die Österreicherin (1934), Nr. 3, S. 3-4.

<sup>105</sup> Mayer, Meissner, Seiss: Geschichte der Österreichischen Mädchenmittelschulen, S. 138.

Grundsätzlich kann man die neuen Mittelschultypen nach der erneuten Reform in vorwiegend sprachlich-geschichtlich und naturwissenschaftlich-mathematisch geprägte Mittelschulen einteilen. Da es die Einteilung in Typ A, B und C der Mittelschule nicht mehr gab, wurde nun die Arbeitermittelschule zu einem gängigen Schultyp und der Gegenstand Vaterlandskunde wurde in allen Schultypen eingeführt.<sup>106</sup> Es wurden auch, passend zu der neuen politischen Ausrichtung Österreichs, neue Grundsätze geschaffen, die in der Schule gelebt und den Schülern und Schülerinnen weitergegeben werden sollten.<sup>107</sup>

In ‚Geschichte Österreichischer Mädchenmittelschulen‘ wird auch von einem Rechtstrend in der Bildung wie in der Politik, im Zusammenhang mit der Mittelschulverordnung von 1934 gesprochen. In der Schule sollte den Kindern die österreichische Kultur- und Staatsidee konsequent vermittelt werden. An erster Stelle sollten die Schüler und Schülerinnen nach den neuen Grundsätzen zu sittlichem, volkstreuem und vaterländischem Handeln und Denken erzogen werden. Auch an den Änderungen des Turnunterrichts für Knaben war ersichtlich, dass die Wehr- und Kampfbereitschaft der Burschen forciert wurde.<sup>108</sup>

In der dritten und vierten Klasse der Mittelschule war die vormilitärische Ausbildung verpflichtend im Lehrplan enthalten. Im Juni 1937 wurden durch einen Erlass in den beiden letzten Klassen der Mittelschule verpflichtende Schießübungen für Schüler eingeführt.<sup>109</sup>

Durch die oben genannte neue Schwerpunktlegung auf lebende Fremdsprachen und die Minimierung der Unterrichtsstunden in den Handarbeitsfächern, wurde der Besuch einer Mittelschule für Knaben wie Mädchen attraktiver, aber auch fordernder. Eines der Ziele der Schulpolitik des Austrofaschismus war eine deutliche Differenzierung der einzelnen Schultypen. Diese wurde erreicht, indem man das Leistungsniveau in den Mittelschulen anhob und das Wiederholen eines Jahrgangs erschwerte. Grundsätzlich konnte eine Mittelschule auch nur noch nach der positiven Absolvierung einer Aufnahmeprüfung besucht werden. Die Ausbildung in einer Mittelschule sollte ihren Schülern und Schülerinnen eine höhere Allgemeinbildung vermitteln, die sie anschließend für ein Studium an

<sup>106</sup> Mayer, Meissner, Seiss: Geschichte der Österreichischen Mädchenmittelschulen, S. 135-137.

<sup>107</sup> Engelbrecht: Geschichte des österreichischen Bildungswesens, Bd. 5, S. 282-284.

<sup>108</sup> Mayer, Meissner, Seiss: Geschichte der Österreichischen Mädchenmittelschulen, S. 135-136.

<sup>109</sup> Tàlos: Das Austrofaschistische Herrschaftssystem, Österreich 1933-1928, S. 401.

einer Hochschule befähigen sollte und aufgrund der Aufnahmeprüfung war dieser Weg nur sehr guten Schülern und Schülerinnen vorbehalten.<sup>110</sup>

Annette Paff sah in ihrem Artikel ‚Zur Schulreform‘ das Resultat dieser Veränderungen im Rückgang der Schüler- und Schülerinnenzahl, um Geld zu sparen und in der Forcierung der Elitenbildung.<sup>111</sup>

Die Regierung trat im Jahr 1934, während des Austrofaschismus, für die Geschlechtertrennung ein. Die Koeduktion wurde strikt abgelehnt. Mädchen sollten, wenn möglich, die Mädchenschulen besuchen und nur in Ausnahmefällen an Knabenschulen unterrichtet werden. Falls mehrere Mädchen eine Knabenschule besuchten, sollte man versuchen eine Parallelklasse zu gründen, um Mädchen und Knaben zu trennen.<sup>112</sup> Dieser Umstand verschlechterte die Bildungslage der Mädchen im Austrofaschismus wieder enorm, da Mädchen im Vergleich zu Knaben nur ein sehr begrenztes Kontingent an Mädchenmittelschulen zur Verfügung stand und sie an Knabenmittelschulen nur in Ausnahmefällen und vor allem ungern aufgenommen wurden.<sup>113</sup> In den Artikeln der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ wurde die Ablehnung der Koedukation nicht diskutiert. Es wird in einem Artikel von Annette Paff im April 1934 nur argumentiert, dass den Mädchen der ehemalige Typ C der Mittelschulen, danach Oberlyceum, als Mittelschule zugedacht wurde.<sup>114</sup> In den Oberlyzeen lag das Hauptaugenmerk auf Fremdsprachen und Latein, in den Frauenoberschulen hingegen auf den hauswirtschaftlichen Fächern und Religion. Im Austrofaschismus wurde grundsätzlich wieder mehr Wert auf die Schwerpunkte Fürsorge und Mütterlichkeit in der Ausbildung gelegt, weshalb Mädchen auch diese Unterrichtsanstalten besuchen sollten.<sup>115</sup>

<sup>110</sup> Tàlos: Das Austrofaschistische Herrschaftssystem, Österreich 1933-1928, S. 397-399.

<sup>111</sup> Paff: Zur Schulreform. In: Die Österreicherin (1934), Nr. 3, S. 3-4.

<sup>112</sup> Mayer, Meissner, Seiss: Geschichte der Österreichischen Mädchenmittelschulen, S. 137.

<sup>113</sup> Simon: Hintertreppe zum Elfenbeinturm, S. 231-232.

<sup>114</sup> Paff: Zur Schulreform, In: Die Österreicherin (1934), Nr. 3, S. 3-4.

<sup>115</sup> Flich: Mütterlich-sozial und hauswirtschaftlich-praktisch, S. 225-226.

### 3.4 Universitätswesen

Der Festschrift ‚650 Jahre Universität Wien‘ ist zu entnehmen, dass im Jahr 1897 in Wien die ersten Frauen zum Studium an der Universität zugelassen wurden, ihnen zu dieser Zeit jedoch nur die Philosophische Fakultät offen stand. In den Jahren darauf wurden auch an weiteren Fakultäten Studentinnen zugelassen, wie 1900 an der Medizinischen, 1919 an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen, 1923 an der Evangelisch-theologischen und erst 1946 an der Katholisch-theologischen Fakultät. Andere Hochschulen in Österreich wie die montanistische, tierärztliche, technische oder die Hochschule für Bodenkultur, verwehrten weiblichen Studenten den Zugang zu ihren Studien bis nach dem Ersten Weltkrieg. Im Gegensatz zu den gerade genannten Hochschulen, bestand für Frauen bereits die Möglichkeit an einigen Instituten der Universität Wien ein Studium zu beginnen.<sup>116</sup> Zuvor stellte die Nichtzulassung der Frau zu einem universitären Studium die größte Hürde im Streben nach Bildung für Frauen dar. Der männliche Widerstand gegen das Frauenstudium war stets zu spüren und es sollte verhindert werden, *„daß die heiligsten Wissensgüter der Nation schmachvoll so minderwertigen, kleinen Frauengehirnen ausgeliefert würden.“*<sup>117</sup> Seit dem Jahr 1904 waren Frauen, laut der Verordnung des Kultur- und Unterrichtsministeriums, in Bezug auf das Ablegen der Reifeprüfung und der anschließenden Studienzulassung den Männern vollkommen gleichgestellt. Diese Gleichstellung stieß unter Akademikern auf keine große Akzeptanz.<sup>118</sup>

In der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ berichtete Ernestine Fürth, dass in den ersten Jahren nach dieser Errungenschaft viele junge Frauen an die Universitäten gingen, um ein Studium zu absolvieren, sodass die Zahl der Studentinnen kontinuierlich anstieg.<sup>119</sup> Im Wintersemester 1897/98 waren 3 ordentliche Hörerinnen an der Philosophischen Fakultät inskribiert. Im Wintersemester 1902/03 waren bereits 52 und im Wintersemester 1913/14 waren

<sup>116</sup> Heindl: Bildung und Emanzipation. Studentinnen an der Universität Wien, 650 Jahre Uni Wien, S. 534.

<sup>117</sup> Rille: Die psychische Relevanz des bürgerliche-individualistischen Leistungs- und Aufstiegsprinzips für Einstellung und Erwerbstätigkeit der Frau, S. 212.

<sup>118</sup> Forkl, Koffmahn: Frauenstudium und Akademische Frauenarbeit in Österreich, S. 15.

<sup>119</sup> Fürth: Das Schicksal des Nachwuchses in den akademischen Frauenberufen. In: Die Österreicherin (1932), Nr. 2, S. 6.

314 ordentliche Studentinnen an der Philosophischen Fakultät inskribiert.<sup>120</sup> Die erste Frau, die an der Universität Wien promovierte und ihr Studium auch ausschließlich in Wien absolviert hatte, war Elise Richter. Sie inskribierte 1897 in den Fächern Klassische Philologie, Indogermanistik, Germanistik und Romanistik, promovierte im Jahr 1901 und habilitierte sich 1905 im Fach Romanische Philologie. Im Jahr 1921 wurde ihr der Titel der außerordentlichen Professorin an der Universität Wien verliehen.<sup>121</sup> Während der Ersten Republik stieg die Zahl der ordentlichen und auch der außerordentlichen Studentinnen in den Fakultäten kontinuierlich an, bis man im Wintersemester 1932/33 die bis dahin höchste Zahl an weiblichen Studentinnen, nämlich 4.468 Inskriptionen, zählte. Damit war ein Fünftel der Studierenden an der Universität Wien weiblich. Ab dem Sommersemester 1933 ging die Zahl der Studentinnen jedoch zurück. Das Aufrücken junger Frauen die Bildung betreffend, war vorübergehend unterbrochen worden, da der Austrofaschismus ein anderes Frauenbild vorsah.<sup>122</sup>

Der BÖFV machte für den Anstieg der Zahl der Studentinnen in der Ersten Republik folgende Gründe verantwortlich:

- den Ausbau des Mittelschulwesens für Mädchen
- die durch die Wirtschaftskrise bedingte ‚Unzugänglichmachung‘ von Berufen für Frauen.<sup>123</sup>

Ein weiterer Grund der vermehrten Inskriptionen junger Frauen, der in der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ außer Acht gelassen wurde, ist, dass viele Eltern der Oberschicht den Wert einer guten Bildung für ihre Töchter erkannten. Junge Frauen konnten nun öfters auf die Unterstützung ihrer Eltern hoffen, wenn sie sich für ein Studium entschieden, als noch wenige Jahre zuvor. Das bis dahin typische Frauenbild begann sich zu wandeln. Junge Frauen aus der Oberschicht überbrückten mit der Schulbildung nun nicht mehr die Zeit bis zu ihrer Hochzeit,

<sup>120</sup> Griesebner: Feministische Geschichtswissenschaft, S. 46-48.

<sup>121</sup> Kanduth: Elise Richter, S. 616-619.

<sup>122</sup> Griesebner: Feministische Geschichtswissenschaft, S. 46-48.

<sup>123</sup> Fürth: Das Schicksal des Nachwuchses in den akademischen Frauenberufen. In: Die Österreicherin (1932), Nr. 2, S. 6.

sondern viele arbeiteten darauf hin, ein unabhängiges Leben führen zu können.<sup>124</sup>

Heindl stellt in dem Werk ‚650 Jahre Universität Wien‘ fest, dass im Wintersemester 1917/18 das Verhältnis zwischen Studentinnen aus dem Bildungsbürgertum und jenen aus mittel- bzw. kleinbürgerlichen Familien 31,4% zu 20,4% betrug. Dieses verschob sich im Laufe der Zwischenkriegszeit allerdings weg vom Bildungsbürgertum hin zum Mittel- bzw. Kleinbürgertum. So hatte sich das Verhältnis im Wintersemester 1933/34 umgekehrt und mehr Studentinnen stammten nun aus mittel- und kleinbürgerlichen Familien. Ab dem Wintersemester 1933/34 waren auch erstmals Töchter aus Arbeiterfamilien an der Universität Wien inskribiert, wobei diese nur einen geringen Teil von knapp 5% der Studentinnen ausmachten.<sup>125</sup>

Das Statistikamt Österreich legt in einer in der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ veröffentlichten Studie dar, dass die Mehrheit der studierenden Mädchen vor dem Studium das Realgymnasium besucht hatte. Dieselbe Studie verdeutlicht auch, dass mehr junge Frauen für ein Studium qualifiziert gewesen wären als junge Männer. Ausgehend von 100 Schülerinnen, die im Anschluss an ihre Schulbildung ein Studium begonnen hatten, absolvierten 9 Schülerinnen das humanistische Gymnasium, 16 die Realschule, 26 besuchten eine andere Bildungseinrichtung und 49 besuchten das Realgymnasium.<sup>126</sup>

Betrachtet man die Schilderungen der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ die berufliche Situation von vielen österreichischen Akademikerinnen betreffend, so wird schnell klar, dass viele der jungen Frauen die ein Universitätsstudium absolvierten, ihre Studienwahl sehr einseitig trafen, sodass es aufgrund der großen Nachfrage sehr schwer war, eine Anstellung in einem humanistischen Beruf zu bekommen.<sup>127</sup>

---

<sup>124</sup> Forkl, Koffmahn: Frauenstudium und Akademische Frauenarbeit in Österreich, S. 68.

<sup>125</sup> Heindl: Bildung und Emanzipation. Studentinnen an der Universität Wien, 650 Jahre Uni Wien, S. 545-546.

<sup>126</sup> Fürth: Frauenstreben und Frauenwirken. In: Die Österreicherin (1935), Nr. 2, S. 4.

<sup>127</sup> Fürth: Das Schicksal des Nachwuchses in den akademischen Frauenberufen. In: Die Österreicherin (1932), Nr. 2, S. 6.

*„Die Zahl der Verleihungen von akademischen Graden an Frauen ergibt folgendes Bild: Es wurden im Studienjahr 1933/34 53 zu Doktoren der Rechte, 5 zu Doktoren der Staatswissenschaften promoviert. 60 Frauen erhielten das Doktorat der Medizin, 205 das der Philosophie und 5 das der Pharmazie. 4 Frauen erwarben das Doktorat der Handelswissenschaft, 42 wurden Magister der Pharmazie, 3 erhielten das Diplom als Agraringenieur und 39 wurden Diplomkaufleute.“<sup>128</sup>*

Frauen war es in Österreich sehr lange Zeit nicht möglich sich an einer öffentlichen Akademie in den Bereichen Malerei, Bildhauerei und Grafik einer akademischen Ausbildung zu unterziehen. Diese Problematik wurde von Illy Kjær in ihrem Artikel ‚Die Entwicklung der Wiener Frauenakademie‘, der im Jahr 1928 in der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ erschien, erörtert. Erst im Jahr 1921, nach der Einführung akademischer Klassen, war es Frauen erstmals möglich, ein Kunststudium an der Kunstschule für Frauen und Mädchen in Wien zu absolvieren. Diese Akademie wurde in den frühen Jahren des 20. Jahrhunderts auf die Initiative von Frau Olga Prager, einer österreichischen Malerin, hin gegründet. 1908 wurde die Kunstschule für Frauen schließlich eröffnet und nach der Einführung von akademischen Klassen 1921 wurden weitere Klassen in den Fächern Bildhauerei, Malerei und Graphik angeboten. Diese waren den Klassen an der Akademie der bildenden Künste gleichgestellt und Frauen konnten ab diesem Zeitpunkt auch akademische Bildung in diesem Bereich in Anspruch nehmen. Zuvor konnten sich Frauen und Mädchen im Bereich der Kunst nur durch teuren Privatunterricht fortbilden.<sup>129</sup>

Die Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ erwähnt aber nicht, dass es ab dem Wintersemester 1920 auch für Studentinnen möglich war, sich als ordentliche Hörerinnen an der Akademie der bildenden Künste einzuschreiben. Dies wurde vom Staatsamt für Inneres und Unterricht bereits im Jahr 1919 genehmigt. Aufgrund von Platzmangel waren noch Ausbaumaßnahmen nötig. Das Staatsamt für Inneres und Unterricht duldete keinen weiteren Aufschub der Zulassung von Frauen zum akademischen Studium und deshalb wurde bereits im Jahr 1919 eine provisorische Zulassung in engerem Rahmen ermöglicht. Im

<sup>128</sup> List-Ganser: Das akademische Frauenstudium in Österreich. In: Die Österreicherin (1936), Nr. 1, S. 3.

<sup>129</sup> Kjær: Die Entwicklung der Wiener Frauenakademie. In: Die Österreicherin (1928), Nr. 4, S. 4.

Wintersemester 1920/21 studierten nun 14 Frauen an der Akademie der bildenden Künste in Wien.<sup>130</sup>

Im Jahr 1897 promovierte die erste Frau, Gabriella Possaner, an der Universität Wien zur Doktorin der Medizin. Sie hatte ihr Studium in der Schweiz absolviert und musste in Wien die Rigorosen erneut ablegen und einen einwandfreien Lebenswandel vorweisen, um die Nostrifikationsprozedur zu bestehen.<sup>131</sup> Nach der Öffnung der Medizinischen Fakultät für Frauen im Jahr 1900 schlugen einige junge Frauen diesen Ausbildungsweg ein und daher waren in der Zwischenkriegszeit bereits 7% der Ärzte in Österreich weiblich.<sup>132</sup>

Zu Beginn der Zwischenkriegszeit war es Frauen bereits seit zwei Jahrzehnten möglich, Medizin zu studieren, doch war der Lehrstuhl an der Medizinischen Fakultät ihnen gegenüber immer noch negativ eingestellt. Viele Mediziner versuchten, vor der Zulassung von Frauen zum Studium auch die angebliche biologische und physiologische Minderwertigkeit von Frauen zu beweisen. Damit wollte man zeigen, dass Frauen insbesondere für ein Medizinstudium und ein Studium im Allgemeinen untauglich sind.<sup>133</sup>

Theodor Ludwig Wilhelm Bischoff, ein deutscher Professor für Anatomie und Physiologie, war Vorreiter der Theorie, dass Frauen dem Manne geistig nicht ebenbürtig seien. Diese Erkenntnis stützte er auf eine Untersuchung, in der er das Gewicht von männlichen und weiblichen Gehirnen verglich. Das Ergebnis seiner Forschung war, dass die Gehirne von Frauen im Durchschnitt 114 Gramm leichter waren, als die von Männern. Bischoff verfasste im Jahr 1872 auch eine Abhandlung gegen das Studium von Frauen. In dieser merkte er, zusätzlich zu seinen Forschungsergebnissen, an, dass Frauen einen oberflächlichen, schwachen, mit dem eines Kindes vergleichbaren Verstand hätten und sich deshalb nicht zum Studium eignen würden. Es versuchten noch viele andere Wissenschaftler anatomische Gründe zu finden, warum Frauen nicht studieren sollten. Nikolaus Rüdinger zum Beispiel war es, der auf die geringe Anzahl der Hirnwindungen von Frauen hinwies.<sup>134</sup>

<sup>130</sup> Forkl, Koffmahn: Frauenstudium und Akademische Frauenarbeit in Österreich, S. 16.

<sup>131</sup> Griesebner: Feministische Geschichtswissenschaft, S.46-47.

<sup>132</sup> Forkl, Koffmahn: Frauenstudium und Akademische Frauenarbeit in Österreich, S. 81.

<sup>133</sup> Bolognese-Leuchtmüller: „Und bei allem war man die Erste!“. Einführende Bemerkungen zum Thema Frauen und Medizin, S. 10-12.

<sup>134</sup> Griesebner: Feministische Geschichtswissenschaft, S.31-32.



Paul Möbius stellte in seinem Pamphlet ‚Über den physiologischen Schwachsinn des Weibes‘ aus dem Jahr 1900 die These auf, Frauen hätten von Natur aus eine physiologisch bedingte geringere geistige Begabung als Männer.<sup>135</sup> Durch männliche Ressentiments wurde den Studentinnen der Studienalltag zwar erschwert, doch konnte er ihnen nicht verwehrt werden. So wurde den weiblichen Studenten, laut dem BÖFV, zum Beispiel bereits zu Beginn ihres Studiums mitgeteilt, dass sie später in der Berufswelt sowieso chancenlos wären und ihnen deshalb auch die Kollegiengelder nicht erlassen werden würden.<sup>136</sup> Im Gegensatz zu ihren männlichen Kommilitonen waren Frauen auch nicht in das Verbände- und Vereinssystem der Universität eingebunden, was für sie weitere Nachteile bedeutete. Dies äußerte sich darin, dass sie keine Hilfestellung in Form von finanziellen Beihilfen, der Studienbeihilfe, Hilfe in den Bibliotheken oder Empfehlungen beim Übertritt in das Berufsleben zu erwarten hatten.<sup>137</sup>

Ernestine Fürth äußerte sich in ihrem Artikel ‚Die Mädchenmittelschulen in Österreich‘, der im September 1932 in der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ erschien, zu den Chancen junger Frauen auf eine universitäre Ausbildung. Fürth argumentierte, dass nicht nur die veraltete Denkweise mancher Professoren, sondern auch die wirtschaftliche Lage dieser Zeit gravierende Auswirkungen hatten und den Frauen den Weg zu universitärer Bildung erschwerten.<sup>138</sup> Denn die Reformen die einen erweiterten Hochschulzugang für Mädchen in Wien hätten bringen sollen, wurden aufgrund finanzieller Engpässe, infolge der Wirtschaftskrise, wieder eingeschränkt.<sup>139</sup> Wie zuvor im Abschnitt „Mittelschulwesen“ bereits erwähnt, brachten die Sparmaßnahmen einige Mädchenmittelschulen so in Bedrängnis, dass über die Schließung von Anstalten nachgedacht wurde. Der BÖFV befürchtete, dass sich die Schließung in weiterer Folge auf die Zahlen der Studentinnen an den Universitäten negativ auswirken hätte können.<sup>140</sup>

Die Zahl der Studentinnen in Österreich stieg in der Ersten Republik kontinuierlich an. Im Wintersemester 1933/34 studierten bereits 3.144 Frauen an

<sup>135</sup> Griesebner: Feministische Geschichtswissenschaft, S. 36.

<sup>136</sup> P., A.: Zusammenschluss der Frauen: Ein Gebot der Zeit. In: Die Österreicherin (1934), Nr. 6, S. 2.

<sup>137</sup> Heindl: Die konfessionellen Verhältnisse. Jüdische und katholische Studentinnen. S. 18.

<sup>138</sup> Fürth: Die Mädchenmittelschulen in Österreich. In: Die Österreicherin (1932), Nr. 9, S. 1.

<sup>139</sup> Mikoletzky, Georgeacopol-Winischhofer, Pohl: „Dem Zuge der Zeit entsprechend...“, S. 115.

<sup>140</sup> Fürth: Die Mädchenmittelschulen in Österreich. In: Die Österreicherin (1932), Nr. 9, S. 1.

der Universität Wien.<sup>141</sup> Das Bundesamt für Statistik veröffentlichte im Jahr 1935 die folgenden Zahlen studierender Frauen in Österreich in der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘. Im Wintersemester 1934/1935 studierten an den 3 Hauptstudienorten in Österreich 3.706 Frauen, wobei 3.043 auf die Universität Wien entfielen. Daraus ergibt sich, dass 82% aller Studentinnen an der Universität Wien studierten, 11,5% in Graz und 6,5% hatten Innsbruck als ihre Studienstadt gewählt.<sup>142</sup> In den darauffolgenden Jahren bis zum Anschluss Österreichs an Deutschland, sanken die Zahlen weiblicher Studenten jedoch wieder. So waren im Wintersemester 1938/39 nur noch 1270 Frauen an der Universität Wien inskribiert.<sup>143</sup>

Gisela Urban diskutierte im Jahr 1930 in ihrem Artikel ‚Bei einer Wiener Silberschmiedin‘ die Situation junger Frauen, die nach einer höheren allgemeinen Schulbildung ein Studium im Ausland anstrebten. Urban argumentierte, dass es diese jungen Frauen in den Jahren nach dem 1. Weltkrieg besonders schwer hatten. Deshalb entschlossen sich viele für einen alternativen Bildungsweg in Österreich. Ein Beispiel dafür ist die im Monatsblatt ‚Die Österreicherin‘ vorgestellte Wiener Silberschmiedin Elfriede Berbalk. Ihr Ziel als junge Frau war es, Architektin zu werden, was jedoch nur durch ein Studium im Ausland möglich gewesen wäre. Aufgrund ihrer privaten Situation war dies allerdings nicht möglich und so ließ sie sich an der bereits erwähnten Frauenakademie zur Gold- und Silberschmiedin ausbilden und wurde Meisterin in diesem Beruf. Zuvor war dieser Berufsstand für Frauen noch nicht erschlossen, aber Frau Berbalk war davon überzeugt, dass Frauen sehr gut für diesen Beruf geeignet wären und nahm daraufhin nur weibliche Lehrlinge in ihrem Betrieb auf.<sup>144</sup>

Nach der Recherche zeigt sich mir nun folgendes Bild, das zu dem starken Ansteigen der Studentinnen in den zwanziger Jahren in Österreich führte. Als erster und wichtigster Grund wäre der Ausbau des Mittelschulwesens zu nennen. Dadurch war es den Frauen und Mädchen erst möglich, die Reifeprüfung

<sup>141</sup> Heindl: Bildung und Emanzipation. Studentinnen an der Universität Wien, 650 Jahr Uni Wien, S. 536.

<sup>142</sup> List-Ganser: Das akademische Frauenstudium in Österreich. In: Die Österreicherin (1936), Nr. 1, S. 3.

<sup>143</sup> Heindl: Bildung und Emanzipation. Studentinnen an der Universität Wien, 650 Jahre Uni Wien, S. 536.

<sup>144</sup> Urban: Bei einer Wiener Silberschmiedin. In: Die Österreicherin (1930), Nr. 2, S. 6-7.

abzulegen, um sich anschließend an den Universitäten zu immatrikulieren. Als weiterer Grund ist das Umdenken der gebildeten Oberschicht zu nennen. Bildung wurde nun als eine bedeutende Eigenschaft der Töchter wahrgenommen und so wurden immer mehr junge Frauen aus diesen gesellschaftlichen Kreisen an die Universitäten geschickt, wobei auch die Zahl der Studentinnen aus bürgerlichen Familien stark zunahm.

Eine weitere Bestrebung der Bevölkerung war es, jungen Frauen über die drohende Arbeitslosigkeit, die sie aufgrund der Wirtschaftslage zwischen Schulabschluss und Heirat erwartet hätte, hinweg zu helfen.

Grundsätzlich war es den Universitäten durch die Öffnung immer neuer Studienrichtungen für Frauen möglich, mehr Akademikerinnen hervorzubringen.

### 3.5 Zusammenfassung

Der Bund österreichischer Frauenvereine sah ein großes Problem in der Erziehung wie auch in der Schulbildung der Mädchen, nämlich das Hineindrängen der Mädchen in die Schublade, Frau-Haushalt-Kinder, wie es schon lange der Fall war.<sup>145</sup>

In den 1980er Jahren wurde, ausgehend von den USA, auch im deutschsprachigen Raum eine eigene Forschungsdisziplin eingeführt, die sich mit dieser Thematik auseinandersetzte, die Genderforschung. Sie beschäftigt sich mit dem Verhältnis von Geschlecht zu Kultur, Wissenschaft und Gesellschaft. Gegenwärtig wird die Genderforschung in den meisten Disziplinen bei Forschungstätigkeiten einbezogen.<sup>146</sup>

Anders als der Großteil der österreichischen Bevölkerung in der Zwischenkriegszeit, vertraten viele Philosophen und Pädagogen die Meinung, man hätte auch den Mädchen und Frauen gegenüber einen Bildungsauftrag, um den weiblichen Charakter zu formen und zu bilden.

---

<sup>145</sup> Zycha: Vom Begriff ‚Weiblichkeit‘ und der Mädchenerziehung durch Männer. In: Die Österreicherin (1930), Nr. 3, S. 5-6.

<sup>146</sup> Braun: Gender Studien: Eine Einführung, S. 9.

Besagte Pädagogen und Philosophen stützten sich in ihrer Argumentation auf Humboldt und Schleiermacher, welche bereits im 19. Jahrhundert Verfechter des Bildungsauftrages für Frauen waren.<sup>147</sup>

Frauen sollten laut Friedrich Schleiermacher auch eine Chance auf Bildung erhalten, doch war das Bildungsziel ein anderes als bei Männern. Schleiermacher nahm an, dass es einen Trend hin zur Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Bildung betreffend, gab und er sah auch nichts Befremdliches in der Bildung von Frauen. Für ihn gab es jedoch eine natürliche Grenze, die Frauen fern von öffentlichen Leitungspositionen und Erwerbsarbeit hielt. Diese natürliche Grenze war eine rein körperliche (Schwangerschaft, Geburt, Stillen,...), die nichts mit den geistigen Fähigkeiten der Frauen zu tun hatte. Frauen sollten Bildung konsumieren, um sie in ihrer erzieherischen Rolle in der Familie anwenden zu können.<sup>148</sup>

Wilhelm von Humboldt vertrat die Theorie, dass jeder Mensch zuerst eine grundsätzliche, allgemeine Bildung erfahren sollte und sich daraufhin für eine bestimmte vertiefende Bildung entscheiden sollte. Ein Kernpunkt seiner Theorie war, dass jeder Mensch wertvoll sei und seinen Teil zur Gesellschaft beitragen müsste. Humboldt definierte Bildung als das wichtigste Merkmal für Gleichberechtigung, weshalb auch Frauen gebildet sein sollten, um ihren Teil zur Gesellschaft beitragen zu können.<sup>149</sup> Es wurde allerdings auch bei ihm der Mann als der Vermittler des Wissens angesehen und die Frau als die zu Bildende.

Die Schulbildung allgemein und im Besonderen auch die Schulbildung von Mädchen an Mädchenmittelschulen wurde zu Beginn des 20. Jahrhunderts großteils von männlichen Wissensvermittlern dominiert, da immer noch vorzugsweise männliches Lehrpersonal eingestellt wurde.<sup>150</sup> Eine Lehrerin wurde, auch wenn sie hervorragende Referenzen vorlegen konnte, nur dann eingestellt, wenn kein männlicher Kollege zur Verfügung stand.<sup>151</sup>

Dem Werk ‚Frauenstudium und Akademische Frauenarbeit in Österreich‘ von Forkl und Koffmahn ist zu entnehmen, dass Lehrerinnen, die angestellt wurden,

<sup>147</sup> Kelz: Beiträge zur pädagogischen Psychologie, S. 15-17.

<sup>148</sup> Hartlieb: Geschlechterdifferenz im Denken Friedrich Schleiermachers, S. 198-200.

<sup>149</sup> Gruber: Kurze Geschichte des Bildungsbegriffs, S. 3-4.

<sup>150</sup> Kelz: Beiträge zur pädagogischen Psychologie, S. 15-17.

<sup>151</sup> Fürth: An die Spitze einer Mädchenmittelschule gehörte eine Frau. In: Die Österreicherin (1929), Nr. 10, S. 8.

überwiegend Stunden in Nebenfächern bekamen und der Unterricht in den Hauptgegenstände großteils von männlichen Kollegen durchgeführt wurde.<sup>152</sup>

Der Lehrkörper an Mittelschulen bestand bereits zur Hälfte aus Lehrerinnen, an den Hochschulen hingegen lehrten noch überwiegend Männer.<sup>153</sup>

In Österreich unterrichteten im Schuljahr 1923/24 1.309 Lehrerinnen und 2.284 Lehrer an den Mittelschulen. Von den Lehrerinnen unterrichteten insgesamt 816 an Schulen in Wien und von den Lehrern waren 1.114 in Wien beschäftigt. Im Schuljahr 1930/31 war die Zahl der Lehrer und Lehrerinnen leicht angestiegen. Es unterrichteten nun 1.812 Lehrerinnen und 2.536 Lehrer an den Mittelschulen. Der Großteil, nämlich 1.117 Lehrerinnen und 1.189 Lehrer entfielen auf die Stadt Wien.<sup>154</sup>

Wie zuvor erwähnt, waren die Bildungsziele von Jungen und Mädchen noch immer unterschiedlich definiert. Laut dem Artikel ‚Vom Begriff ‚Weiblichkeit‘ und der Mädchenerziehung durch Männer‘ von Marianne Zycha, wurde die Schubladenerziehung bereits bei der Stundenverteilung der Unterrichtsfächer sichtbar. Mädchen und Jungen hatten zwar dieselbe Stundenanzahl, die Verteilung der Stunden auf die Unterrichtsfächer war jedoch sehr unterschiedlich. Mädchen wurden viel mehr in Handarbeit unterrichtet als Knaben, was zu Lasten der mathematischen und naturwissenschaftlichen Fächer sowie dem Fach Bewegung und Sport ging.<sup>155</sup> Knaben und Mädchen hätten laut BÖFV die gleichen Voraussetzungen im Unterricht haben müssen, um sich voll entfalten zu können.<sup>156</sup> Dies war den Mädchen jedoch aus vielerlei Gründen versagt. Einer der Hauptgründe der damaligen Zeit war der stark forcierte Philanthropismus, dessen Ideologie sich sehr stark an der typischen Geschlechterrolle der Frau orientierte.<sup>157</sup>

<sup>152</sup> Forkl, Koffmahn: Frauenstudium und Akademische Frauenarbeit in Österreich, S. 77.

<sup>153</sup> Zycha: Vom Begriff ‚Weiblichkeit‘ und der Mädchenerziehung durch Männer. In: Die Österreicherin (1930), Nr. 6, S. 11-13.

<sup>154</sup> Statistik Austria: Bildung in Zahlen, S. 54-62.

<sup>155</sup> Zycha: Vom Begriff ‚Weiblichkeit‘ und der Mädchenerziehung durch Männer. In: Die Österreicherin (1930), Nr. 3, S. 5-6.

<sup>156</sup> Fürth: Bücherschau. In: Die Österreicherin (1930), Nr. 5, S. 14-15.

<sup>157</sup> Kelz: Beiträge zur pädagogischen Psychologie, S. 15-17.

Zycha argumentierte in ihrem Artikel weiter, dass aus dieser Ungleichheit in Bezug auf die Fächerschwerpunkte falsche, bzw. verzerrte Resultate von Überprüfungen der Schüler gewonnen wurden. Man konnte Knaben und Mädchen zum Beispiel in Mathematik nicht auf dem gleichen Leistungsniveau testen, da Mädchen jährlich 40 Mathematikstunden weniger erhielten.<sup>158</sup>

Die Erziehung in Österreich war in der Zwischenkriegszeit formal gleichwertig und es galt die Chancengleichheit. Diese bestand leider nur theoretisch, denn die Praxis zeigte ein deutlich anderes Bild betreffend der Gleichstellung von Knaben und Mädchen. Es war aber auszumachen, dass Mädchenschulen langsam von der traditionellen Mädchenerziehung abwichen und die Allgemeinbildung forcierten, um auch Mädchen bestmöglich auf ein eventuell weiterführendes Universitätsstudium und das sich bereits verändernde Berufsleben der Frau vorzubereiten.

## 4. „*Frauenstreben und Frauenwirken*“<sup>159</sup>

### 4.1 Berufschancen für Frauen

Die Arbeitssituation in der Zwischenkriegszeit war für höher gebildete und auch für Frauen im Allgemeinen grundsätzlich eine eher schwierige, denn sie wurden nach und nach aus ihren Posten verdrängt. Während des Ersten Weltkrieges wurde die Arbeitskraft der Frauen dringend gebraucht, um die Wirtschaft der Österreichisch-Ungarischen Monarchie aufrecht zu erhalten, da die Männer als Soldaten eingezogen wurden. Die meisten Frauen gingen in dieser Zeit einer Erwerbsarbeit nach und viele waren auch in Männerberufen tätig.<sup>160</sup> Der Großteil von ihnen arbeitete als Hilfskräfte und nur wenige höhere Positionen wurden in der Zeit des Ersten Weltkrieges von Frauen bekleidet. Weibliche Arbeitskräfte in

---

<sup>158</sup> Zycha: Vom Begriff ‚Weiblichkeit‘ und der Mädchenerziehung durch Männer. In: Die Österreicherin (1930), Nr. 3, S. 5-6.

<sup>159</sup> Fürth: Rubrik in der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ 1928 – 1938.

<sup>160</sup> Papp: „Die Kraft der weiblichen Seele“, S. 15.

Männerberufen erachtete man schon zu Beginn des Krieges nur als Übergangslösung.

Mit Ende des Krieges konnte die alte Ordnung erneut hergestellt werden und die Kriegsheimkehrer verdrängten die Frauen wieder von ihren Posten.<sup>161</sup> Dadurch waren ihre neu errungenen Freiheiten am Arbeitsmarkt wie auch im öffentlichen Leben wieder genommen worden.<sup>162</sup>

Die Rückkehr der ehemaligen Soldaten in die Arbeitswelt war aber nicht das alleinige Problem für die allgemein schlechten Berufsaussichten für Frauen.

Die Sparte der Angestellten erlebte von 1910 bis zum Ende der Zwischenkriegszeit einen großen Wachstumsschub. Die Zahl der als Angestellte oder Angestellter arbeitenden Bevölkerung Österreichs (vor 1918 noch der Habsburger Monarchie) wuchs auf das Zweieinhalbfache, von 233.000 auf 602.000 weibliche und männliche Angestellte, an. Diese Zahlen beziehen sich auf das Gebiet des heutigen Österreich ohne das Bundesland Burgenland. 1938 betrug der Anteil der weiblichen und männlichen Angestellten bereits 16,5% der gesamten arbeitenden Bevölkerung Österreichs. Zum Vergleich, 1910 waren es nur 7% der gesamten arbeitenden Bevölkerung.<sup>163</sup> Dieser große Anstieg der Angestellten-Zahlen führte zu einer immer größer werdenden Nachfrage an Arbeitsstellen in dieser Berufsgruppe. Daher war es schwer bis fast unmöglich nach der Arbeitslosigkeit wieder einen Posten als Angestellter bzw. Angestellte zu bekommen. Daher mussten viele einer anderen Arbeit nachgehen, wenn sich ihnen die Möglichkeit bot. Viele fanden aufgrund der prekären Lage am Arbeitsmarkt der Zwischenkriegszeit überhaupt keine Anstellung.<sup>164</sup>

Bekanntermaßen ging Österreich zu Beginn des 20. Jahrhunderts aus dem bis dato größten Krieg – dem Ersten Weltkrieg – als Verlierer hervor. Am 10. September 1919 wurde zwischen der Republik Österreich und den alliierten und assoziierten<sup>165</sup> Mächten der Friedensvertrag von Saint-Germain-en-Laye

<sup>161</sup> Schreiber: Für Gott, Kaiser und Vaterland, S. 23ff.

<sup>162</sup> Papp: „Die Kraft der weiblichen Seele“, S. 16.

<sup>163</sup> Botz: Angestellte zwischen Ständegesellschaft, Revolution und Faschismus, S. 202-203.

<sup>164</sup> Matis, Stiefel: Die Weltwirtschaft. Struktur und Entwicklung im 20. Jahrhundert, S. 109 ff.

<sup>165</sup> Die Vereinigten Staaten von Amerika, das Britische Reich, Frankreich, Italien und Japan sind im Vertrag als die alliierten und assoziierten Hauptmächte bezeichnet, Belgien, China, Cuba, Griechenland, Nicaragua, Panama, Polen, Portugal, Rumänien, der serbisch-kroatisch-slowenische Staat, Siam und die

abgeschlossen.<sup>166</sup> Österreich wurde neben Deutschland die alleinige Schuld am Ersten Weltkrieg zugeschrieben, woraufhin die beiden Länder zu ‚Reparationszahlungen‘ an die Siegermächte verpflichtet wurden. Österreich musste große Gebiete der ehemaligen Monarchie an seine Nachbarländer abgeben und war verpflichtet seine Rüstungsindustrie zu zerstören. Das Berufsheer wurde auf 30.000 Mann beschränkt und auch eine allgemeine Wehrpflicht wurde von den Siegermächten untersagt.<sup>167</sup>

Die geschilderten Sanktionen waren wirtschaftlich sehr zum Nachteil und infolgedessen gab es auch immer weniger Arbeitsplätze. Die Siegermächte nahmen eine Vorherrschaft ein, die zu einem Ungleichgewicht zwischen den Ländern der Sieger- und Verlierermächte führte. Die Verlierermächte wurden aufgrund der gerade geschilderten Tatsachen von der Wirtschaftskrise in den 1920/30er Jahren schlimmer in Mitleidenschaft gezogen als die Siegermächte.<sup>168</sup>

Zusätzlich verkleinerte sich, wie schon erwähnt, nach dem Zerfall der Monarchie das Gebiet Österreichs maßgeblich, was wiederum zu einer Abnahme der Arbeitsplätze führte. Die gerade genannten Umstände waren für den Erfolg der Frauen in höheren Positionen nicht förderlich.<sup>169</sup> Die Missgunst der männlichen Arbeitnehmer den berufstätigen Frauen gegenüber wurde immer größer und die Gesellschaft kehrte langsam zu den alten Rollenbildern aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zurück.<sup>170</sup>

Ernestine Fürth hält in ihrem Artikel ‚Das Statut der Frau‘ in der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ fest:

*„Im öffentlichen Dienst ist die Zahl der in gehobener Stellung beschäftigten Frauen sehr gering.“<sup>171</sup>*

---

Tschecho-Slowakei, bilden mit den oben bezeichneten Hauptmächten die alliierten und assoziierten Mächte. (Cede: Verträge definieren das Land, S. 51.)

<sup>166</sup> Cede: Verträge definieren das Land, S. 51.

<sup>167</sup> Matis, Stiefel: Die Weltwirtschaft. Struktur und Entwicklung im 20. Jahrhundert, S. 109 ff.

<sup>168</sup> ebenda.

<sup>169</sup> Bachinger, Hemetsberger-Koller, Matis: Grundriss der Österreichischen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte von 1848 bis zur Gegenwart, S. 55.

<sup>170</sup> Papp: „Die Kraft der weiblichen Seele“, S. 16.

<sup>171</sup> Fürth: Das Statut der Frau., In: Die Österreicherin (1937), Nr. 5/6, S. 1.



Ernestine Fürth argumentierte 1928 in der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘, dass Frauen, wollten sie einen ihrer höheren Bildung entsprechenden Beruf ergreifen, nicht nur die dafür notwendige Ausbildung, sondern dazu noch Glück haben mussten, um in der Männer dominierten Berufswelt mitwirken zu können.<sup>172</sup>

Im Jahr 1930 griff auch Berta List-Ganser das Thema ‚Frauen in höheren Positionen‘ in ihrem Artikel ‚Die arbeitende Frau‘ auf. List-Ganser stellte fest, dass höhere Berufe, die von Frauen ergriffen werden konnten, vielfach mit einem Verzicht einher gingen, denn für Frauen in diesen Positionen galt oft noch der Zölibat. Davon war der Berufsstand der Lehrerinnen und der höheren Beamtinnen betroffen. Wenn sie heiraten und eine Familie gründen wollten, mussten sie ihren Beruf aufgeben.<sup>173</sup>

Der Zölibat wurde in Teilen Österreichs nach 1919 aufgehoben, bzw. temporär aufgehoben, denn schon nach kurzer Zeit wurde er in einigen Bundesländern für Frauen im öffentlichen Dienst wieder eingeführt. In Niederösterreich und Wien wurde das Heiratsverbot aufgehoben. In den Bundesländern Kärnten, Steiermark und Oberösterreich wurden die Gesetze gelockert und ein abgeschwächter Zölibat trat in Kraft.<sup>174</sup> In Kärnten konnten Frauen erst ab 20 Dienstjahren ohne Probleme heiraten, in der Steiermark war es Lehrerinnen ohne Bewilligung nur gestattet Lehrer zu ehelichen und in Oberösterreich galt der Zölibat bis es genug freie Stellen gab die besetzt werden mussten.<sup>175</sup> Das Bundesland Kärnten führte 1934 wieder einen eisernen Zölibat ein. Im Burgenland wurde das Gesetz, ein strenges Zölibat betreffend, erst im Jahr 1934 erlassen. In den Bundesländern Tirol, Vorarlberg und Salzburg blieben die Gesetze, den Zölibat betreffend, streng wie vor dem Ersten Weltkrieg.<sup>176</sup>

Der Zölibat für öffentlich bedienstete Frauen war nicht die einzige gesetzliche Regelung, die Frauen den Zugang zu höheren Positionen am Arbeitsmarkt erschwerte. Im Jahr 1933 erließ die Regierung unter Engelbert Dollfuß das sogenannte ‚Doppelverdienergesetz‘, um dadurch die Löhne von verheirateten Frauen im Bundesdienst einzusparen und so die angespannte finanzielle Lage

<sup>172</sup> Fürth: Aus den Bundesvereinen., In: Die Österreicherin (1928), Nr. 1, S. 11.

<sup>173</sup> List-Ganser: Die arbeitende Frau. In: Die Österreicherin (1930), Nr. 1, S. 6.

<sup>174</sup> Pellar: Arbeit mit Zwangszölibat. S. 11.

<sup>175</sup> Nachbaur: Lehrerinnenzölibat, S. 11.

<sup>176</sup> Pellar: Arbeit mit Zwangszölibat. S. 11.

Österreichs zu entlasten.<sup>177</sup> Dieses Gesetz wird in einem späteren Kapitel noch genau behandelt. Trotz der neuen Posten, die von Frauen besetzt werden konnten, ging die Zahl der beschäftigten Frauen im Ständestaat enorm zurück.<sup>178</sup> 1934 waren noch 30% der Beschäftigten weiblich, 1937 betrug der Anteil von Frauen nur noch 27%.<sup>179</sup>

Laut dem Bund österreichischer Frauenvereine konnte man das Berufsfeld von Frauen in der Zwischenkriegszeit in drei Kategorien einteilen: in Kann-, Muss- und Darf-Berufe. Diese drei Kategorien wurden von der Schriftstellerin, Individualpsychologin und Frauenrechtlerin Dr. Alice Rühle-Gerstel entwickelt. Kann-Berufe waren Berufe, die Frauen ausüben konnten, dazu aber nicht verpflichtet waren und dies auch nicht für ihr eigenes Wohl tun mussten, wie zum Beispiel der Beruf der Mutter. Muss-Berufe, waren Berufe, die Frauen ausüben mussten, um sich ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. In diese Kategorie fielen Berufe, die Frauen gesellschaftlich leicht zugänglich gemacht wurden, wie etwa Berufe im Handel oder Fabriken. Die dritte Kategorie der Frauenberufe waren Darf-Berufe. Dabei handelte es sich um Arbeitsstellen, die Frauen nicht so ohne weiteres bekleiden konnten. Diese Berufe mussten sich Frauen im Laufe der Zeit erst erkämpfen, wie zum Beispiel den Beruf der Angestellten oder der Beamtin.<sup>180</sup> Diese Aufschlüsselung der verschiedenen Berufsgruppen für Frauen zeigt, dass es für Frauen schwer war, in eine höhere Position aufzusteigen und es sie sehr viel Mühe kostete einen sogenannten Darf-Beruf auszuüben. Demzufolge gab es in der Zwischenkriegszeit nicht viele Frauen in solchen Berufen.

Der BÖFV und Frau Dr. Rühle-Gerstel sind bei der Bildung der ersten Kategorie nicht nach den traditionellen Ansichten vorgegangen, sondern haben sich am neuen Frauenbild der Ersten Republik orientiert, da sie das Muttersein als einen Kann-Beruf definiert haben. Einige Frauen entschieden sich, eine berufliche Laufbahn zu Lasten einer Familie anzustreben. Die beiden weiteren Kategorien, Muss und Darf, wurden jedoch sehr faktenorientiert erstellt. Frauen arbeiteten damals überwiegend im Handel, in Fabriken oder waren als

---

<sup>177</sup> Rigler: Frauenleitbild und Frauenarbeit in Österreich, S. 102 ff.

<sup>178</sup> ebenda.

<sup>179</sup> Stiefel: Arbeitslosigkeit, S. 189.

<sup>180</sup> Fürth: Bedrohung der verheirateten Lehrerin. In: Die Österreicherin (1933), Nr. 1, S. 4.

Kleinunternehmerinnen tätig, da ihnen diese Berufe am leichtesten zugänglich waren. In höheren Positionen waren sie aufgrund von Erschwernissen und Vorurteilen kaum zu finden, weshalb es für sie Darf-Berufe waren.

Es war für höher gebildete Frauen aufgrund von Vorurteilen und gesetzlichen Bestimmungen, auf die später noch genauer eingegangen wird, schwer, eine ihrer Ausbildung angemessene Anstellung zu finden. Die Frauenvereinigungen waren durch regelmäßige Eingaben bei der Regierung bemüht, höhergebildeten Frauen die Chance auf eine angemessene Anstellung zu geben. Man versuchte ihnen auch den Weg hin zu einer berufsmäßigen wissenschaftlichen Karriere zu ebnen.<sup>181</sup> Diese Aufgabe gestaltete sich jedoch schwierig, denn es herrschte immer noch die Meinung vor, die Hauptaufgabe der Frau wäre es den Haushalt zu bewältigen und die Familie zu versorgen.<sup>182</sup>

Ernestine Fürth argumentierte 1934 in der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘, dass die sogenannten Darf-Berufe für Frauen in der Zwischenkriegszeit stark durch das bereits genannte Doppelverdienergesetz gefährdet waren. Bei Staatsbediensteten wurde dieses Gesetz als erstes durchgesetzt und vollstreckt. Frauen verloren nun sofort nach ihrer Hochzeit ihre Anstellung. Begründet wurde dieses Gesetz laut Fürth durch die Aussage, dass andere arbeitslose Personen diese Anstellung dringender brauchen würden als eine Ehefrau, da diese durch das Einkommen ihres Mannes finanziell versorgt wäre. Die nun nicht ganz unbegründete Befürchtung des BÖFV war es, dass sich viele junge Frauen keiner schwierigen und langwierigen Ausbildung mehr unterziehen würden, wenn sie ihren Beruf dann nicht lange ausüben konnten. Der Meinung des BÖFV nach war das Resultat daraus, dass zu viele ungelernte Hilfsarbeiterinnen und Arbeiterinnen am Arbeitsmarkt die Zeit bis zu ihrer Hochzeit überbrücken würden. Auch Eltern, die ihren Töchtern eine Ausbildung ermöglichten und finanzierten, wollten weniger Geld für die Ausbildung ausgeben, wenn ihre Töchter nur ein paar Jahre arbeiten konnten und damit wäre die Zahl der akademisch gebildeten Frauen stark zurückgegangen.

Ernestine Fürth schrieb in einem Artikel der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ 1934, dass sich Frauen nun zwischen Karriere und Familie entscheiden mussten. Eine Vielzahl entschied sich daraufhin für eine Familie, worin Fürth den Grund für die

<sup>181</sup> Hirsch: Geschichte der 25jährigen Wirksamkeit, S. 8.

<sup>182</sup> Fürth: Vom Wiener Frauen-Erwerb-Verein. In: Die Österreicherin (1934), Nr. 4, S. 3-4.

nicht wachsende Zahl von Frauen in höheren Positionen sah. Nur sehr wenige Frauen arbeiteten aufgrund mangelnder Ausbildung infolge der zuvor erwähnten Gründe in der Zeit zwischen Abschluss der Ausbildung und ihrer Hochzeit in höheren Positionen<sup>183</sup>

In Berufsfeldern in denen keine höhere Bildung notwendig war, hatten Frauen schon einige typische Männerberufe erschlossen, argumentierte Fürth im Jahr 1932 in der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘. So fiel bei der Gewerbeprüfung am Ende des Jahres 1932 auf, dass es in Wien bereits einen Mechaniker-Betrieb gab, der von einer Frau, die selbst Meisterin war, geleitet wurde und die auch zwei Lehrlinge beschäftigte. Es war auch ein Installateur-Betrieb bekannt, der ebenfalls von einem weiblichen Meister geführt wurde und auch weibliche Gesellen beschäftigte.<sup>184</sup>

Der Umstand, dass Frauen sich mit dem Ende des Ersten Weltkrieges auch vorstellen konnten, traditionelle Männerberufe zu ergreifen, welche eine höhere Ausbildung voraussetzten, wurde im Jahr 1928 Thema in der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘. Es gab aber auch viele Frauen, die zu dieser Zeit noch nicht das Selbstvertrauen besaßen eine solche Ausbildung anzutreten. Maria Riha wurde in der Zeitschrift als positives Beispiel genannt, denn sie begann bereits im Jahr 1919 ihre Ausbildung im Baufach an der Höheren Staatsgewerbeschule, die sie auch als erste Frau abschloss. Ein weiterer Männerberuf, für den eine schulische Ausbildung unabdingbar war, war der des Optikers. Die erste Frau die sich zur Optikerin ausbilden ließ, war Hilde Petrovic-Stevanov aus Graz. Sie legte im Jahr 1922 die Diplom-Optikerprüfung ab und übernahm das Unternehmen ihres Vaters.<sup>185</sup>

Anders als bei den Berufen der Bauleiterin und der Optikerin gab es offiziell noch keine weiblichen Polizeibeamten in Österreich. Dies stieß laut dem BÖFV auf viel Unverständnis, da es in vielen Nachbarländern Österreichs bereits weibliche Polizeibeamte gab.<sup>186</sup> In Österreich wurden ‚Polizei-Fürsorgerinnen‘ beschäftigt, die bei Fällen in denen Kinder und junge Frauen involviert waren, herangezogen wurden, da diese Personen einer Frau oft mehr Vertrauen entgegenbringen

<sup>183</sup> Fürth: Vom Wiener Frauen-Erwerb-Verein. In: Die Österreicherin (1934), Nr. 4, S. 3-4..

<sup>184</sup> Fürth: Industrielle und gewerbliche Frauenarbeit. In: Die Österreicherin (1932), Nr. 9, S. 3.

<sup>185</sup> U., G.: Zum Eintritt der Frauen in männliche Gewerbe, Der erste weibliche Baumeister und der erste weibliche Optiker in Österreich. In: Die Österreicherin (1928), Nr. 8., S. 8.

<sup>186</sup> F., E.: Zur Frage der weiblichen Polizei. In: Die Österreicherin (1928), Nr. 8, S. 14.

konnten als einem Mann, argumentiert Sabitzer auf der Homepage der österreichischen Polizei. Die Aussage, dass Frauen die Position der Polizistin während der gesamten Zwischenkriegszeit verwehrt blieb, deckt sich mit den Schilderungen der ‚Österreicherin‘ aus dem Jahr 1928. Der Homepage der österreichischen Polizei ist auch zu entnehmen, dass mit Ausnahme der Zeit des Nationalsozialismus, erst am 3. Februar 1950 die erste Frau als Kriminalbeamtin aufgenommen wurde. Die weiblichen Kriminalbeamten mussten zusätzlich zur Grundausbildung auch eine zweijährige Fürsorgeausbildung absolvieren.<sup>187</sup>

Ein weiterer Grund warum Frauen schwieriger in höheren Positionen Fuß fassen konnten, war laut Fürth jener, dass Frauen im Vergleich zu Männern öfters dazu gezwungen waren, ihren Arbeitsplatz im Laufe ihres Lebens zu wechseln (z.B. aufgrund der Kindererziehung) und sich so schwerer nach oben arbeiten konnten. Die Hoffnung des BÖFV war es, dass sich diese Situation mit der neuen Frauengeneration aufgrund der besseren und einer den Knaben gleichwertigen Bildung ändern würde und auch mehr Frauen die Chance auf eine höhere Position bekämen.<sup>188</sup>

Das oft erzwungene Wechseln von Arbeitsplätzen war jedoch nicht der einzige Stein, der Frauen im Berufsleben in den Weg gelegt wurde. Die physischen und psychischen Merkmale von Frauen wurden von vielen Arbeitgebern als problematisch angesehen.

Dr. Robert Hofstätter, Privatdozent für Geburtshilfe und Gynäkologie in Wien, führte in seinem Werk ‚Die arbeitende Frau‘ von 1929 an, dass Frauen weniger körperlich belastbar seien und äußere Einflüsse wie zum Beispiel Hitze, viel schlechter aushalten würden als Männer. Laut Hofstätter waren Frauen auch aufgrund ihrer Menstruation und Hormonschwankungen in der Erwerbstätigkeit eingeschränkt. Es gab vom Gewerbeschutz definiert Richtlinien, wie sich Frauen an ihrem Arbeitsplatz zu verhalten hatten, um Erkrankungen und Schädigungen des Fortpflanzungsapparates zu verhindern.<sup>189</sup>

---

<sup>187</sup> Sabitzer: Polizeigeschichte.

URL: <http://www.polizei.gv.at/noe/Publikationen/geschichte/Kriminaldienst.aspx>  
[Stand 17. November 2016].

<sup>188</sup> Fürth: Bücherschau. In: Die Österreicherin (1928), Nr. 9, S. 10.

<sup>189</sup> Hofstätter: Die arbeitende Frau, S. 59-61.

Hofstätter schreibt dazu Folgendes:

*„Vollständig überflüssig kommt es mir vor, über die Notwendigkeit der außerhäuslichen Erwerbstätigkeit der Frau heute noch zu schreiben. Sie besteht in einem so ausgedehntem (sic!) Maße, daß wir vor allem die Pflicht haben, diese außerhäusliche Arbeit der Frau soviel als möglich von ihren Gefahren, deren größte die Unverträglichkeit mit der Mutterschaft und Kinderaufzucht ist, zu befreien. Erst wenn diese dringendste Forderung des Tages weitgehend erfüllt ist können wir daran gehen, allmählich die Frau wieder in das Haus zurückzuführen.“<sup>190</sup>*

Im Jahr 1926 wurde mit der Herausgabe des ‚Linzer Programms‘ gefordert, dass Frauen die Nacharbeit sowie andere für den weiblichen Körper besonders schädliche Tätigkeiten untersagt werden sollten. Zu allen andern Berufen hatten Frauen formal freien und uneingeschränkten Zugang. Wobei das christlich soziale Lager forderte, dass Frauenarbeit nur die Bereiche der Pflege, Erziehung, Fürsorge und Hauswirtschaft betreffen sollten und die verheirateten Frauen aus dem Erwerbsleben ausscheiden sollten. Der Forderung nach Eingrenzung der Arbeitsbereiche von Frauen auf Pflege, Erziehung, Fürsorge und Hauswirtschaft, wurde keine Folge geleistet. Der Forderung nach dem Ausscheiden verheirateter Frauen aus dem Berufsleben wurde allerdings mit der Einführung des Doppelverdienergesetzes nachgekommen.<sup>191</sup>

Zusammenfassend kann man sagen dass die Berufschancen für Frauen in der Zwischenkriegszeit, sofern sie eine höhere Position bekleideten, grundsätzlich schlechter waren als die ihrer männlichen Pendants, da Männern immer noch der Vorzug gegeben wurde und auch die bestehende Gesetzeslage ihren Teil zu dieser Situation beitrug.

---

<sup>190</sup> Hofstätter: Die arbeitende Frau, S. 1.

<sup>191</sup> Berchtold: Österreichische Parteiprogramme 1868-1966, S. 257-278.

## 4.2 Der Einfluss der Mode

Eine Auseinandersetzung mit der Mode der Zwischenkriegszeit ist unumgänglich, da die Gegensätzlichkeit zur Mode der vorangegangenen Generationen sehr deutlich zu erkennen ist. Die Hypothese: „*Der Krieg – ein Emanzipationshelfer ersten Ranges*“<sup>192</sup> ist hier von großer Bedeutung.

Frauen passten in der Zwischenkriegszeit ihre Kleidung ihren neuen Bedürfnissen an, sie wurde praktischer. Kleidungsstücke, die Frauen einengten, wie steife Stehkragen, Schleppen oder Mieder waren komplett verschwunden. Mit der leichteren und bequemerer Kleidung war es Frauen möglich neuen Betätigungen nachzugehen und sie gab ihnen Selbstbewusstsein. Die Kleidung spielte eine große Rolle in der Emanzipation der Frau in der Zwischenkriegszeit.<sup>193</sup>

„Die Österreicherin“ hielt fest, dass Frauen nach der Zeit des Ersten Weltkrieges ihr Leben nicht eingeengt und unterdrückt, sondern intensiv und befreit leben wollten. Diese Aussage kann vermutlich darauf zurückgeführt werden, dass viele Frauen während des Krieges Männerarbeit verrichten und alleine für ihre Familien sorgen mussten. Daraus ist der Schluss zu ziehen, dass bei einer Vielzahl von Frauen ein regelrechter Emanzipationsschub ausgelöst wurde, der sie freier sein ließ. Diese Veränderung spiegelte sich auch im gängigen Schönheitsideal der Zwischenkriegszeit wider.

Wenn man über die Mode der modernen Frau dieser Zeit spricht, muss man die gerade geschnittenen Hemdkleidchen erwähnen und die Tatsache, dass die Taille komplett außen vor gelassen wurde. Die Kleider waren meist knielang und schmal geschnitten, oft hochgeschlossen oder mit einem Bubikragen versehen.<sup>194</sup> Die Frauenerwerbsarbeit hatte sich weg vom häuslichen Dienst und hin zur Erwerbsarbeit in der Industrie oder im Handel verschoben, weshalb die Kleidung praktischer werden musste. Aus diesem Grund trugen in dieser Zeit

<sup>192</sup> Frevert: Frauen-Geschichte, S. 146.

<sup>193</sup> Tauber: Frauenbewegung und Mode. In: Die Österreicherin (1928), Nr. 3, S. 6.

<sup>194</sup> Loschek: Mode im 20. Jahrhundert: eine Kulturgeschichte unserer Zeit, S. 253ff.

bereits viele Frauen Hosen und man sprach davon, dass die Mode der arbeitenden Frau vermännlicht wurde.<sup>195</sup>

Bereits Ende der 20er Jahre des 20. Jahrhunderts zeichnete sich eine Modelinie ab, die sich in den 30er Jahren unter den erwerbstätigen Frauen in höheren Positionen durchsetzte. Sie wurde wieder figurbetonter und damit femininer. Wadenlange Kleider, meist glockig mit weitem Saum, die an der Hüfte eng geschnitten waren, dies war die Mode der berufstätigen Frau der zweiten Hälfte der Zwischenkriegszeit. Die Eleganz stand im Mittelpunkt. Die Mode der späten 30er Jahre war jedoch von den politischen Umbrüchen nicht verschont geblieben und so wurde die alpenländische Trachtenmode sehr gefördert, die sogar zum Trend der letzten Monate der Zwischenkriegszeit wurde.<sup>196</sup>

Für junge unverheiratete Frauen die als Angestellte arbeiteten, war es von sehr hoher Priorität jugendlich und modisch aufzutreten<sup>197</sup>, da sie mit dreißig bereits als zu alt für eine Anstellung in einem Büro galten. Aufgrund der großen Arbeitslosigkeit, war es für Arbeitgeber ein Leichtes, eine neue Angestellte einzustellen.<sup>198</sup>

Im Zuge der Veränderung der Mode veränderten sich auch die Frisuren der Frauen. Zuvor trug man lange hochgesteckte Haare, die in den 1920ern Kurzhaarfrisuren wichen, den sogenannten Bubiköpfen. Anfang der Dreißiger Jahre veränderte sich das Frauenbild abermals. Man kleidete sich weiblicher und trug die Haare anlässlich der Erfindung der Dauerwelle lockig.<sup>199</sup>

Grundsätzlich lässt sich über die Mode der Zwischenkriegszeit sagen, dass sie bequemer wurde und sich von den typischen Miedern und langen Kleidern entfernt hatte. Man passte die Mode den Bedürfnissen der berufstätigen Frauen dieser Zeit an.

---

<sup>195</sup> Leichter: Frauenarbeit und Arbeiterinnenschutz in Österreich, S. 26.

<sup>196</sup> Koch-Mertens: Der Mensch und seine Kleider 2, S. 124ff.

<sup>197</sup> Jacobeit, Jacobeit: Alltags- und Sozialgeschichte Deutschlands, S. 30.

<sup>198</sup> Koch-Mertens: Der Mensch und seine Kleider 2, S. 91.

<sup>199</sup> Entner: Die ‚neue Frau‘, S. 77.



### 4.3 Berufswünsche und Realitäten am Arbeitsmarkt

In Österreich wurde am 14. Juni 1930 eine Betriebszählung vorgenommen, die auch in der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ abgedruckt wurde. Dabei wurde auch ermittelt, wie groß der Anteil der weiblichen Arbeitnehmer in bestimmten Gewerbefeldern war. Es ließ sich jedoch keine Entwicklung vom Ersten Weltkrieg bis in die Zwischenkriegszeit ausarbeiten, da keine Vergleichszahlen aus vorangegangenen Betriebszählungen vorlagen. Die letzte Erhebung, die im Jahr 1902 durchgeführt wurde, also noch in der ehemaligen Monarchie, lieferte auf Grund der territorialen Unterschiede keine Zahlen für das Österreich der Zwischenkriegszeit.<sup>200</sup>

1930 erhob und veröffentlichte man in ‚Die Österreicherin‘, dass zu dieser Zeit insgesamt 425.746 Frauen im Gewerbe tätig waren. Dies waren 30% aller im Gewerbe tätigen Arbeitnehmer. Der größte Frauenanteil war in der Sparte der kaufmännischen Angestellten mit 40% und in der Sparte der Hilfsarbeiter mit 38% zu finden. Im Zuge der Betriebszählung wurden die Betriebe in Gewerbeklassen eingeteilt und mehr als drei Viertel der weiblichen Arbeitnehmer wurden in der Textil-, Bekleidungs-, Nahrungs-, und Genussmittelindustrie sowie im Gast- und Schankgewerbe, den Klassen Handel, Körperpflege, Wäscherei und dem Frisörgewerbe gezählt.<sup>201</sup>

Die Schilderungen der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘, die Berufssparte mit den meisten weiblichen Arbeitnehmerinnen betreffend, stimmten mit den Aussagen des Werkes ‚Frauenberufe-Männerberufe‘ von Leitner überein, in welchem erläutert wird, dass rund zwei Drittel der berufstätigen Frauen in typischen Frauenberufen beschäftigt waren. Die Definition Frauenberufe bezieht sich auf Berufe, in denen deutlich mehr als 50% der Beschäftigten Frauen waren. Typische Berufe waren zum Beispiel Hebamme, Kindergärtnerin oder Krankenschwester. Ein Viertel aller weiblichen Berufstätigen war in integrierten Berufsfeldern tätig. Das bedeutet, dass das Verhältnis der Geschlechter in diesen Berufen nahezu ausgewogen war.

---

<sup>200</sup> Hönig: Frauenarbeit in Österreich., In: Die Österreicherin (1932), Nr. 2, S. 4.

<sup>201</sup> ebenda.

Solch eine Berufsgruppe war zum Beispiel in der Landwirtschaft zu finden und auch Fachkräfte mit mittlerer Qualifikation konnten dieser Berufsgruppe zugeordnet werden. Die integrierten Berufsfelder umfassten allerdings auch Berufe, für die eine höhere Qualifikation notwendig war, wie zum Beispiel der Beruf des Arztes/der Ärztin. In Berufen mit höheren Qualifikationen war der Frauenanteil deutlich geringer als in jenen mit mittlerer Qualifikation. Dies spiegelte das Problem, dass Frauen in der Zwischenkriegszeit in deutlich weniger höheren Positionen zu finden waren als Männer, wider.<sup>202</sup>

Die Berufswahl ist eine der wichtigsten Entscheidungen, die ein junger Mensch treffen kann, denn sie ist ein gewichtiger Faktor für die Position, die ein Mensch in der Gesellschaft einnimmt. Diese Entscheidung für eine Berufssparte wie Gewerbe, Industrie oder auch höhere Positionen hat auch Auswirkungen auf die Zukunftschancen für die nächste Generation.<sup>203</sup> Vor dem Ersten Weltkrieg war die Berufswahl eine Frage, der sich Mädchen nicht stellen mussten. Deshalb waren Berufsberatungsstellen nicht darauf eingestellt und man musste die Beratung erst an Mädchen anpassen. Die Bewertung der Konstitution von Mädchen empfand man als viel schwieriger als bei Knaben. Die Erwerbstätigkeit von Frauen wurde von vielen Männern, auch von Rudolf Hofstätter, als vorübergehender Nebenjob gesehen, denn die Hauptbeschäftigung sollte Familie und Mutterschaft sein. Junge Mädchen sollten Berufe, die ihre Fruchtbarkeit in irgendeiner Weise beeinträchtigen könnten, unbedingt meiden. Aus diesem Grund waren Frauenärzte in Berufsberatungszentren tätig, um mögliche riskante Berufe auszuschließen und die körperliche Verfassung der jungen Frauen zu prüfen.<sup>204</sup> In dem im Jahr 1921 gegründeten Berufsberatungsamt der Stadt Wien und der Arbeiterkammer Wien waren neben den Ärzten auch Psychologen tätig, die für die Untersuchung und Beratung der Arbeitsuchenden zuständig waren.<sup>205</sup> Die Wiener Berufsberatungsstelle für Frauen führte im Jahr 1931 eine Befragung zu den Berufswünschen erwachsener, bereits im Berufsleben stehender Arbeiterinnen durch, um so den Vergleich der Wünsche und der tatsächlichen Berufssituation der Arbeiterinnen zu ermitteln. Im Jahr 1934 wurde eine weitere

---

<sup>202</sup> Leitner: Frauenberufe-Männerberufe, S. 5.

<sup>203</sup> Jaide: Die Berufswahl, S. 30 ff.

<sup>204</sup> Hofstätter: Die arbeitende Frau, S. 127-130.

<sup>205</sup> Gugitscher: Bildungs- und Berufsberatung in Österreich historisch betrachtet, S. 3-4 – 3-5.

Befragung durchgeführt, nur wurden diesmal die Berufswünsche von 14 jährigen Mädchen ermittelt. Beide Befragungen wurden in ‚Die Österreicherin‘ veröffentlicht.

Insgesamt befragte man 3.900 Mädchen und gelangte dadurch zu folgenden Ergebnissen:<sup>206</sup>

*„(...) wollten 918, d. s. 23 1/2% Verkäuferinnen werden, 487, d. s. 12 1/2%, Schneiderinnen, 353, d. s. 9%, Büroangestellte, 352, d. s. 9%, Friseurinnen. 697, d. s. 17,8%, wollten noch in eine weitere Schule gehen, unter diesen der größte Teil, um dann später einen der sozialen Frauenberufe, wie Kindergärtnerin, Krankenpflegerin, Fürsorgerin, Lehrerin oder Ähnliches zu ergreifen. Die anderen Wünsche haben sich alle unter 100 gehalten.“<sup>207</sup>*

Bei der Befragung der erwachsenen Frauen im Jahr 1931, wurden 1.320 Arbeiterinnen zu ihren Berufswünschen befragt. Die Ergebnisse zeigten, dass sich 33% der befragten Frauen einen anderen Beruf, als den gerade von ihnen ausgeführten, wünschten.<sup>208</sup>

*„Unter diesen Frauen haben 35,1% nur den Wunsch nach irgend einem anderen Beruf angegeben. 21,4% wollten Schneiderinnen [sic] werden, 15,5% strebten einen sozialen Frauenberuf an, 13% wollten ins Büro, 11,2% wollten Verkäuferinnen werden. Die anderen Wünsche haben sich nur um 1,2% herum bewegt, (...).“<sup>209</sup>*

Die Zahlen lassen darauf schließen, dass sich laut der Erhebung der ‚Österreicherin‘ nur ein sehr kleiner Prozentsatz der befragten Frauen und Mädchen eine höhere Position wünschte. Der Großteil strebte typische Frauenberufe an, bei welchen keine höhere Bildung nötig war. Ich sehe den Grund dafür darin, dass diese niederen bis mittleren Positionen für Frauen leichter zu erreichen waren als höhere Positionen, für die sie auch eine höhere Bildung hätten absolvieren müssen.

<sup>206</sup> Elner: Eignung der Frau für bestimmte Berufe., In: Die Österreicherin (1934), Nr. 4, S. 2.

<sup>207</sup> ebenda.

<sup>208</sup> ebenda.

<sup>209</sup> ebenda.

Es war nicht für alle jungen Mädchen möglich eine höhere Bildung zu absolvieren, man müsste die privaten Hintergründe der befragten Mädchen kennen, um genaue Schlüsse ziehen zu können. Dies war mir aber nicht möglich, weshalb ich die leichtere Zugänglichkeit für die vielen Frauen in niedrigeren und mittleren Positionen verantwortlich mache.

Aufgrund der ermittelten Berufswünsche, die auch oft verwirklicht wurden, waren laut Ernestine Fürth sehr viele Berufssparten überfüllt und es war extrem schwer, in manchen Bereichen eine Anstellung zu bekommen. Fürth argumentierte in ihrem Artikel ‚Die Erwerbstätigkeit der Frau, Ermittlung ihrer Ursachen durch eine Umfrage des BÖFV‘ weiter, dass das Problem der Überfüllung in der Zwischenkriegszeit nicht nur Lehrberufe (23,5% der befragten Mädchen wollten Verkäuferinnen werden), sondern auch Berufe für die man eine akademische Ausbildung absolvieren musste, betraf. Als Beispiel für ihre Argumente schilderte Fürth die Situation einer jungen Frau die bei einer Befragung des BÖFV angab, in Wien Philosophie studiert und mit einem Doktor abgeschlossen zu haben und bei der Arbeitssuche aber nur Absagen bekommen zu haben. Schließlich fand sie laut Fürth nur eine Halbtagsanstellung in einem Büro mit einem Gehalt, mit dem man nur durch striktes Sparen überleben konnte.<sup>210</sup> Leitners Abhandlung ‚Frauenberufe-Männerberufe‘ geht mit den Schilderungen von Fürth zum Thema Überfüllung des Arbeitsmarktes konform und lässt so die Aussagen von Fürth realistisch erscheinen.

Im Werk ‚Die Arbeits- und Berufssituation junger Frauen‘ stellt Meggeneder fest, dass Frauen in der Zwischenkriegszeit insgesamt zufriedener mit ihrer Berufswahl waren als Männer. Am zufriedensten war die Gruppe von Frauen, die in einem Angestelltenverhältnis beschäftigt war. Dem gegenüber stand über ein Drittel der Arbeiterinnen, die ihren Beruf nicht wieder gewählt hätten.<sup>211</sup> Diese Angabe stimmt mit der bereits erwähnten Erhebung der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ überein, bei der auch 35,1% der Befragten angaben, irgendeinen anderen Beruf als den derzeitigen ausüben zu wollen.

Berufe die einfach zufällig, also ohne sich besonders für den gewählten Beruf zu interessieren, ergriffen wurden, führten in den meisten Fällen zu großer

---

<sup>210</sup> Fürth: Die Erwerbstätigkeit der Frau, Ermittlung ihrer Ursachen durch eine Umfrage des B.Ö.F.V. In: Die Österreicherin (1936), Nr. 2, S. 1-2.

<sup>211</sup> Meggeneder: Die Arbeits- und Berufssituation junger Frauen, S. 10-12.

Unzufriedenheit.<sup>212</sup> Hofstätter merkt in seinem Werk ‚Die arbeitende Frau‘ ergänzend an, dass Berufe, die aus finanzieller Not heraus und noch vor dem Ende der Pubertät angetreten werden, zu beruflicher Unzufriedenheit führen. Die Persönlichkeit junger Menschen ist zu dieser Zeit noch nicht vollständig entwickelt und daher könnten sie nicht wissen, welcher Beruf für sie der richtige wäre.<sup>213</sup>

Die Gründe für berufliche Unzufriedenheit von Hofstätter und Jaide treffen auf Frauen der Arbeiterschicht in der Zwischenkriegszeit zu. Sollten sie sich gegen eine höhere Bildung entschieden haben, mussten sie einen Beruf erlernen und finanziell zum Erhalt der Familie beitragen. Diese Entscheidung fiel bei den meisten jungen Frauen noch während sie schulpflichtig waren und viele trafen daher eine für sie falsche Berufswahl. Diese frühe Entscheidung, ist wohl auch der Grund für den großen Teil an unzufriedenen Frauen, die sich einen anderen Beruf für sich wünschten als den, den sie augenblicklich ausführten.

Johanna Elner schrieb in ihrem Artikel ‚Eignung der Frau für bestimmte Berufe‘, der 1934 in der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ erschien, über die Gründe der großen beruflichen Unzufriedenheit unter den Frauen. Sie sah, wie auch Hofstätter und Jaide, den Hauptgrund dieser Unzufriedenheit in einer falschen Berufswahl. Im Gegensatz zu Hofstätter war für sie die falsche Berufswahl aufgrund der schlechten finanziellen Situation der meisten Familien dieser Zeit als Hauptgrund zu nennen und nicht die unreife Persönlichkeit junger Mädchen. Der Artikel von Elner brachte noch einen weiteren Aspekt zum Vorschein, nämlich, dass junge Mädchen oft von ihren Familien in Berufe gedrängt wurden die gerade zur Verfügung standen, um ein Kind weniger versorgen zu müssen.<sup>214</sup> Durch die vorhandenen Informationen kommt man zu dem Schluss, dass ‚Die Österreicherin‘ mit diesem Artikel zeigen wollte, dass die richtige Berufswahl für Mädchen essentiell war, um am Arbeitsmarkt zu bestehen und dass viele junge Mädchen gar nicht die Chance auf höhere Bildung hatten, da die finanziellen Mittel in der Familie nicht vorhanden waren.

---

<sup>212</sup> Jaide: Die Berufswahl, S. 17 ff.

<sup>213</sup> Hofstätter: Die arbeitende Frau, S. 130.

<sup>214</sup> Elner: Eignung der Frau für bestimmte Berufe. In: Die Österreicherin (1934), Nr. 6, S. 3-4.

## 4.4 Akademische Berufe

Dreißig Jahre nach dem Beginn des Frauenstudiums in Österreich war der von Akademikerinnen am meisten ergriffene Beruf der Beruf der Lehrerin an Mädchenmittelschulen.<sup>215</sup>

Heindl stellt in der Festschrift ‚650 Jahre Universität Wien‘ fest, dass in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts auch junge Frauen als außerordentliche Hörerinnen zur Ausbildung zur Lehrerin an der Universität Wien zugelassen wurden. Die Voraussetzung war, dass diese Schülerinnen ein Mädchengymnasium besucht hatten. Dort konnten sie jedoch nicht die Matura ablegen, um als ordentliche Hörerin zu gelten. Das Ablegen der Matura war zu dieser Zeit nur an Knabenschulen möglich.<sup>216</sup>

Im Jahr 1928 war in der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ zu lesen, dass mit dem Anstieg der Mädchenmittelschulen in der Ersten Republik auch ein Ansteigen der Zahl an Lehrerinnen beobachtet werden konnte.<sup>217</sup>

Diese Aussage von List-Ganser deckt sich mit Rudolf Hofstätters Feststellung aus dem Jahr 1929:

*„Vorübergehend wenigstens scheinen wir in Österreich eher mehr Nachwuchs an Lehrerinnen zu haben, als unsere Bevölkerung Kinder in die Schule schicken kann.“<sup>218</sup>*

Bereits im Jahr 1900 unterrichtete die erste akademisch ausgebildete Lehrerin, Frau Dr. Cäcilie Böhm-Wendt, die Unterrichtsfächer Mathematik und Sport an einem Wiener Mädchengymnasium. Im Wintersemester 1926 waren bereits 349 Lehrerinnen an den 29 Mädchenmittelschulen in Österreich tätig und 16 dieser Schulen wurden von Frauen geleitet. Die Chance an einer privaten Mädchenmittelschule in einer Leitungsposition tätig zu sein, war für Frauen die seltene Gelegenheit eine höhere Position im Schulwesen einzunehmen. Der BÖFV setzte sich vehement für die weibliche Leitung von Mädchenschulen ein

<sup>215</sup> List-Ganser: Akademische Frauenberufe in Österreich. In: Die Österreicherin (1928), Nr. 3, S. 1-2.

<sup>216</sup> Heindl: Bildung und Emanzipation. Studentinnen an der Universität Wien, 650 Jahr Uni Wien, S. 534.

<sup>217</sup> List-Ganser: Akademische Frauenberufe in Österreich. In: Die Österreicherin (1928), Nr. 3, S. 1-2.

<sup>218</sup> Hofstätter: Die arbeitende Frau, S. 126.

und es wurden auch schon erste Erfolge sichtbar.<sup>219</sup> Eine der ersten Schulleiterinnen in Österreich war Gertrude Herzog-Hauser. Sie schloss ihr Doktorat 1916 ab und unterrichtete anschließend im Mädchengymnasium in der Rahlgasse, welches sie anschließend auch als Direktorin leitete. Neben dieser Tätigkeit verfolgte sie ihre akademische Laufbahn und habilitierte sich 1932 an der Universität Wien als erste Frau in der Klassischen Philologie.<sup>220</sup> Elise Hofmann dissertierte 1920 am Pflanzenphysiologischen Institut der Universität Wien. Sie hatte Paläobotanik studiert und zuvor bereits eine Ausbildung zur Volks- und Bürgerschullehrerin abgeschlossen. Nach ihrem Studium unterrichtete sie an einer Hauptschule Physik und pflegte nebenbei ihre akademische Karriere bis sie im Jahr 1935 zur ersten Dozentin für Paläobotanik an der Universität Wien ernannt wurde.<sup>221</sup>

Berta List-Ganser erwähnt in der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ ein Taschenjahrbuch für Mittelschullehrer. Laut diesem Taschenjahrbuch bestanden *„(...) in Österreich 1926/27 in Wien 15, in Niederösterreich 5, in Oberösterreich 2, in Salzburg 2, in Steiermark 1 und in Tirol 2 Mädchenmittelschulen. Dazu kommen noch 2 Bundeserziehungsanstalten für Mädchen in Wien. Der Lehrkörper setzt sich an all diesen Mädchenschulen, mit Ausnahme der zwei städtischen Mädchenmittelschulen in Graz und Innsbruck, größtenteils aus weiblichen Mitgliedern zusammen. Es unterrichten einschließlich der Ordensfrauen der Klosterschule an den 29 österreichischen Mädchenmittelschulen 271 Frauen die Lehrgegenstände der Mittelschule. Dazu kommen noch 59 Turnlehrerinnen und 19 Zeichenlehrerinnen [sic]. Auch die Leitung der Mädchenmittelschulen liegt heute zum großen Teil in den Händen von Frauen, während bei der Gründung der Schulen ausschließlich Männer mit der Führung betraut wurden. Von den 29 Mädchenmittelschulen Österreichs stehen 16 unter weiblicher Leitung davon 11 in Wien, 2 in Niederösterreich, 1 in Oberösterreich, 1 in Steiermark und 1 in Tirol.“*<sup>222</sup>

Im Jahr 1928 weist ‚Die Österreicherin‘ darauf hin, dass vor der Zwischenkriegszeit alle Mittelschullehrerinnen Privatangestellte waren. Erst später wurde ein Drittel der weiblichen Lehrer in den Staatsdienst übernommen.

<sup>219</sup> List-Ganser: Frauen in den akademischen Berufen, S. 295 f.

<sup>220</sup> Cescutti: Herzog-Hauser Gertrud, S. 281-284.

<sup>221</sup> Fürth: Eine neue Dozentin an der Wiener Universität. In: Die Österreicherin (1935), Nr. 8, S. 2.

<sup>222</sup> List-Ganser: Akademische Frauenberufe in Österreich. In: Die Österreicherin (1928), Nr. 3, S. 1.

So waren sie als Bundeslehrerinnen ihren männlichen Kollegen in Rang und Gehalt gleichgestellt, argumentierte List-Ganser. Die restlichen 2/3 erhielten weiterhin nur 75% vom Gehalt der Bundeslehrer. Die Aussichten, in den Fächern Mathematik und Naturwissenschaften unterrichten zu können, waren für Lehrerinnen zu Beginn der Zwischenkriegszeit sehr gut. Es gab eine rege Nachfrage nach akademisch gebildeten Lehrerinnen, da es durch die Reform zur Gründung vieler neuer Mittel- und auch Klosterschulen gekommen war. Viele der offenen Stellen in Klosterschulen wurden allerdings mit Ordensfrauen besetzt.<sup>223</sup>

Fürth Ernestine fügte zur Lage der Lehrerinnen in ihrem Artikel ‚Bedrohung der verheirateten Lehrerin‘ hinzu, dass diese Nachfrage an Lehrerinnen aufgrund der schlechten Wirtschaftslage am Ende der zwanziger Jahre endete. Im Jahr 1933 wurde in Niederösterreich und Kärnten an einem massiven Sparplan für das Schulwesen gearbeitet. Diese Initiative ging vom christlichsozialen Lager aus und wurde von diesem in den Landtag der einzelnen Bundesländer eingebracht. Man wollte Kosten einsparen, indem man die Zahl der Schüler und Schülerinnen in den Klassen anhub, die Lehrverpflichtung erhöhte und alle Lehrerinnen, die seit dem Jahr 1920 geheiratet hatten, entließ. Diese Forderungen stießen von Seiten des Lehrkörpers und der Frauenvereine auf großen Unmut. Der BÖFV ging gegen diese Forderung mit einer Petition an die Landesregierungen von Niederösterreich und Kärnten und an den Finanzausschuss des Nationalrats vor. Das Land Niederösterreich reagierte auf diese Petition und änderte die Sparmaßnahmen so ab, dass es eine einjährige gestaffelte Gehaltskürzung gab und man den freiwilligen Abbau von verheirateten Lehrerinnen forcierte. Von Zwangsentlassungen wurde abgesehen.<sup>224</sup> Fürth argumentierte weiter, dass man allein in Niederösterreich, bis zu 500 verheiratete Lehrerinnen entlassen hätte, wäre das ursprüngliche Sparprogramm bewilligt worden.<sup>225</sup> Im Artikel ‚Frauenforderungen‘ knüpfte Fürth an ihren vorangegangenen Artikel, den Sparplan für das Schulwesen betreffend, an. Sie erläuterte, dass in Wien Fragebögen in den Schulen verteilt wurden, woraufhin sich weibliche Lehrerinnen freiwillig zum Austritt hätten melden sollen. Der Austritt brachte für die Freiwilligen einige kleine Vergünstigungen und der Anspruch auf ihre Pension in

<sup>223</sup> List-Ganser: Akademische Frauenberufe in Österreich. In: Die Österreicherin (1928), Nr. 3, S. 1-2.

<sup>224</sup> Fürth: Bedrohung der verheirateten Lehrerin. In: Die Österreicherin (1933), Nr. 1, S. 4.

<sup>225</sup> ebenda.



voller Höhe ging nicht verloren. Dies sollte Anreiz zum freiwilligen Austritt bringen, jedoch brachte diese Idee nicht den gewünschten Erfolg.<sup>226</sup>

Die Vielzahl der Artikel, den Sparplan für das Schulwesen und die Entlassung von Lehrerinnen betreffend, lässt den Schluss zu, dass diese Themen besonders wichtig für den BÖFV waren. Gute Bildung für Mädchen und junge Frauen sowie die Chance für Frauen auf höhere Positionen waren dem BÖFV augenscheinlich große Anliegen.

In Kärnten traf man im Jahr 1934 die Entscheidung, dass alle Lehrerinnen, die mindestens 15 Dienstjahre vorweisen konnten, sofort entlassen werden, sollten sie heiraten. Somit waren Lehrerinnen in Kärnten, wollten sie ihren Beruf ausüben, zu einem zölibatären Leben gezwungen.<sup>227</sup> Dieser auferlegte Zölibat war neben den Gehältern und dem schwierigeren Zugang zu Leitungspositionen einer der grundlegenden Unterschiede zwischen dem weiblichen und dem männlichen Lehrpersonal.<sup>228</sup>

Hanni Fleischmann machte im Jahr 1931 in ihrem Artikel ‚Die sozial und kommerziell tätige Akademikerin‘, der in der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ erschien, auf die hohe Arbeitslosigkeit unter den Lehrerinnen aufmerksam. Am Ende ihres Lehramtsstudiums standen viele Frauen ohne Anstellung da, weil deutlich weniger Stellen zur Verfügung standen als es Absolventinnen gab. Sie kam jedoch zu dem Schluss, dass dies ein generelles Problem war, mit dem nicht nur junge Frauen zu kämpfen hatten, denn der Arbeitsplatzmangel betraf auch junge Männer.<sup>229</sup> Mit ihrer Schlussfolgerung beschrieb Fleischmann ohne Übertreibung die Arbeitsmarktsituation der Zwischenkriegszeit, auf die in einem späteren Kapitel noch ausführlich eingegangen wird.

In der Zwischenkriegszeit gab es für Frauen bereits die Möglichkeit, den Beruf der Ärztin zu ergreifen. Dieses Recht hatten sich Frauen aber erst wenige Jahre zuvor erstritten. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts kämpften viele Frauen dafür, Medizin studieren zu können. Sie konnten ihr Recht auch durchsetzen, obwohl es in den zwanziger und dreißiger Jahren immer noch viele Gegner weiblicher

<sup>226</sup> Fürth: Frauenforderungen. In: Die Österreicherin (1934), Nr. 5, S. 1.

<sup>227</sup> Nachbaur: Lehrerinnenzölibat, S. 134.

<sup>228</sup> Essen; Rogers: Zur Geschichte der Lehrerinnen: Historiographische Herausforderungen und internationale Perspektiven, S. 328.

<sup>229</sup> Fleischmann: Die sozial und kommerziell tätige Akademikerin., In: Die Österreicherin (1931), Nr. 6, S. 6.

Medizinstudenten und auch Ärztinnen gab.<sup>230</sup> Viele beriefen sich auf die geistige Minderwertigkeit der Frau, wie bereits zuvor im Kapitel ‚Universitätswesen‘ angeführt wurde.

*„Die Zahl der Ärztinnen beträgt in Österreich im Jahr 1926 nach dem ärztlichen Jahrbuch 411. Davon entfallen auf die Hauptstadt Wien 355, auf das Burgenland 1, auf Kärnten 1, auf Niederösterreich 18, Oberösterreich 8, Salzburg 2, Steiermark 21 und Tirol 5 Ärztinnen. Die geographische Verteilung ist also eine sehr ungleichmäßige, was nicht nur mit den Ausbildungsmöglichkeiten, sondern auch mit den beruflichen Schwierigkeiten in der Landpraxis zusammenhängen dürfte.“<sup>231</sup>*

Frauen mussten viel Energie und Ausdauer aufbringen, da sie als praktizierende Ärztinnen mit vielen Vorurteilen zu kämpfen hatten, argumentierte List-Ganser im Jahr 1928 in der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘.<sup>232</sup> Sie sah die größten Probleme für Ärztinnen darin, sich in ländlichen Gegenden etablieren zu können. Gerade dort hatten sie es laut List-Ganser besonders schwer, Patienten zu gewinnen. Daher gab es in den Bundesländern deutlich weniger Ärztinnen als in Wien. Sie setzten sich mit ihren Privatpraxen nur schwer gegen männliche Kollegen durch, da die Patienten und auch Patientinnen teils aus Gewohnheit und teils auch aufgrund von Skepsis die männlichen Berufskollegen bevorzugten, wurde in der Zeitschrift argumentiert.<sup>233</sup>

Ärztinnen praktizierten, obwohl ihnen bis auf die des Militär- und Polizeiarztes alle Möglichkeiten offenstanden, sehr oft in den gleichen Fachgebieten.

Zu ihren Fachgebieten zählten die Spezialisierungen auf Anästhesiologie 53% und Pädiatrie mit 48%. Nur 2,2% der Ärztinnen arbeiteten als Chirurginnen, jedoch übte keine Frau die Fachrichtung der Unfallchirurgin oder der Urologin aus.<sup>234</sup>

<sup>230</sup> Forkl, Koffmahn: Frauenstudium und Akademische Frauenarbeit in Österreich, S. 80-81.

<sup>231</sup> List-Ganser: Akademische Frauenberufe in Österreich. In: Die Österreicherin (1928), Nr. 3, S. 1-2.

<sup>232</sup> List-Ganser: Akademische Frauenberufe in Österreich. In: Die Österreicherin (1928), Nr. 4, S. 3-4.

<sup>233</sup> ebenda.

<sup>234</sup> Forkl, Koffmahn: Frauenstudium und Akademische Frauenarbeit in Österreich, S. 82.

Bei der Bewerbung für staatliche oder städtische Stellen wurden Frauen fast immer übergangen, da ein Überangebot an Ärzten vorhanden war.<sup>235</sup> Deshalb waren Stellen, wie die der Dozenten oder Professoren an medizinischen Fakultäten, oder Stellen in der Gesundheitsverwaltung nur sehr selten mit Ärztinnen besetzt.<sup>236</sup>

Eine der ersten Frauen, die ihr Medizinstudium ausschließlich an der Universität Wien absolvierte, war Anna Maria Pölzl. Sie studierte von 1900 bis 1904 an der Medizinischen Fakultät. Sie setzte ihre Ausbildung von 1905 bis 1907 am Wiener Allgemeinen Krankenhaus fort, wo sie 1908 die erste Assistenzärztin in Österreich (damals noch Österreich-Ungarn) war. Nach ihrer Ausbildung eröffnete sie eine Praxis in Wien.<sup>237</sup> Pölzl war auch bei der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ aktiv beteiligt und so erschien im Jahr 1931, in der 6. Ausgabe dieses Jahres, der Artikel ‚Neue Berufswege für die weibliche Jugend‘. In ihrem Artikel diskutierte sie die Notwendigkeit, neue wirtschaftliche Berufe für junge Frauen aus der Mittelschicht verfügbar zu machen. Sie begründete ihre Aussage damit, dass zu viele junge Frauen aus der Mittelschicht an der Universität studieren würden, ohne sich wirklich für ihr Studium zu interessieren. Diesen jungen Frauen sollte laut Pölzl ein alternativer Weg, abseits vom Studium an der Universität, geboten werden.<sup>238</sup>

Auch Margarethe Hilferding promovierte im Jahr 1903 an der Medizinischen Fakultät in Wien und eröffnete einige Jahre nach ihrem Abschluss eine Privatpraxis in Wien.<sup>239</sup> Eine weitere Absolventin des Medizinstudiums in Wien war Hermine Lichtenstern. Sie schloss ihr Studium im Jahr 1908 an der Medizinischen Fakultät in Wien ab und übte ihren Beruf in der Nervenheilanstalt Rosenhügel in Wien aus.<sup>240</sup>

Auch in dieser Berufssparte hatten sich manche Frauen im Laufe der Zeit die Karriereleiter hochgearbeitet und so begann im Jahr 1930 die erste Frau als Dozentin an der Medizinischen Fakultät in Wien zu lehren. Dabei handelte es sich um die Tirolerin Dr. Helene Wastl.<sup>241</sup>

<sup>235</sup> List-Ganser: Akademische Frauenberufe in Österreich. In: Die Österreicherin (1928), Nr. 3, S. 1-2.

<sup>236</sup> Forkl, Koffmahn: Frauenstudium und Akademische Frauenarbeit in Österreich, S. 81.

<sup>237</sup> biografiA (Aspöck, Weinzierl): Anna Maria Pölzl, S. 590.

<sup>238</sup> Pölzl: Neue Berufswege für die weibliche Jugend. In: Die Österreicherin (1931), Nr. 6, S. 3-4.

<sup>239</sup> Mühlleitner: Margarethe Hilferding, S. 289-290.

<sup>240</sup> Mühlleitner: Hermine Lichtenstern, S. 474-475.

<sup>241</sup> Fürth: Die erste Frau als Dozentin an der medizinischen Fakultät der Universität Wien. In: Die Österreicherin (1930), Nr. 4, S. 3.

Die erste ordentliche Professorin an der Medizinischen Fakultät der Universität Wien war Dr. Carmen Coronini-Kronberg. Sie promovierte am 13. Februar 1915 in Wien. Am 18. Juni 1930 wurde ihr die Venia Legendi verliehen und am 20. November 1939 wurde sie als erste Frau mit dem Titel außerordentlicher Professor bedacht.<sup>242</sup> Ihr wurden jedoch nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Venia Legendi und auch ihr Professoren-Titel wieder aberkannt, da sie ein Mitglied der NSDAP war. In den folgenden Jahren erreichte sie die Entregistrierung und im Jahr 1965, wenige Jahre vor ihrem Tod, wurde sie zur ersten Ordinaria in Medizin an der Universität Wien ernannt.<sup>243</sup>

Nicht nur die Zahl der Lehrerinnen, sondern auch die der Ärztinnen stieg im Laufe der Jahre deutlich an. So hatte sich ihre Zahl von 411 im Jahre 1926, auf bereits 665 im Jahre 1934 erhöht.<sup>244</sup>

Ein weiterer akademischer Beruf, der in der Zwischenkriegszeit von Frauen ergriffen werden konnte und auch oftmals ergriffen wurde, war der Beruf der Pharmazeutin. Frauen waren in Österreich bereits seit 1900 zu diesem Studienfach zugelassen.<sup>245</sup> Bis zum Jahr 1922 war das Ablegen der Matura noch nicht notwendig, um dieses Studium zu absolvieren. Erst im Jahr 1922, als die Zahl der Studentinnen und Studenten ein immer größeres Ausmaß annahm, wurde das Ablegen der Matura verpflichtend.<sup>246</sup>

Im Jahr 1928 war in der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ zu lesen, dass sich Pharmazeutinnen durch ihre Gewissenhaftigkeit und Genauigkeit einen guten Ruf erarbeitet hatten und nun in einem Berufsfeld tätig waren, in dem Mann und Frau gleich bewertet und bezahlt wurden.<sup>247</sup>

Aus dem Werk ‚Frauenstudium und Akademische Frauenarbeit in Österreich‘ von Forkl und Koffmahn ging hervor, dass Männer und Frauen zwar beim Verdienst gleichgestellt waren und auch das Geschlechterverhältnis unter den Studierenden ausgeglichen war, aber Apothekenbesitzer immer noch bevorzugt

<sup>242</sup> Horn: Coronini-Kronberg Carmen, S. 119-121.

<sup>243</sup> Ingrisch: Gender-Dimensionen. In: 650 Jahre Universität Wien, S. 344.

<sup>244</sup> Forkl, Koffmahn: Frauenstudium und Akademische Frauenarbeit in Österreich, S. 83.

<sup>245</sup> Verordnung des Ministers für Kultus und Unterricht vom 3.10.1900, RGBI. Nr. 150/1900.

<sup>246</sup> Forkl, Koffmahn: Frauenstudium und Akademische Frauenarbeit in Österreich, S. 84.

<sup>247</sup> List-Ganser: Akademische Frauenberufe in Österreich. In: Die Österreicherin (1928), Nr. 4, S. 3-4.

Männer einstellten.<sup>248</sup> Daher kann man von keiner kompletten Gleichstellung von Mann und Frau in diesem Berufsfeld sprechen.

Viele der weiblichen wie auch männlichen Kollegen wurden, indem ihnen höhere Gehälter als in Österreich geboten wurden, von Apotheken aus dem umliegenden Ausland abgeworben, da die in Österreich ausgebildeten Pharmazeuten und Pharmazeutinnen sehr geschätzt wurden.<sup>249</sup>

*„In den österreichischen Apotheken sind gegenwärtig 129 Pharmazeutinnen beschäftigt. Davon stehen 97 Apothekerinnen in einem festen Anstellungsverhältnis, 32 machen Teildienste. 4 Pharmazeutinnen haben bisher eine eigene Konzession erworben, und zwar zwei in Wien, eine in Hermagor und eine in Steyr.“<sup>250</sup>*

Weitere akademische Berufe, die von Frauen ergriffen wurden, waren die der Chemikerin und jener der Physikerin. In diesen Branchen war es für Frauen in Österreich besonders schwer, eine Anstellung zu finden. Fast alle Frauen mussten in einem nicht ihrer Ausbildung entsprechenden Beruf arbeiten, wenn sie keine Anstellung an der Universität bekamen.<sup>251</sup>

Unter den ersten Studentinnen, die ein Studium an der Universität Wien antraten, gab es schon Physik-interessierte junge Frauen. Bereits 30% der Studentinnen an der Philosophischen Fakultät belegten physikalische Lehrveranstaltungen in den ersten Jahren nach der Zulassung der Frauen zum Studium. In den ersten vier Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts blieb der Anteil der Physikstudentinnen konstant hoch, danach nahm die Zahl aber beträchtlich ab. Während der Zwischenkriegszeit waren die meisten Physikpromotionen von Frauen zu verzeichnen. Im 20. Jahrhundert promovierten insgesamt nur ca. 350 Frauen an der Fakultät für Physik der Universität Wien, wobei zwei Drittel davon auf die Zwischenkriegszeit fielen. Olga Steindler war 1903 die erste promovierte Physikerin der Universität.<sup>252</sup>

<sup>248</sup> Forkl, Koffmahn: Frauenstudium und Akademische Frauenarbeit in Österreich, S. 85.

<sup>249</sup> ebenda, S. 85.

<sup>250</sup> List-Ganser: Akademische Frauenberufe in Österreich. In: Die Österreicherin (1928), Nr. 4, S. 3-4.

<sup>251</sup> Forkl, Koffmahn: Frauenstudium und Akademische Frauenarbeit in Österreich, S. 98-99.

<sup>252</sup> Bischof: Physikerinnen S. 4-5.

Heindl stellt in dem Werk ‚650 Jahre Universität Wien‘ fest, dass Lise Meitner die wohl bekannteste Physikerin in Österreich am Anfang des 20. Jahrhunderts war. Sie promovierte 1906 an der Universität Wien, am Institut für Theoretische Physik und verließ dieses ein Jahr später, um ihre Forschungen im Ausland fortzusetzen. Die erste ordentliche Professorin der Physik an der Universität Wien war Berta Karlik, die im Jahr 1939 habilitierte. Eine weitere Doktorin der Physik war Marietta Blau, sie studierte zwischen 1914 und 1918 an der Universität Wien. Im Anschluss an ihr Studium verblieb sie an der Universität um weiter zu forschen. 1938 war sie aufgrund ihrer jüdischen Herkunft gezwungen Wien zu verlassen und ihre Forschungen im Ausland, unter anderem an der Columbia University, fortzusetzen. Nach dem Zweiten Weltkrieg kehrte sie wieder nach Österreich zurück.<sup>253</sup> Sehr viele Frauen studierten Physik in Verbindung mit Mathematik und überwiegend auf Lehramt. Selbst wenn sie nicht vorhatten jemals zu unterrichten, bot ein Lehramtsstudium eine sicherere Einnahmequelle für Frauen als die Wissenschaft.<sup>254</sup>

Im Fach Chemie war Stefanie Horovitz, die aus Warschau stammte und in Wien studierte, eine der ersten Absolventinnen. Sie promovierte 1914 am Chemischen Institut in Wien und war anschließend an den Universitäten in Prag und Wien tätig.<sup>255</sup> Eine weitere Absolventin des Chemiestudiums war Annemarie Schmölzer. Sie studierte von 1923 bis 1931 Technische Chemie an der Technischen Universität Wien und promovierte im Jahr 1935. Nach ihrem Abschluss verblieb sie einige Jahre als wissenschaftliche Hilfskraft an der TU Wien. In den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts erlangte sie aufgrund ihrer Forschung im Bereich der Mineralogie und Baustoffkunde weltweites Ansehen in Straßenbaufragen.<sup>256</sup> In dem von mir untersuchten Zeitraum wurden bereits 40% der gesamten Studienabschlüsse im Fach Chemie von Frauen absolviert.<sup>257</sup> Die meisten Promotionen von Frauen in diesem Fach waren im 20. Jahrhundert zwischen den Jahren 1921 und 1930 mit 139 Studienabschlüssen, zu verzeichnen. In der zweiten Hälfte der Zwischenkriegszeit ging die Zahl der

<sup>253</sup> Heindl: Bildung und Emanzipation, 650 Jahre Universität Wien, S. 547-548.

<sup>254</sup> z.B. Elisabeth Neuninger, Rigorosenblatt PN 13.469; Erna Bussecker, Rigorosenblatt PN 10.210; Elfrieda Eysank, Rigorosenblatt PN 13.284, Ilse Lahner, Rigorosenblatt PN 13.731; Elisabeth Matzner, Rigorosenblatt PN12.574, Universitätsarchiv Wien

<sup>255</sup> Bischof, Kenner: Stefanie Horovitz, S. 310-312.

<sup>256</sup> Mikoletzky: Annemarie Schmölzer, S. 661.

<sup>257</sup> Forkl, Koffmahn: Frauenstudium und Akademische Frauenarbeit in Österreich, S. 98-99.

Promotionen von Frauen auf 70 zurück.<sup>258</sup> Als Grund für den Rückgang sind die geänderten Ideale für Frauen des austrofaschistischen Regimes anzunehmen und die schlechten Berufsaussichten.

Die erste Frau, die in Österreich das Studium der Rechtswissenschaften abschloss, war Marianne Beth. Sie begann ihr Studium 1919 an der Universität Wien, also gleich nachdem Frauen zum Studium der Rechtswissenschaften zugelassen wurden. Sie promovierte 1921, legte im Jahr 1924 die Rechtsanwaltsprüfung ab und arbeitete anschließend als Verteidigerin.<sup>259</sup> Sie wurde später auch zum ersten weiblichen Advokaten in Österreich und arbeitete in der Kanzlei ihres Vaters.<sup>260</sup> Im Jahr 1928 wurde sie in die Liste der Anwälte in Wien eingetragen.<sup>261</sup> Beth arbeitete auch aktiv im Bund österreichischer Frauenvereine mit und engagierte sich für das Informieren von Frauen in Rechtsfragen. Sie war im BÖFV für die rechtlichen Belange des Vereins zuständig.<sup>262</sup> Zu dieser Zeit war Beth allerdings nicht mehr die einzige Anwältin in Wien, denn bereits im Wintersemester 1925 hatten weitere 13 Frauen als Doktorinnen der Rechtswissenschaften ihr Studium in Wien abgeschlossen. Im Jahr 1934 waren 9 Frauen in der Anwaltsliste in Wien eingetragen und eine Frau – Adrienne Schnitzer – war bereits als Strafverteidigerin vor dem Schwurgericht aufgetreten.<sup>263</sup>

In ihrem Artikel ‚Akademische Frauenberufe in Österreich‘, der 1928 in ‚Die Österreicherin‘ veröffentlicht wurde, erläuterte Berta List-Ganser die Problematik, dass Frauen nach ihrem Studium der Rechtswissenschaften nur den Beruf einer Anwältin ausüben konnten auf sehr sachliche Weise. Ihnen war der Zugang zum Amt der Richterin und der Staatsanwältin noch nicht möglich.<sup>264</sup> Die Aussagen von List-Ganser in ihrem Artikel sind als korrekt zu bewerten, denn die ersten beiden Richterinnen in Österreich wurden 1947 ernannt. Es waren dies Johanna Kundmann und Gertrude Sollinger. Die erste Staatsanwältin, die in Österreich im

<sup>258</sup> Verzeichnis über die seit dem Jahr 1872 an der philosophischen Fakultät der Universität in Wien eingereichten und approbierten Dissertationen. Bd. I.-III..

<sup>259</sup> Leisch-Prost: Marianne Beth, S. 63-64.

<sup>260</sup> Fürth: Der erste weibliche Sektionsrat im Ministerium für Handel und Gewerbe. In: Die Österreicherin (1928), Nr. 8, S. 7.

<sup>261</sup> Forkl, Koffmahn: Frauenstudium und Akademische Frauenarbeit in Österreich, S. 86-87.

<sup>262</sup> Leisch-Prost: Marianne Beth, S. 63-64.

<sup>263</sup> Forkl, Koffmahn: Frauenstudium und Akademische Frauenarbeit in Österreich, S. 86-87.

<sup>264</sup> List-Ganser: Akademische Frauenberufe in Österreich. In: Die Österreicherin (1928), Nr. 4, S. 3-4.

Jahr 1959 ernannt wurde, war Gerda Meissl.<sup>265</sup> Diese Jahre fallen jedoch nicht mehr in den von mir bearbeiteten Zeitrahmen.

Im Jahr 1931 wurde das erwähnte Thema in der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ erneut aufgegriffen. Diesmal diskutierte die schon erwähnte Marianne Beth die Problematik in ihrem Artikel ‚Die Eignung der Frau zum Richterberuf‘. Die Sperrung des Richteramtes für Frauen lag daran, so wurde von ihr argumentiert, dass man Frauen unterstellt hätte, Entscheidungen nicht nüchtern und sachlich treffen zu können. Sollte es wider Erwarten Frauen geben, die das doch könnten, würde man es nicht glauben und ihnen als Richterinnen kein Vertrauen entgegen bringen.<sup>266</sup> Diese Aussage von Beth ist insofern richtig, denn das Argument Frauen hätten einen zu fürsorglichen Charakter wurde tatsächlich verwendet, um Frauen aus den Ämtern der Richterin und Staatsanwältin fernzuhalten.<sup>267</sup> Es ist anzunehmen, dass die Argumentation aufgrund der persönlichen Betroffenheit von Beth emotional belastet war und von ihr daher etwas drastischer formuliert wurde.

Forkl und Koffmahn sahen in ihrem Werk ‚Studium und Akademische Frauenarbeit in Österreich‘ die Ursache für die Nichtzulassung der Frau zum Richter- oder Staatsanwaltsamt darin, dass viele studierte Rechtswissenschaftlerinnen nach ihrem Studium ihren Berufsweg in Richtung Wirtschaft lenkten.<sup>268</sup>

Einer Absolventin des Studiums der Rechtswissenschaften standen laut der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ zwei ihrem Studium entsprechende Berufswege zur Verfügung. Sie konnte als praktizierende Rechtsanwältin arbeiten oder sich im Bereich der Wirtschaft ansiedeln, wo sie zum Beispiel als Rechtsbeamtin arbeiten konnte.<sup>269</sup> Der Werdegang der Universitätsdozentin war Frauen in der Fachrichtung der Rechtswissenschaft in der Zwischenkriegszeit leider noch nicht möglich.<sup>270</sup>

Für beide Bereiche, öffentliche und freie Berufe, mussten sich die Anwärtnerinnen nach ihrem Studium in Eigeninitiative fortbilden. Wollten sie in die Wirtschaft

---

<sup>265</sup> Österreichisches Anwaltsblatt: Frauen in der Rechtsanwaltschaft 3/2013, S. 112.

<sup>266</sup> Beth: Die Eignung der Frauen zum Richterberuf. In: Die Österreicherin (1931), Nr. 1, S. 2-3.

<sup>267</sup> Österreichisches Anwaltsblatt: Frauen in der Rechtsanwaltschaft 3/2013, S. 120.

<sup>268</sup> Forkl, Koffmahn: Frauenstudium und Akademische Frauenarbeit in Österreich, S. 87.

<sup>269</sup> Wieser: Die beruflichen Aussichten der Juristin im Industrie- und Bankwesen. In: Die Österreicherin (1933), Nr. 2, S. 1-2.

<sup>270</sup> Forkl, Koffmahn: Frauenstudium und Akademische Frauenarbeit in Österreich, S. 88.



wechseln, war zusätzlich zu der Ausbildung im Bereich der Rechtswissenschaften, Wissen im Bereich des Finanzwesens, der Betriebswirtschaft und der Fremdsprachen unabdingbar, um erfolgreich zu sein. Berufe, die eine Frau mit Abschluss der Rechtswissenschaften in der Wirtschaft ausüben konnte, waren zum Beispiel der Beruf der rechtskundigen Sekretärin, Personalreferentin, Kontrollorgan der Korrespondenzabteilung, Leitung des Archivs und der Registratur oder der Beruf der Sicherheitsbeauftragten.<sup>271</sup>

Ein der Rechtswissenschaft sehr ähnliches Studium ist das der Staatswissenschaft und Nationalökonomie, welches in der Zwischenkriegszeit immer mehr an Bedeutung für Frauen gewann. Bereits am 26. Juni 1920 schloss Helene Lieser als erste Frau dieses Studium an der Juristischen Fakultät ab. Bei ihrer Dissertation handelte es sich auch um die erste staatswissenschaftliche Dissertation in Wien, da zuvor keine Dissertation nötig war, um das juristische Doktorat zu erhalten.<sup>272</sup> Nach ihrem Abschluss arbeitete sie beim Verband österreichischer Banken und Bankiers in Wien, außerdem war sie ein ständiges Mitglied des Vereins ‚Nationalökonomische Gesellschaft‘.<sup>273</sup> Im Jahr 1939 war Lieser aufgrund ihrer jüdischen Herkunft gezwungen Österreich zu verlassen, obwohl sie bereits im Jahr 1921 aus der Israelitischen Kultusgemeinde ausgetreten war. Zunächst floh sie nach Genf zu ihrem früheren Professor Ludwig Mises, von dort aus weiter nach Paris. In Paris war sie als Mitarbeiterin des Direktors des Wirtschaftssekretariats der OEEC tätig, bis sie später Generalsekretärin bei der International Economic Association (IEA) wurde.<sup>274</sup>

Abschließend ist zu sagen, dass das Lehramtsstudium das am meisten von Frauen frequentierte Studium war, aber auch in anderen Fachrichtungen Studentinnen immer häufiger wurden. Während des Studiums gab es für zukünftige Akademikerinnen nur geringe Probleme, wie zum Beispiel die Vorurteile ihrer Lehrenden und männlichen Kommilitonen. Erst nach dem Abschluss waren Frauen mit größeren Problemen und Schwierigkeiten

<sup>271</sup> Wieser: Die beruflichen Aussichten der Juristin im Industrie- und Bankwesen. In: Die Österreicherin (1933), Nr. 2, S. 1-2.

<sup>272</sup> Nautz: Helene Lieser, S. 476-477.

<sup>273</sup> Wurde von Ludwig Mises und Joseph Alois Schumpeter gegründet und bestand überwiegend aus ehemaligen Studenten von Mises an der Universität Wien.

<sup>274</sup> Olechowski, Ehs, Staudigl-Ciechowicz: Die Wiener Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät 1918 – 1938, S. 200-203.

konfrontiert, wie der Suche nach einer adäquaten Stelle oder dem Konkurrenzkampf mit den männlichen Kollegen um leitende Positionen, der ihr ganzes Berufsleben anhielt.

## 4.5 Frauen in hohen Positionen in Österreich

Nicht alle Frauen, die ein Studium absolvierten, verließen anschließend die Universität, einige blieben auch und wenige unterrichteten sogar. In der Zwischenkriegszeit waren unter den Frauen, die nach ihrem Studium an der Universität geblieben waren, auch die ersten drei zu außerordentlichen Universitätsdozentinnen ernannten Wissenschaftlerinnen. Dabei handelte es sich um Elise Richter, Charlotte Bühler und Erna Patzelt. Elise Richter wurde, wie bereits in einem früheren Abschnitt erwähnt, im Jahr 1921 zur außerordentlichen Professorin für Romanische Philologie an der Universität Wien bestellt.<sup>275</sup> Sie arbeitete zu diesem Zeitpunkt bereits 14 Jahre an der Universität Wien und musste sich während dieser Zeit des Öftern mit Widerständen seitens ihrer Kollegen und Vorgesetzten befassen. Sie konnte ihre Rechte durchsetzen und schlussendlich die Früchte ihrer Bemühungen ernten. Sie erhielt während ihrer Laufbahn jedoch nie den Titel einer ordentlichen Professorin.<sup>276</sup> Die zweite Ernennung an der Universität Wien galt im Jahr 1929 Charlotte Bühler auf dem Gebiet der Psychologie. Sie stammte aus Deutschland, wo sie auch ihr Studium absolviert hatte. Sie kam im Jahr 1922 gemeinsam mit ihrem Mann, Karl Bühler an die Universität Wien. Ihr verliehener Titel war jedoch nur ein formeller Titel, da er mit keinerlei Dienstverhältnis an der Universität verknüpft war. Sie arbeitete zwar am Psychologischen Institut in Wien, ihr Gehalt wurde aber von der Gemeinde Wien bezahlt.<sup>277</sup>

Im Jahr 1932 wurde die dritte Frau in Wien zur außerordentlichen Professorin ernannt. Dabei handelte es sich um Erna Patzelt, die zusammen mit ihrem

<sup>275</sup> Heindl: Bildung und Emanzipation. In: 650 Jahr Uni Wien, S. 547.

<sup>276</sup> Hoffrath: Bücherspuren, Das Schicksal von Elise und Helene Richter, S. 31ff.

<sup>277</sup> Benetka: Charlotte Bühler, S. 97-100.

Lebensgefährten Alfons Dopsch auf dem Gebiet der Geschichtsforschung tätig war. Der Einstieg in eine wissenschaftliche Karriere gelang ihr durch einen Freund der Familie, ihren späteren Lebensgefährten Alfons Dopsch. Nach der Gründung des Seminars für Wirtschaft- und Kulturgeschichte holte er sie als seine Assistentin an die Universität. Die Anstellung einer Frau in einer wissenschaftlichen Position im Fach Geschichte an der Universität Wien war zu dieser Zeit eine große Ausnahme, da diese Stellen bis in die 1970er Jahre größtenteils den männlichen Historikern vorbehalten waren.<sup>278</sup>

Die Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ wies im Jahr 1932 im Artikel ‚Der dritte weibliche Universitätsprofessor an der Universität Wien‘ von Ernestine Fürth, auch auf die ersten drei außerordentlichen Professorinnen an der Universität Wien hin. Es wurde als eine große Leistung angesehen, eine Lehrstelle an der Universität innezuhaben und es bedeutete für den BÖFV einen Schritt in Richtung Gleichberechtigung. Fürth merkte in ihrem Artikel auch noch an, dass Patzelt sich für die Rechte und die Gleichberechtigung von Frauen einsetzte und die Vorsitzende des Verbandes akademischer Frauen in Österreich war. Dieser gehörte auch dem BÖFV an und war um den Zusammenschluss linksstehender österreichischer Akademikerinnen bemüht.<sup>279</sup>

Frauen konnten sich in der Zwischenkriegszeit nicht nur erstmals in hohen Positionen an den Universitäten etablieren, sie begannen auch in Bereichen der Politik einige wenige Positionen zu bekleiden. In den Jahren zwischen 1920 und 1933, waren insgesamt 19 Österreicherinnen Mitglieder des aus (1920-1933) insgesamt 408 Abgeordneten bestehenden Nationalrates.<sup>280</sup>

Dabei handelte es sich um folgende Frauen:

Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP):

Boschek Anna, Freundlich Emmy, Floßmann Ferdinanda, Hautmann Marie, Köstler Maria, Popp Adelheid, Proft Gabriele, Rauscha Julie, Schlesinger Therese, Seidl Amalie, Sponner Irene, Tusch Maria;

---

<sup>278</sup> Giesebrner: Feministische Geschichtswissenschaft, S. 53.

<sup>279</sup> Fürth: Der dritte weibliche Universitätsprofessor an der Universität Wien. In: Die Österreicherin (1932), Nr. 4, S. 3.

<sup>280</sup> Hauch: Frauen bewegen Politik, S.158.

Christlichsoziale Partei (CSP):

Burjan Hildegard, Kapral Emma, Rudel-Zeynek Olga, Schirmer Aloisia;

Großdeutsche Volkspartei (GDVP):

Furreg Lotte, Schneider Maria, Stradal Emmy;<sup>281</sup>

Die Frauenquote im Nationalrat schwankte in der Ersten Republik zwischen 4,2% und 7,3% und es waren auch nicht stets alle Parteien mit weiblichen Abgeordneten dort vertreten. So gab es in der Legislaturperiode von 1927 – 1930 keine weiblichen Abgeordneten der Christlichsozialen Partei und der Großdeutschen Volkspartei. Die Parteizugehörigkeit der weiblichen Abgeordneten zeigt, dass der Großteil der Frauen der SDAP angehörte und 7 Frauen Mitglieder der CSP und der GDVP waren, obwohl diese Parteien für eine Geschlechterdifferenzierung eintraten.<sup>282</sup>

Die Zahl der weiblichen Abgeordneten variierte bei den Wahlen in der Ersten Republik wie folgt: Bei der Wahl 1920 wurden zwölf Frauen in den Nationalrat gewählt, 1923 neun, 1927 sechs und bei den Wahlen im Jahr 1930 wählte man 11 Frauen in den aus 165 Personen bestehenden Nationalrat.<sup>283</sup>

Die Hälfte der Politikerinnen des Nationalrates, alle Sozialdemokratinnen, stammte aus der Unterschicht, vier aus dem Großbürgertum und der Rest aus der Mittelschicht der österreichischen Bevölkerung. Die unterschiedliche Herkunft der weiblichen Nationalratsabgeordneten setzte sich auch in ihrer Bildung fort. Einige der Frauen hatten ein universitäres Studium absolviert, andere wiederum hatten die Volksschule nicht abgeschlossen. Höhere Bildung war keine Voraussetzung für eine Nationalratsabgeordnete.<sup>284</sup>

Diese Frauen lebten nicht nach den Idealen, die in dieser Zeit vorherrschend waren. Ein Leben zwischen Hausarbeit, Kindern und Ehemann war unter den weiblichen Nationalratsabgeordneten eine Seltenheit. Nur sieben von ihnen waren verheiratet und nur sechs hatten Kinder. Die Kinder dieser Mütter wurden

<sup>281</sup> Homepage des österreichischen Parlaments, URL: <https://www.parlament.gv.at/WWER/NR/ABG/> [Stand: 27. November 2016].

<sup>282</sup> Hauch: Frauen bewegen Politik, S. 159.

<sup>283</sup> Homepage des österreichischen Parlaments, URL: <https://www.parlament.gv.at/WWER/NR/ABG/> [Stand: 27. November 2016].

<sup>284</sup> Hauch: Frauen bewegen Politik, S. 161.

von Großeltern, Verwandten oder Kindermädchen betreut, damit ihre Mütter ihre politische Karriere verfolgen konnten.<sup>285</sup>

Aus dieser Tatsache zieht Gabriele Hauch in ihrem Werk ‚Frauen bewegen Politik – Österreich 1848 – 1938‘ folgenden Schluss:

*„Dieser Tatbestand scheint die These zu erhärten, dass alleinstehende Frauen, das heißt solche, die sich nicht um die vielschichtige Reproduktion von Ehemännern kümmern mussten und über mehr Zeit für sich verfügten, leichter Zugang zum männlich geprägten politischen Milieu hatten.“<sup>286</sup>*

Von den 19 weiblichen Abgeordneten waren nur 4 neben ihrem politischen Engagement nicht berufstätig und unter ihnen waren die ersten beiden Vollzeit-Berufspolitikerinnen, Adelheid Popp und Anna Boschek.<sup>287</sup>

Mit dem Austrofaschismus in der zweiten Hälfte der Zwischenkriegszeit trat auch eine neue Verfassung in Kraft, die am 1. Mai 1934 proklamiert wurde und heute besser unter dem Namen ‚Maiverfassung‘ bekannt ist. Die Inhalte der neuen Verfassung waren nicht als fortschrittlich sondern eher als rückschrittlich zu bezeichnen.<sup>288</sup> Es war also nicht verwunderlich, dass mit der Maiverfassung Frauen beinahe komplett aus der Politik ausgeklammert wurden.<sup>289</sup> Es waren nur zwei der insgesamt 213 Mandatare im Ständestaat weiblich, ein verschwindend geringer Anteil.<sup>290</sup>

Mit den Neuerungen entstanden auch folgende neue Organe der Bundesgesetzgebung: Staatsrat, Bundeskulturrat, Bundeswirtschaftsrat, Länderrat, Bundestag und Bundesversammlung. Diese lösten das Parlament ab.<sup>291</sup>

---

<sup>285</sup> Hauch: Frauen bewegen Politik, S. 164.

<sup>286</sup> ebenda, S. 165.

<sup>287</sup> ebenda, S. 161.

<sup>288</sup> Talós, Manoschek: Aspekte der politischen Struktur, S. 125.

Zur Maiverfassung ist noch hinzu zufügen, dass das Datum der Proklamation bewusst gewählt wurde, da man den Tag der Arbeit für das austrofaschistische System neu erfindet wollte. Man wollte ein deutliches politisches Zeichen setzen, in dem man der verbotenen Sozialdemokratie und der Arbeiterschaft ihren Tag weg nahm.

<sup>289</sup> Hauch: Vom Frauenstandpunkt aus. S. 93.

<sup>290</sup> ebenda, S. 65.

<sup>291</sup> Enderle-Burcel: Christlich-Ständisch-Autoritär, S. 5.

Die beiden erwähnten weiblichen Mandatäre waren Henrietta Sieß und Margarete Rada. Sie wurden 1934 in den Bundeskulturrat als Vertreterinnen für das Schulwesen berufen.<sup>292</sup> Die beiden Frauen konnten in ihren Positionen keinen wirklichen Einfluss auf das politische Geschehen bewirken, da die Organe in denen sie saßen leicht umgangen werden konnten. Die Möglichkeit wurde auch in nicht allzu großen Zeitabständen genutzt.<sup>293</sup>

Diese Tatsache lässt die Autorität ihrer Tätigkeit sehr fragwürdig erscheinen.

Die Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ berichtete im Jahr 1934 im Artikel ‚Die weiblichen Mitglieder des Bundeskulturrates‘ von den beiden Frauen. Es wurden die Werdegänge von Sieß und Rada vorgestellt und über den großen Schritt zweier Frauen in den Bundeskulturrat berichtet. Beide genossen eine Ausbildung an Mädchengymnasien und absolvierten anschließend ein Studium an der Universität Wien, bevor sie ihre Unterrichtstätigkeit aufnahmen. Sieß unterrichtete am humanistischen Mädchengymnasium in Wien, dessen Leitung sie auch im Jahr 1923 übernahm und Rada unterrichtete an der Hauptschule Stromstraße, deren Leitung sie ab 1935 innehatte.<sup>294</sup>

Die Zeitschrift diskutierte jedoch nicht die leicht zu umgehenden politischen Entscheidungen der beiden Frauen oder über die nahezu komplette Ausklammerung der Frauen aus der Politik im Austrofaschismus, was ein sehr einseitiges Bild erzeugte.

Eine in der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ nicht explizit erwähnte, aber sehr wichtige Frau der Zwischenkriegszeit war Käthe Leichter. Sie war eine österreichische Sozialdemokratin und leitete das von ihr 1925 gegründete Frauenreferat der Arbeiterkammer bis ins Jahr 1934. Sie hatte, wie auch die meisten anderen Frauen, die in hohen Positionen tätig waren, eine höhere und darauffolgend eine akademische Ausbildung genossen. Sie schloss das Cottagelyzeum mit der Reifeprüfung ab und wollte an der Universität Wien mit dem Studium der Staatswissenschaften beginnen, zu welchem sie jedoch nicht sofort zugelassen wurde. Wie bereits in einem vorherigen Kapitel erwähnt, waren Frauen im Jahr 1914 zum Studium der Staatswissenschaften noch nicht

---

<sup>292</sup> Talós, Manoschek: Aspekte der politischen Struktur, S. 132.

<sup>293</sup> ebenda, S. 133.

<sup>294</sup> Un., G.: Die weiblichen Mitglieder des Bundeskulturrates. In: Die Österreicherin (1934), Nr. 7, S. 2.

zugelassen. Deshalb klagte Leichter über das Gericht die Zulassung ein, was ihr auch gelang. Sie begann mit dem Studium in Wien, beendete es allerdings in Deutschland, da der Studienabschluss für Frauen in Österreich noch immer nicht möglich war. Anschließend kehrte sie wieder nach Wien zurück, um das Frauenreferat der Arbeiterkammer zu gründen und ihre Arbeit im selbigen aufzunehmen.<sup>295</sup>

Neben Posten in der Politik und an der Universität gab es für Frauen theoretisch noch weitere Möglichkeiten in hohen Positionen tätig zu sein, wie zum Beispiel in Ämtern, Firmenbüros, Post- und Telegrafstellen, bei den Staatsbahnen, Polizeistationen oder der Postsparkasse. Üblicherweise wurden Frauen aber, trotz ihrer Qualifikation für eine Leitungsstelle, in niedrigen Positionen eingesetzt und ihren männlichen Kollegen der Vortritt gelassen.<sup>296</sup> Als einzige Leitungsposition in der Wirtschaft, die in der Zwischenkriegszeit nachweislich von Frauen besetzt war, kann die Leitungsposition eines Schreibbüros genannt werden. In diesen Schreibbüros waren ausnahmslos Frauen beschäftigt und die Leitung eines solchen war auch kein Ausgangspunkt für eine steile Karriere im Unternehmen.<sup>297</sup> Im Jahr 1902 waren nur 3% aller im Angestelltenverhältnis arbeitenden Frauen als Leiterin eines Schreibbüros tätig. Dieses Bild veränderte sich auch in der Zwischenkriegszeit nicht maßgeblich, obwohl die Ausbildung von Mädchen immer besser wurde und man zuvor die mangelnde Ausbildung als Ursache für die geringe Anzahl an Frauen in Leitungspositionen herangezogen hatte.<sup>298</sup> Der Großteil der als Schreibkräfte angestellten Frauen war für diese Arbeit überqualifiziert, da sie zum Beispiel eine Ausbildung als Grundschullehrerin absolviert hatten.<sup>299</sup> Sie wurden aber aufgrund ihrer zuvor absolvierten Ausbildung, sowie den daraus resultierenden Kenntnissen und der Tatsache, dass Frauen viel billigere Arbeitskräfte waren, sehr gerne für niedrige Büroarbeiten eingestellt. Den Männern war die Chefetage vorbehalten. Der Anstieg der weiblichen Angestellten in diversen Büros in den zwanziger Jahren stand mit der Amerikanisierung der Büroarbeit in Verbindung. Es wurden viele

---

<sup>295</sup> Hauch: Frauen bewegen Politik, S. 225ff.

<sup>296</sup> Heindl: Josephinische Mandarine, S. 150.

<sup>297</sup> Gardey: Ein Blick zurück: Zur Geschichte der Frauenarbeit, S. 52-53.

<sup>298</sup> Heindl: Josephinische Mandarine, S. 150.

<sup>299</sup> Gardey: Ein Blick zurück: Zur Geschichte der Frauenarbeit, S. 53.

neue Maschinen wie Rechen-, Frankier- oder Buchungsmaschinen in den Büroalltag integriert und deren Bedienung wurde zur Aufgabe der weiblichen Angestellten.<sup>300</sup>

Die Analyse der zitierten Literatur zeigt, dass Frauen vor allem zu Beginn der Zwischenkriegszeit auch langsam in höheren Positionen zu finden waren. Hier stechen vor allem die Bereiche der Politik und Bildung positiv hervor. In anderen Bereichen war es für Frauen noch schwieriger in Leitungspositionen tätig zu sein. Im Austrofaschismus sollten Frauen wieder ein traditionelleres Frauenbild annehmen, was auch durch die Verdrängung aus politischen Ämtern sichtbar wird. Die weiteren Auswirkungen des austrofaschistischen Regimes auf das Berufsleben für Frauen werden noch in einem späteren Kapitel behandelt.

*„(...) Im wesentlichen aber ist die Berufsfrage eine Machtfrage; deshalb müssen die Frauen darnach [sic] streben, mehr Einfluß zu gewinnen, und sie müssen nicht nur die gewonnenen Positionen verteidigen, sondern auch neue Berufsmöglichkeiten erschließen.“<sup>301</sup>*

## 4.6 Allgemeine Arbeitslosigkeit

Im Jahr 1931 war in der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ zu lesen, dass es in der Zwischenkriegszeit nicht nur für Frauen mit höherer Bildung schwer war, eine Anstellung zu finden. Auch geringer gebildete Frauen aus der Arbeiterschicht, hatten es schwer, eine Lehrstelle oder Anstellung zu finden.<sup>302</sup>

Dieses Bild des Arbeitsmarktes der Zwischenkriegszeit schildert auch Buchner in seinem Werk ‚Arbeitsämter und Arbeitsmarkt‘. Das große Ausmaß der Arbeitslosigkeit betraf die gesamte Bevölkerung, denn auch für Männer waren die offenen Stellen am Arbeitsmarkt rar. In den Arbeitsämtern wurden die Gesuche von Männern und Frauen getrennt bearbeitet, da ihnen nur typische zu ihrem Geschlecht passende Berufe vermittelt wurden. Die Ermittlung der für Frauen

<sup>300</sup> Geyer: Die Frauenerwerbsarbeit in Deutschland, S. 44ff.

<sup>301</sup> Fürth: Aus den Tätigkeiten des B.Ö.F.V. In: Die Österreicherin (1932), Nr. 2, S. 6.

<sup>302</sup> Endres: Mehr Verständnis für die Berufswahl. In: Die Österreicherin (1931), Nr. 3, S. 3-4.



passend erscheinenden Berufe war an den Arbeitsämtern nicht immer einheitlich.<sup>303</sup> Von Seiten der bürgerlichen Frauenbewegung wurde immer wieder eine Ausweitung des für Frauen möglichen Arbeitsfeldes gefordert. Die Notwendigkeit der Trennung von Frauen- und Männerberufen bei der Arbeitsvermittlung wurde von ihnen allerdings nicht als negativ angesehen.<sup>304</sup>

Das folgende Zitat ist hinsichtlich der wirtschaftlichen Situation Österreichs, die bereits im Kapitel Berufschancen für Frauen beschrieben wurde, immer wieder zu finden:

Ein Kind fragt seine Mutter: *„Warum heizen wir nicht? – Weil es keine Kohle gibt. – Warum haben wir keine Kohle? – Weil der Vater arbeitslos ist. – Warum ist der Vater arbeitslos? – Weil es zuviel Kohle gibt.“*<sup>305</sup>

In Österreich musste, während der Jahre nach dem Ersten Weltkrieg die Nachkriegsinflation gestoppt werden, wozu die Staatsausgaben gekürzt und die Steuern angehoben wurden.<sup>306</sup> Aus dieser Situation heraus entwickelte sich ein negativer Kreislauf. Die Kaufkraft der Bevölkerung nahm ab, woraufhin viele Betriebe schließen mussten. Dies hatte zur Folge, dass Mitarbeiter entlassen werden mussten und die Zahl der Arbeitslosen anstieg, was wiederum eine erneute Verschlechterung der Wirtschaftslage zur Folge hatte.<sup>307</sup> Die Zahl der Arbeitslosen stieg auch mit dem Einsetzen der Wirtschaftskrise wieder enorm an, denn sie verschlechterte die Situation am Weltmarkt für Europa drastisch. Österreich musste ein Fünftel seines Anteils am Weltmarkt einbüßen.<sup>308</sup> Österreichs Exporte waren bereits in den 1920ern stark zurückgegangen, da viele Länder im Osten und Südosten von Österreich Hochschutzzölle einführten und bürokratische Hürdenläufe notwendig wurden. Dadurch wurde es beinahe unmöglich, Güter in diese Länder zu exportieren. Österreich musste sich zusätzlich im Gebiet der ehemaligen Monarchie dem internationalen Konkurrenzkampf stellen, was den Verlust von Exportländern bedeutete. Die Wirtschaftskrise verschlimmerte diese Lage drastisch, man produzierte Waren

<sup>303</sup> Buchner: Arbeitsämter und Arbeitsmarkt, S. 151.

<sup>304</sup> Schwarz: Die weibliche Berufsberatung, S. 527.

<sup>305</sup> Wagemann: Struktur und Rhythmus der Weltwirtschaft, S. 3.

<sup>306</sup> März: Die große Depression in Österreich 1929-1933, S. 412-413.

<sup>307</sup> Schorsch: Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit, S. 922.

<sup>308</sup> Aldcroft: From Versailles to Wall Street 1919-1929, S. 51.

und konnte sie im Anschluss nicht mehr absetzen. Der Binnenmarkt Österreichs konnte nur rund 55% der im Inland produzierten Güter aufnehmen, woraufhin sich wieder viele Firmen zur Schließung gezwungen sahen. Im Jahr 1930 wandte man sich daher vom liberalen Freihandelssystem ab und führte in Österreich ein Autarkiemodell ein, das einen wirtschaftlichen Aufschwung bewirken hätte sollen. Dennoch stieg die Zahl der Arbeitslosen in Österreich immer weiter an.<sup>309</sup>

Mit der steigenden Arbeitslosenzahl der Zwischenkriegszeit veränderte sich auch die Definition von Arbeit und Nicht-Arbeit. Tätigkeiten im Haushalt, Freizeit, Hobbies, sowie Krankheit oder Rente wurden als legitime Formen der Nicht-Arbeit gesehen und auch Einkünfte aus illegalen Tätigkeiten wurden zu Beginn des 20. Jahrhunderts immer eindeutiger von der Erwerbs- bzw. Lohnarbeit ausdifferenziert. Als die ‚eigentliche Arbeit‘ wurde immer eindeutiger die berufliche Erwerbsarbeit angesehen und alternative Wege sich seinen Lebensunterhalt zu verdienen wurden von der Bevölkerung abgelehnt.<sup>310</sup>

Viele Lehrberufe der ‚eigentlichen Arbeit‘ waren für Frauen laut dem BÖFV noch nicht zugänglich, was das Problem der hohen Arbeitslosigkeit unter jungen Frauen zusätzlich verstärkte. So gab es in Österreich 17 typische Frauenberufe und 136 Berufe, die Männern zur Auswahl standen. Steffi Endres argumentierte 1931 in der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘, dass aufgrund der damaligen Wirtschaftslage nicht sehr viele Stellen ausgeschrieben waren. Wie bereits im Kapitel ‚Berufswünsche und Realitäten am Arbeitsmarkt‘ diskutiert, wurden Mädchen oft, ohne Rücksicht auf ihre Wünsche, von den Eltern oder Familien in Berufe oder Ausbildungen gedrängt, die gerade verfügbar waren. Das führte zu großer Unzufriedenheit bei vielen jungen Frauen, da eine qualifizierte Arbeiterin weniger verdiente als ein unqualifizierter Hilfsarbeiter.<sup>311</sup>

Wie in der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ zu lesen war, führte man für die Bekämpfung der angespannten Arbeitssituation ein Berufsberatungszentrum in Wien ein, welches eine Frauenabteilung beherbergte. In diesem Zentrum wurden junge Menschen bereits während ihrer Schulpflicht auf ihre Eignung für

<sup>309</sup> März: Die große Depression in Österreich 1929-1933, S. 412-416.

<sup>310</sup> Wadauer: Establishing distinction, S. 32.

<sup>311</sup> Endres: Mehr Verständnis für die Berufswahl. In: Die Österreicherin (1931), Nr. 3, S. 3-4.

bestimmte Berufe getestet. Dies sollte sie vor dem Hineindrängen in Berufe, für die sie nicht geeignet waren, bewahren. Eltern sollten somit rechtzeitig informiert werden für welche Berufe ihre Kinder geeignet waren.<sup>312</sup> Es geht leider weder aus der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘, noch aus meiner Sekundärliteratur hervor, ob diese Maßnahmen erfolgreich waren und Mädchen überwiegend Berufe ausüben konnten für die sie laut des Eignungstests qualifiziert waren. Es ist allerdings an mehreren Stellen, wie auch in der erwähnten Zeitschrift zu lesen, dass Mädchen meist in Berufen arbeiten mussten, die der Familie schnellst mögliche finanzielle Unterstützung boten.<sup>313</sup> Daher ist anzunehmen, dass nicht der Eignungstest sondern die Eltern und Familie für die Berufswahl junger Mädchen ausschlaggebend waren.

Ein Bericht vom österreichischen Institut für Konjunkturforschung aus dem Jahr 1934 zeigt, dass im Jahr 1930 1.148.651 Personen in Österreich als arbeitslos gemeldet waren, wobei sich diese Zahl aus 820.049 männlichen und 328.602 weiblichen Österreichern zusammensetzte. Nur 2/3 von ihnen wurden vom Staat mit Arbeitslosengeld unterstützt. Das Ende der Fahnenstange der Arbeitslosenzahlen war erst im Jahr 1932 mit 1.244.708 erreicht, wobei es sich um 927.879 männliche und 316.901 weibliche registrierte Arbeitslose in Österreich handelte. Nur rund 50% der Arbeitslosen wurden durch den Staat unterstützt und die Unterstützung wurde ihnen kaum länger als ein Jahr gewährt.<sup>314</sup>

---

<sup>312</sup> Endres: Mehr Verständnis für die Berufswahl. In: Die Österreicherin (1931), Nr. 3, S. 3-4.

<sup>313</sup> ebenda.

<sup>314</sup> Statistiken zur Arbeitslosenversicherung, Bundesministerium für Soziale Verwaltung, Wien 1934, und Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Konjunkturforschung, Wien 1938, S. 243.

Tabelle 1: Gesuche bei öffentlichen Arbeitsämtern zwischen 1910 und 1937,  
nach Geschlechtern getrennt

Jahr	registrierte Gesuche bei öffentlichen Arbeitsämtern						Wachstumsrate pro Jahr	Vermittlungsrate
	Männer		Frauen		Gesamt			
	<i>n</i>	%	<i>n</i>	%	<i>n</i>	%	Gesamt in %	Gesamt in %
1910	80.380	38	133.008	62	213.388	100	---	76
1918	57.388	49	59.598	51	116.986	100	---	46
1919	229.630	57	173.293	43	402.923	100	244	39
1920	179.162	63	104.351	37	283.513	100	-30	46
1921	163.830	68	77.533	32	241.363	100	-15	54
1922	211.758	68	99.871	32	311.629	100	29	36
1923	279.151	69	123.711	31	402.862	100	29	27
1924	334.204	72	131.502	28	465.706	100	16	29
1925	613.168	72	240.575	28	853.743	100	83	30
1926	672.535	71	275.850	29	948.385	100	11	27
1927	727.727	72	285.638	28	1.007.365	100	6	29
1928	725.796	71	302.557	29	1.028.353	100	2	31
1929	757.367	70	321.573	30	1.078.940	100	5	28
1930	820.049	71	328.602	29	1.148.651	100	6	23
1931	917.622	74	320.415	26	1.238.037	100	8	20
1932	927.879	75	316.901	25	1.244.780	100	1	14
1933	916.896	76	296.593	24	1.213.489	100	-3	15
1934	890.188	75	292.643	25	1.182.831	100	-3	16
1935	837.834	75	286.492	25	1.124.326	100	-5	20
1936	842.200	75	285.909	25	1.128.109	100	0	19
1937	838.858	75	284.790	25	1.123.648	100	0	26

Quellen: 1919: K.K. Arbeitsstatistisches Amt im Handelsministerium (Hg.), Ergebnisse der Arbeitsvermittlung in Österreich im Jahre 1910 (Wien: Alfred Hölder 1911).

1918 und 1919: Statistische Zentralkommission (Hg.), Die Arbeitsvermittlung in den Jahren 1918 und 1919, S. 63.

ab 1920: Österreichisches Statistisches Zentralamt (Hg.) Statistisches Handbuch, Wien 1921-1937.

Die ersten Stellen der öffentlichen Arbeitsvermittlung wurden, in den späten 1880er Jahren in den Kronländern der Habsburger Monarchie gegründet. In Wien wurde im Jahr 1889 das Städtische Arbeitsamt eröffnet.<sup>315</sup>

Der Tabelle ist zu entnehmen, dass die Zahl der Arbeitsgesuche von Männern in den Jahren von 1918 bis 1937 rasch anstieg, der Anteil der Gesuche von Frauen verringerte sich allerdings von knapp der Hälfte der gesamten Gesuche aus dem Jahr 1918 auf ein Viertel im Jahr 1937.

<sup>315</sup> Arbeiterfürsorgeamt der Stadt Wien. In: Der Arbeitsnachweis. Zeitschrift für Arbeitslosigkeit, Arbeitsvermittlung, Auswanderung und innere Kolonisation, S. 193.

Im Jahr 1910 waren fast doppelt so viele Frauen wie Männer bei öffentlichen Arbeitsämtern in Österreich registriert. Der Grund dafür war, dass öffentliche Arbeitsämter vor dem Ersten Weltkrieg eher Abstand von der Vermittlung von gewerblicher Arbeit nahmen und indes öffentliche Dienststellenvermittlung betrieben. Die Vermittlung wurde von deutlich mehr Frauen als Männern in Anspruch genommen, da die Hälfte der zu vermittelnden Stellen Angebote für Haushaltspersonal waren.<sup>316</sup>

In der Ersten Republik verlagerte sich der Schwerpunkt der Vermittlung öffentlicher Arbeitsämter hin zu gewerblichen und industriellen Arbeitsstellen, was die erhöhten Zahlen der registrierten männlichen Arbeitssuchenden erklärt.<sup>317</sup> Es ist zu erkennen, dass die Zahl der Arbeitslosen in Österreich, die bei einem öffentlichen Arbeitsamt gemeldet waren, zwischen 1919 und 1926 rapide zunahm und erst im Jahr 1933 wieder leicht zurückging. Der Höchststand der Arbeitslosen in Österreich war im Jahr 1932 erreicht. In diesem Jahr konnten auch die wenigsten Arbeitslosen vom öffentlichen Arbeitsamt wieder vermittelt werden und die Vermittlungsrate stieg bis zum Jahr 1937 auch nur langsam wieder an.

Fürth argumentierte in ‚Die Österreicherin‘ auch, dass viele Frauen der Arbeiterschicht, die Geld verdienen mussten, sich weg vom Arbeitsmarkt in die Heimarbeit retteten. Dies war laut dem Werk ‚Maßnahmen für Arbeiter und Angestellte‘ von Palla leider keine Lösung für das Arbeitsplatz-Problem, denn die Aufträge für die Heimarbeit wurden immer weniger und brachten kaum noch Geld ein.<sup>318</sup> Passend zu den Schilderungen von Palla erörterte Fürth in ihrem Artikel, dass die Heimarbeit sehr schlecht bezahlt wurde und man von Ausbeutung der Frauen, für die es der letzte Weg war Geld zu verdienen, sprechen konnte.<sup>319</sup>

---

<sup>316</sup> Von Fürer: Die Gestaltung des Arbeitsmarktes, S. 130.

<sup>317</sup> Palla: Maßnahmen für Arbeiter und Angestellte, S. 842.

<sup>318</sup> ebenda.

<sup>319</sup> Fürth: Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung. In: Die Österreicherin (1937), Nr. 4, S. 2-3.

## 5. Zugänge zum Arbeitsmarkt: Gesetzeslage und gesellschaftliche Konventionen

*„Auch den Frauen muß der Weg zu akademischen Berufen offengehalten bleiben und darf ihnen nicht durch Sonderbestimmungen erschwert werden.“<sup>320</sup>*

### 5.1 Gesetze, die die Berufschancen von Frauen einschränkten

Die Geschlechterrollen, die während der Monarchie vorherrschten, begannen sich in der ersten Hälfte der Zwischenkriegszeit zu verändern. Frauen ließen sich nicht mehr so oft wie vor dem ersten Weltkrieg in die traditionelle Rolle als Mutter und Ehefrau drängen. Zumal sie, während die Männer im Ersten Weltkrieg kämpften, Erfahrungen als Erwerbstätige gesammelt hatten. Für viele, deren Männer im Krieg gefallen waren, war die Erwerbsarbeit lebensnotwendig, um sich und ihre Familie versorgen zu können, da die Unterstützung des Staates zu gering war. Wie schon erwähnt, erschlossen Frauen in der Zwischenkriegszeit und auch bereits während des Ersten Weltkriegs neue Arbeitsfelder für sich, aus denen sie sich nicht mehr verdrängen ließen. Von Seiten der Regierung war das Ausdehnen der Berufsmöglichkeiten von Frauen auf einige reine Männerberufe nicht zu tolerieren. Aus diesem Grund begann die Regierung Gesetze zu erlassen, um Frauen in ihren Möglichkeiten der Erwerbstätigkeit einzuschränken.<sup>321</sup>

In Österreich bestand zum Beispiel bereits ein Verbot der Nachtarbeit für Frauen, welche in Fabriken am Fließband oder mit schweren Maschinen arbeiteten. Dieses Verbot wurde im Jahr 1932 ausgeweitet und betraf nun auch die wenigen Frauen, die eine arbeitsüberwachende Funktion in der Industrie innehatten und keine körperliche Arbeit verrichteten.<sup>322</sup>

<sup>320</sup> Fürth: Forderungen der österreichischen Lehrerinnen. In: Die Österreicherin (1935), Nr. 4, S. 3.

<sup>321</sup> Kassel: Das Geschlecht der Qualifikation ist männlich, S. 142ff.

<sup>322</sup> Fürth: Das Verbot der Nachtarbeit der Frau. In: Die Österreicherin (1933), Nr. 1, S. 6.

In einem Artikel der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ aus dem Jahr 1929 von Martha Braun wurden die unterschiedlichen Reaktionen von Frauen auf das überarbeitete Nachtarbeitsverbot diskutiert. Einige von ihnen empfanden es als gut und traten dafür ein, dass Frauen und vor allem Mütter von zu schwerer körperlicher und psychischer Anstrengung fern gehalten wurden. Andere wiederum kämpften gegen das Gesetz, denn sie waren der Ansicht, dass solche Verbote Frauen auf ihrem Vormarsch in Männerberufe nur hindern würden.<sup>323</sup>

Bauer erwähnt in ihrem Artikel ‚Die Doppelbelastung der Frau in Familie und freiem Beruf‘ jedoch nicht, welche Frauen welche Meinung vertraten, oder welchen sozialen Hintergrund die Frauen, deren Meinung herangezogen wurde, hatten. Die unterschiedlichen Ansichten zum Nachtarbeitsverbot von Frauen zeigen, dass nicht alle Frauen ein neues Rollenbild anstrebten. Die Frauen, die für das Nachtarbeitsverbot waren, sahen sich wohl eher in der traditionellen Rolle als Mutter und Ehefrau. Dies stand im Gegensatz zu den Frauen, für die sich das Rollenbild der Frau bereits hin zur erwerbstätigen Ehefrau und Mutter verschoben hatte. Daher ist anzunehmen, dass das verschärfte Nachtarbeitsverbot für diese Frauen eine Behinderung ihrer Erwerbstätigkeit darstellte. Der erwähnte Artikel zeigt, dass im Jahr 1929 die Emanzipation der Frauen bereits Fortschritte machte, sich aber noch nicht alle Frauen mit einem neuen Rollenbild identifizieren konnten.

Wie schon erwähnt, argumentierte Fürth in ‚Die Österreicherin‘, dass viele Frauen durch das Nachtarbeitsverbot ihre Arbeit verloren. Dies geht mit den Schilderungen der Sekundärliteratur wie etwa mit denen im Werk ‚Frauen in der europäischen Geschichte: Vom Mittelalter bis zur Gegenwart‘ von Bock konform. Bock fügte dem noch hinzu, dass die Nachtarbeit von Frauen zwar offiziell verboten war, viele Frauen doch weiterhin illegal in Nachtschichten arbeiteten, da sie das Geld dringend für die Versorgung ihrer Familien benötigten. Die Betriebe wurden von Zeit zu Zeit spontan überprüft und wenn Frauen in der Nachtschicht vorgefunden wurden, war der Arbeitgeber zu Strafzahlungen verpflichtet, da er zur Einhaltung des Gesetzes verpflichtet war. Es gab allerdings auch Berufssparten, in denen Frauen die Nachtarbeit nicht verboten wurde. Dies betraf

---

<sup>323</sup> Braun: Die Doppelbelastung der Frau in Familie und freiem Berufe. In: Die Österreicherin (1929), Nr. 6, S. 2-3.

zum Beispiel die Sparte der Krankenschwestern. Sie durften ohne Einschränkungen nachts arbeiten.<sup>324</sup>

Ein weiteres Gesetz, das Frauen das Arbeitsleben und eine Karriere erschwerte, war das bereits kurz erwähnte Doppelverdienergesetz. Dieses Gesetz wurde im Ständestaat am 8. Dezember 1933 eingeführt. Der Ministerialrat beschloss eine prinzipielle Verordnung über die dienstrechtliche Behandlung der Ehefrauen im Bundesdienst. Diese Verordnung lautete:

*„Wenn das Einkommen des Ehemanns im Bundesdienst 340 Schilling monatlich erreicht, scheidet die Frau aus dem Dienstverhältnis aus. Ist das Einkommen des Mannes niedriger, ergänzt es sich aber durch den Pensionsanspruch der Frau auf den Betrag von mindestens 340 Schilling, so wird die Frau in Ruhestand versetzt. (...) Wenn sich eine Beamtin im Bundesdienst verheiratet und zwar gleichgültig, ob mit einem Bundesangestellten, einem Privatangestellten oder einer sonstigen Person, scheidet sie aus dem Dienstverhältnis aus. Dieses Ausscheiden aus dem Dienst gilt nach bisherigen Bestimmungen für pragmatisierte Angestellte als freiwilliger Austritt, für Vertragsangestellte des Bundes als Kündigung.“<sup>325</sup>*

Stötzl und Wengeler weisen in ihrem Werk ‚Kontroverse Begriffe‘ darauf hin, dass im Zusammenhang mit der Legitimierung des Doppelverdienergesetzes oft das nachfolgende Argument verwendet wurde. Doppelverdienerfamilien wären gierig und wollten sich bereichern. Durch die Erwerbsarbeit der Ehefrau würden sie ihr Familieneinkommen verdoppeln, während andere Familien mittellos wären, da beide Ehepartner keine Anstellung finden würden, weil die potentiellen freien Arbeitsplätze von verheirateten Frauen belegt wären.<sup>326</sup>

Es gab viele Gegner dieses Gesetzes, wie den Bund der öffentlichen Angestellten oder auch die Katholische Frauenorganisation. Die Katholische Frauenorganisation sah im neuen Gesetz lediglich eine Erschwernis in der Familienplanung, weshalb sie sich dagegen aussprach.<sup>327</sup> Im Artikel ‚Das Doppelverdienergesetz‘ von Marianne Hönig in der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘

<sup>324</sup> Bock: Frauen in der europäischen Geschichte: Vom Mittelalter bis zur Gegenwart, S. 222-223.

<sup>325</sup> Appelt: Die soziale Lage der weiblichen Angestellten Wiens in der Ersten Republik, S. 218.

<sup>326</sup> Stötzl, Wengeler: Kontroverse Begriffe, S. 450.

<sup>327</sup> Appelt: Die soziale Lage der weiblichen Angestellten Wiens in der Ersten Republik, S. 218f.



aus dem Jahr 1933 war zu lesen, dass der BÖFV die Anschuldigung, verheiratete Frauen würden Familienvätern den Arbeitsplatz wegnehmen, stark kritisierten. Der BÖFV sah das erwähnte Gesetz lediglich als eine erneute Einführung des Zölibats. Sobald Frauen heirateten, mussten sie ihren Posten räumen, wie es auch bei Lehrerinnen lange die Regel war. Demselben Artikel war auch zu entnehmen, dass der erste Arbeitgeber, der dieses Gesetz anwandte, der Staat selbst war, indem er Ehefrauen ohne Rücksicht auf ihre Qualifikationen oder Ausbildung entließ und die Ehemänner weiter beschäftigte. Hönig zog den Schluss, dass dieses neue Gesetz Frauen benachteiligte und ihnen die Chance auf eine Anstellung in einer höheren Position nahm.<sup>328</sup>

Stötzl und Wengeler stimmen in ihrem Werk ‚Kontroverse Begriffe‘ der Schlussfolgerung von Marianne Hönig zu. Sie argumentierten außerdem, dass die Entlassungen verheirateter Frauen aus der Verknüpfung von Arbeitslosigkeit und Doppelverdiener-Familien resultierten. Man musste Arbeitsplätze schaffen und das ging am leichtesten, indem man verheiratete Frauen entließ. Man ging davon aus, dass sie durch die Ehemänner weiter versorgt wären. Dies war laut Stötzl und Wengeler auch der Grund für die Einführung des Zölibates für Bundesbeamtinnen.<sup>329</sup>

Vom Staat wurde allerdings nicht die große Arbeitslosigkeit als Grund für die Dringlichkeit der Einführung dieses Gesetzes angegeben, sondern als einer der genannten Gründe war die Vernachlässigung der Familie durch die arbeitende Mutter zu nennen. Es wäre für eine Frau nicht möglich, sich aufgrund der Doppelbelastung durch die Berufstätigkeit zu 100% um Beruf und Familie zu kümmern. Deshalb sollte sie im Falle einer Familiengründung zuhause bleiben, um dem Idealbild der Frau im Ständestaat zu entsprechen.<sup>330</sup>

*„Mit dem Begriff Doppelbelastung bezeichnet man eine typische Begleiterscheinung der Erwerbstätigkeit der verheirateten Frauen, nämlich den Zwang, neben der Berufstätigkeit noch die Haushaltsführung und die Kindererziehung und –betreuung zu leisten.“<sup>331</sup>*

<sup>328</sup> Hönig: Das Doppelverdienergesetz. In: Die Österreicherin (1933), Nr. 9, S. 1.

<sup>329</sup> Stötzl, Wengeler: Kontroverse Begriffe, S. 450-453.

<sup>330</sup> Kaiser: Österreichs Frauen 1918-1938, S. 296.

<sup>331</sup> ebenda.

Die Gesetzgeber widersprachen sich mit dem Beschluss, dass eine Frau mit drei oder mehr Kindern sehr wohl arbeiten konnte, selbst.<sup>332</sup>

Die große Unterstützung, die viele Männer diesem neuen Gesetz entgegenbrachten, spiegelte die entstandenen Konkurrenzängste der Männer wider. Sie klammerten sich konsequent an die bereits veraltete geschlechterspezifische Rollenverteilung, bei der Frauen eine deutliche Benachteiligung am Arbeitsmarkt erfuhren. Das Faktum, dass immer mehr Frauen einer Erwerbsarbeit nachgingen, zeigte allerdings, dass sich das standhafte Beharren der Männer auf die Rollenverteilung am Arbeitsmarkt nicht durchsetzen konnte.<sup>333</sup>

Aus den vorangegangenen Schilderungen ist zu entnehmen, dass diese 1933 beschlossene Verordnung nicht auf Familien mit doppeltem Einkommen abzielte, sondern sich lediglich gegen die weiblichen Arbeitnehmer Österreichs richtete, gleichgültig welche Ausbildung und Qualifikationen sie vorzuweisen hatten. So wurde im Austrofaschismus wohl versucht, Frauen wieder in die traditionellen Rollenbilder zu drängen.

Frauen sollten laut Appelt in der Zeit des Austrofaschismus als Hausfrau bei den Kindern bleiben und keine Karriere als Berufstätige anstreben. Die Folgen des Doppelverdienergesetzes waren, dass Familien ihr zweites Einkommen verloren, was oft gravierende Folgen nach sich zog.<sup>334</sup>

Im Jahr 1934 wurde eine neue österreichische Verfassung ausgearbeitet. Diese wurde wie bereits in einem vorhergehenden Kapitel erwähnt, am 1. Mai 1934 in einer Proklamation unter dem Namen ‚Maiverfassung‘ bekannt gemacht.<sup>335</sup>

Der neuen Verfassung wurden unter anderem einige Paragraphen hinzugefügt, die den Arbeitsmarkt speziell in Bezug auf Frauen, regeln sollten. Allgemein wurden den Frauen wie bereits zuvor,

*„(...) die gleichen Rechte und Pflichten wie den Männern eingeräumt, sowie nicht durch Gesetz anders bestimmt ist.(...)“*<sup>336</sup>.

Jedoch wurden die Gesetze, durch die grundsätzliche Bestimmungen umgangen wurden, sehr ausführlich erläutert. Es war also unter bestimmten

<sup>332</sup> P., A.: Der Zusammenschluss der Frauen: Ein Gebot der Zeit. In: Die Österreicherin (1934), Nr. 6, S. 2.

<sup>333</sup> Kassel: Das Geschlecht der Qualifikation ist männlich, S. 137.

<sup>334</sup> Appelt: Die soziale Lage der weiblichen Angestellten Wiens in der Ersten Republik, S. 218f.

<sup>335</sup> Hoke: Österreichische und deutsche Rechtsgeschichte, S. 473f.

<sup>336</sup> Fürth J.: Die Frau und die neue Verfassung. In: Die Österreicherin (1934), Nr. 4, S. 1.

Voraussetzungen eine ungleiche Behandlung von Frauen und Männern möglich.<sup>337</sup>

Die Verfassung ließ auch genügend Raum zur individuellen Interpretation. Wie im Beispiel der Zugänglichkeit der öffentlichen Ämter zu sehen ist: „(...), *daß die öffentlichen Ämter allen vaterlandstreuen Bundesbürgern gleich zugänglich sind, aber nur unter Bedingung, daß sie den vorgeschriebenen Erfordernissen entsprechen.*“<sup>338</sup>

Die Erfordernisse, die erfüllt werden mussten, waren von den Arbeitgebern frei wählbar und somit war es ihnen ein Leichtes, wenn es in ihrem Interesse war, Frauen aus gewissen Berufsgruppen fern zu halten.<sup>339</sup>

Josef Fürth schrieb in seinem Artikel ‚Die Frau und die neue Verfassung‘, der im Jahr 1934 in der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ erschien, dass der BÖFV nicht nur die neuen Gesetze, wie das zuvor diskutierte Doppelverdienergesetz oder das Nachtarbeitsverbot, des Ständestaats als Erschwernis für Frauen am Arbeitsmarkt sah. Für den BÖFV erschwerten laut Josef Fürth auch die Einstellungen und Vorurteile vieler Arbeitgeber gegenüber weiblichen Arbeitnehmern die Berufsmöglichkeiten von Frauen enorm.<sup>340</sup> Die von Josef Fürth erwähnten Vorurteile und negativen Einstellungen gegenüber Frauen am Arbeitsmarkt werden in einem nachfolgenden Kapitel noch genau behandelt.

## 5.2 Das Verdrängen weiblicher Arbeitskräfte

Die bedrückende Wirtschaftslage der Zwischenkriegszeit bekamen weibliche Arbeitnehmer als Erstes zu spüren, denn es wurden immer zuerst Frauen entlassen. Die noch übrig gebliebenen weiblichen Angestellten waren nur zum Verrichten von Hilfstätigkeiten, wie z.B. dem Schreiben an der Schreibmaschine, eingestellt worden.<sup>341</sup>

<sup>337</sup> Tálos: Das Austrofaschistische Herrschaftssystem, S. 93.

<sup>338</sup> Fürth J.: Die Frau und die neue Verfassung. In: Die Österreicherin (1934), Nr. 4, S. 1.

<sup>339</sup> ebenda.

<sup>340</sup> ebenda.

<sup>341</sup> Staffa-Kuch: Wirkung der Rationalisierung auf die weibliche Berufsarbeit. In: Die Österreicherin (1931), Nr. 10, S. 4.

In einem Artikel der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ aus dem Jahr 1932 schreibt Ernestine Fürth über das unglaubliche Bild, das viele Männer in der Zwischenkriegszeit noch von Frauen hatten. Dieses bestätigte gängige Vorurteile gegenüber Frauen als hübsches Dummchen<sup>342</sup>, das nur damit beschäftigt war, sich um seine Schönheit zu kümmern und nichts von den wichtigen Dingen mitbekam, die um sie herum geschahen. Fürth argumentierte, dass Männer, die diese veralteten Rollenbilder vertraten, sich auch keine Sorgen machten, dass ihnen Frauen die Arbeitsplätze streitig machen könnten, da diese dafür auf die ausführliche Pflege ihres Äußeren verzichten müssten, um sich ausreichend zu informieren.

Ernestine Fürth beschrieb hier Männer als blind dem Können Frauen gegenüber, wobei man wohl sagen muss, dass ihre Äußerungen überspitzt formuliert sind. Es ist davon auszugehen, dass sich viele Männer keine Sorgen machten, durch eine Frau von ihrem Arbeitsplatz verdrängt zu werden. Es ist aber eher anzunehmen, dass sie dies nicht wegen der angeblichen Eitelkeit und Dummheit der Frauen taten, sondern aufgrund der vielen gesetzlichen Zugangsbeschränkungen für Frauen. Hier ist der Schluss zu ziehen, dass einige Männer sich in der Zwischenkriegszeit bereits an Frauen auf dem Arbeitsmarkt gewöhnt hatten und sie daher als ihre Konkurrenten sahen. Der Rest, der noch die alte Rollenverteilung proklamierte, sah die Frauen eher weniger als hübsches Dummchen wie von Fürth argumentiert, sondern vermutlich als Hausfrau, Mutter und fürsorgliche Ehefrau.

French schreibt in ihrem Werk ‚Der Krieg gegen die Frauen‘, dass viele Firmen in der Zwischenkriegszeit das bevorzugte Einstellen von Männern damit begründeten, dass Männer eine Familie zu erhalten hatten und Frauen ihr/en Lohn/Gehalt nur für persönliche Luxusgüter ausgeben würden. Jedoch sind diese Gründe sehr fadenscheinig, denn es war essentiell, dass auch Frauen arbeiteten und Geld für die Familie verdienten, wenn sie nicht gerade aus der finanzkräftigen Oberschicht stammten.<sup>343</sup>

---

<sup>342</sup> Fürth: Die unvollkommene Frau. In: Die Österreicherin (1932), Nr. 10, S. 1.

<sup>343</sup> French: Der Krieg gegen die Frauen, S. 77.

Wollten Frauen in einer leitenden Position tätig sein, mussten sie sich viel abverlangen, um eine solche Stellung zu erreichen. Sie mussten dafür Vorurteile und Diskriminierungen ertragen und härter arbeiten als ihre männlichen Kollegen.<sup>344</sup>

Marie Lüders erörtere im Jahr 1931 in ihrem Artikel ‚Die Frau im Staat und in der Volkswirtschaft‘ in der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ die Arbeitsbedingungen von Frauen in höheren Positionen. Sie erläuterte, dass sich Frauen oft auf Kosten ihrer eigenen Familienplanung im Erwerbsleben durchgesetzt hatten. Dies betraf zum Beispiel Frauen die höhere Positionen in der Politik, wie auch im Universitätswesen bekleideten. Auf diese Frauen wurde bereits im Kapitel 4.5 Frauen in hohen Positionen in Österreich näher eingegangen. Lüders kam zu dem Schluss, dass es aber auch bei diesen Frauen gravierende Unterschiede zwischen der offiziellen und ihrer tatsächlichen Stellung gab.<sup>345</sup>

Mit diesem Schluss geht Lüders mit der Meinung von Tálos und Manoschek konform, die in ihrem Werk ‚Aspekte der politischen Struktur‘ erläutern, dass Frauen in der Politik zwar Positionen innehatten, diese aber bei Entscheidungen leicht umgangen werden konnten.<sup>346</sup>

Lüders argumentierte in ihrem Artikel weiter, dass der BÖFV das Hauptproblem darin sah, dass vielen führenden Persönlichkeiten das Eindringen der Frauen in diese Männerdomänen ein Dorn im Auge war und sie versuchten, Frauen wieder zu verdrängen. Dies hätte laut Lüders für die Frauen eine wirtschaftliche, wie auch soziale Katastrophe bedeutet, da Frauen eine wirkliche Gleichberechtigung nur erreichen konnten, indem sie sich in diesen Bereichen weiter etablierten.<sup>347</sup>

Im Ständestaat wurde besonders darauf geachtet, Frauen wieder aus Leitungspositionen und der Politik zu verdrängen. Die Politikerinnen der Christlichsozialen Partei, die geschlossen in die Vaterländische Front eingegliedert wurden, hofften auf Partizipation an der neuen Macht in Österreich. Doch das austrofaschistische Regime schloss auch sie aus politischen Ämtern aus.<sup>348</sup> Man wollte die alte Vorkriegssituation in Bezug auf die Erwerbsarbeit von

<sup>344</sup> Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien: Handbuch der Frauenarbeit in Österreich, S. 39.

<sup>345</sup> Lüders: Die Frau im Staat und in der Volkswirtschaft. In: Die Österreicherin (1931), Nr. 10, S. 3.

<sup>346</sup> Tálos, Manoschek: Aspekte der politischen Struktur, S. 133.

<sup>347</sup> Lüders: Die Frau im Staat und in der Volkswirtschaft. In: Die Österreicherin (1931), Nr. 10, S. 3.

<sup>348</sup> Lehmann: Einleitung, S. 7.

Frauen wieder herstellen. Frauen sollten aus den Erwerbsberufen ferngehalten und die Zahl der bereits erwerbstätigen Frauen minimiert werden. Nur verwitweten und alleinstehenden Frauen sollte es genehmigt werden, einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Das austrofaschistische Regime sah Frauen wieder als Hausfrauen und Mütter, nicht als Karrierefrauen.<sup>349</sup>

Während des Austrofaschismus wurde im Jahr 1935 vom Weltbund für Frauenstimmrecht und staatsbürgerliche Frauenarbeit folgende Petition in Bezug auf das Arbeitsrecht von Frauen an die Internationale Arbeitskonferenz in Genf gerichtet:

*„Die Grundrechte der menschlichen Persönlichkeit sind für Mann und Frau dieselben, gleichviel ob verheiratet oder unverheiratet. Einer Frau ihr Recht auf Verdienst zu nehmen, lediglich weil sie verheiratet ist, heißt ihr eines der Grundrechte der menschlichen Persönlichkeit entziehen. Das Verbot für Frauen, eine Arbeit zu übernehmen, die vorher von Männern ausgeführt wurde, entzieht der Frau eines ihrer menschlichen Grundrechte und stempelt die Arbeit zu einem Monopol des Mannes. Die Arbeit selber leidet, wenn sie nach dem Geschlecht, nicht nach der Eignung ausgegeben wird.“<sup>350</sup>*

Dem Werk ‚Der Krieg gegen die Frauen‘ von French ist zu entnehmen, dass ihr Inhalt jedoch nicht wirklich umgesetzt wurde, denn wenn Stellen abgebaut werden sollten, wurden zuerst die Stellen, die mit Frauen besetzt waren, abgebaut. Dies spiegelte sich auch durch die hohe Zahl an arbeitslosen Frauen in der Zwischenkriegszeit wider. Der Aufstieg in höhere Positionen wurde Frauen offiziell nicht schwerer gemacht als ihren männlichen Kollegen, was allerdings nicht der Wahrheit entsprach.<sup>351</sup>

Grundsätzlich kann man sagen, dass es zu der von mir untersuchten Zeit mehr Schein als Sein in Bezug auf die Gleichstellung der Frau am Arbeitsmarkt gab und ihre Verdrängung in der Ersten Republik und im austrofaschistischen Österreich konsequent praktiziert wurde.

<sup>349</sup> Kassel: Das Geschlecht der Qualifikation ist männlich, S. 125ff.

<sup>350</sup> E., F.: Gleiche Arbeitsbedingungen für Mann und Frau. In: Die Österreicherin (1935), Nr. 6/7, S. 1.

<sup>351</sup> French: Der Krieg gegen die Frauen, S. 170ff.

### 5.3 Der Einfluss der Gesetze, betreffend Frauenarbeit, auf die demographische Entwicklung

Laut einem Artikel der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ aus dem Jahr 1932 wurden Frauen, die in einer höheren Position tätig waren, in den 20er und 30er Jahren von Männern des Öfteren beschuldigt, durch die Ausübung ihres Berufes absichtlich die Familiengründung und Zeugung von Nachwuchs verhindern zu wollen. Wobei sie doch eigentlich genau dafür zuständig wären und nicht Männer aus ihren Berufen drängen sollten.<sup>352</sup>

Die vorsätzliche Verhinderung der Familiengründung ist nicht belegbar und die Aussage kann daher entkräftet werden. Schulz geht in seinem Werk ‚Österreich zur Jahrhundertwende‘ davon aus, dass sich Frauen mit höherem Bildungsniveau, sollten sie eine Arbeitsstelle bekommen haben, nicht unter Druck gesetzt sahen, schnellstmöglich einen Ehemann zu finden. Einige wollten ihre Karriere verfolgen und konnten sich auch selbst erhalten.<sup>353</sup>

Der Großteil der Frauen gründete im Laufe ihres Lebens aber eine Familie, um die sie sich kümmern mussten. Der Mann war in einer Ehe von Gesetzes wegen dazu verpflichtet, den Unterhalt für die Familie zu verdienen und war auch ihr Oberhaupt. Er konnte seine Frau bei Behörden oder vor Gericht ohne Vollmacht vertreten und auch ihr Vermögen verwalten, sollte sich die Ehefrau nicht dagegen aussprechen. Auch der Wohnort der Familie konnte vom Ehemann festgelegt werden.<sup>354</sup> Die Ehefrau übernahm im Gegenzug nach der Hochzeit den Familiennamen, die Staatsbürgerschaft und auch den Stand ihres Mannes. Sie musste den gleichen Wohnsitz haben und war auch verpflichtet, ihren Mann in der Erhaltung der Familie finanziell zu unterstützen, sollte es ihm nicht möglich gewesen sein, dies allein zu tun.<sup>355</sup>

Das Thema ‚Die Frau als Mutter in Verbindung mit der Erwerbsarbeit‘ wurde in der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ über die ganze Zwischenkriegszeit hinweg immer wieder in Artikeln aufgegriffen.

---

<sup>352</sup> Hoheisel: Die Frau im Beruf und in der Familie. In: Die Österreicherin (1932), Nr. 10, S. 2-3.

<sup>353</sup> Schulz: Österreich zur Jahrhundertwende, S. 163-171.

<sup>354</sup> Köstler: Das österreichische Eherecht, S. 59ff.

<sup>355</sup> ebenda, S. 62ff.

Marie Hoheisel beschrieb im Jahr 1932 die Realität der berufstätigen Mütter und Ehefrauen. Hoheisel erläuterte, dass berufstätige Mütter einer Mehrfachbelastung durch Familie, Haushalt und Beruf ausgesetzt waren, was ihnen sehr viel abverlangte.<sup>356</sup> Ihre Betrachtungsweise war ident mit der Sicht des ‚Häuslichen Ratgebers‘, in dem auch noch zu lesen war, dass dieser Doppelbelastung durch Familie und Erwerbsarbeit nicht nur Frauen der Arbeiterschicht ausgesetzt waren, sondern auch Frauen der bürgerlichen Mittelschicht, die aufgrund der schlechten Wirtschaftslage ebenso Geld verdienen mussten.<sup>357</sup>

Pillewizer Michaela griff 1931 das erwähnte Thema in ihrem Artikel ‚Mutterschaft und Beruf‘ auf. Sie diskutierte das Fehlen einer Karenz oder eines Mutterschutzes wie man es aus dem 21. Jahrhundert kennt. Eine Schwangerschaft bedeutete für berufstätige Frauen in der Zwischenkriegszeit einen Verdienstausschlag. Pillewizer kam zu dem Schluss, dass viele Frauen, die auf das Geld angewiesen waren, auf weitere Kinder oder generell auf Kinder und die Ehe verzichteten.<sup>358</sup>

Fürth Ernestine sah in ihrem Artikel ‚Vom Wiener Frauen-Erwerb-Verein‘, der 1934 in der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ erschien, den Beschluss von 1933, der besagte, dass verheiratete Frauen aus dem Staatsdienst sofort nach ihrer Hochzeit zu entlassen seien, als maßgeblichen Hinderungsgrund für die Familienplanung. Sie argumentierte, dass aufgrund der Tatsache dass nur noch ein Ehepartner berufstätig sein durfte, viele zukünftige Ehepaare mit der Hochzeit und der Kinderplanung länger warten mussten, da der arbeitende Ehepartner zuerst fähig sein musste, die Familie alleine zu erhalten.<sup>359</sup> Bandhauer-Schöffmann geht in ihrem Werk ‚Gottgewollte Geschlechterdifferenzen‘ mit der Aussage von Fürth bezüglich der finanziellen Probleme, der vom Doppelverdienergesetz betroffenen Paare, konform. Viele junge Familien gerieten nach der Einführung des Doppelverdienergesetzes in finanzielle Schwierigkeiten und verschuldeten sich.<sup>360</sup>

<sup>356</sup> Hoheisel: Die Frau im Beruf und in der Familie., In: Die Österreicherin (1932), Nr. 10, S. 2-3.

<sup>357</sup> N.N.: „Von der Frau und für die Frau“, Häuslicher Ratgeber, 1925, Heft 2, S. 3.

<sup>358</sup> Pillewizer: Mutterschaft und Beruf. In: Die Österreicherin (1931), Nr. 10, S. 5-6.

<sup>359</sup> Fürth: Vom Wiener Frauen-Erwerb-Verein. In: Die Österreicherin (1934), Nr. 1, S. 3-4.

<sup>360</sup> Bandhauer-Schöffmann: Gottgewollte Geschlechterdifferenzen, S. 51-52.



In dem Artikel ‚Die Erwerbstätigkeit der Frau‘ aus dem Jahr 1936 knüpfte Fürth an die Problematik der Familienplanung in der Zwischenkriegszeit aus ihrem Artikel ‚Vom Wiener Frauen–Erwerb-Verein‘ an. Sie diskutierte wieder das Fehlen des Geldes, um eine Familie gründen zu können und argumentierte, dass oftmals beide Partner so wenig verdienten, dass eine Eheschließung und Kinder nur in Frage kamen, wenn beide Partner weiterhin arbeiteten, da es sonst nicht möglich war die Familie zu ernähren. Als Beispiel führte Fürth Junglehrer an, da sie sehr wenig verdienten und die Ehegattin nach der Hochzeit aufgrund des Doppelverdienergesetzes ihren Posten verlieren würde. Als Hauptproblem der Familiengründung identifizierte Fürth die Einführung dieses Gesetzes.<sup>361</sup>

Auch Hoheisel Marie argumentierte im Jahr 1937 in ihrem Artikel ‚Zum Zölibat der Beamtinnen‘ in der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘, dass seit der Einführung des Doppelverdienergesetzes, oder mit ihren Worten gesprochen, des Zölibats für Beamtinnen, ein noch deutlicherer Geburtenrückgang festgestellt wurde. Die Berechnungen, die von der Regierung angestellt wurden, um die monatlichen Kosten einer Kleinfamilie zu ermitteln und zu überprüfen, ob das Gehalt des Ehemannes ausreicht, um die Familie erhalten zu können, waren laut Hoheisel falsch. Sie argumentierte, dass bei den Berechnungen von viel zu niedrigen Kosten ausgegangen wurde. Hoheisels Resümee war, dass die Regierung durch die Einführung des Doppelverdienergesetzes Ehen und die Zeugung von Nachkommen verhinderte.<sup>362</sup>

Bereits 1934 kam Ernestine Fürth zu dem Schluss, dass ledige Frauen in höheren Positionen im Dienste des Landes, durch den Erlass des Doppelverdienergesetzes vor die Wahl, Karriere oder Ehe und Kinder, gestellt wurden.<sup>363</sup> Die Geburtenzahlen die dem Werk ‚Das Austrofaschistische Herrschaftssystem‘ von Tálos zu entnehmen sind, zeigen einen deutlichen Geburtenrückgang in der zweiten Hälfte der Zwischenkriegszeit und unterstützen die Argumentation von Hoheisel und Fürth. Im Jahr 1927 wurden 18.800 Geburten in Österreich registriert, 1933 sank die Zahl bereits auf 13.860

---

<sup>361</sup> Fürth: Die Erwerbstätigkeit der Frau, Ermittlung ihrer Ursachen durch eine Umfrage des B.Ö.F.V. In: Die Österreicherin (1936), Nr. 2, S. 1-2.

<sup>362</sup> Hoheisel: Zum Zölibat der Beamtinnen. In: Die Österreicherin (1937), Nr. 8, S. 3.

<sup>363</sup> Fürth: Frauenforderungen. In: Die Österreicherin (1934), Nr. 5, S. 1.

Geburten und im Jahr 1936 wurden nur noch 10.257 Kinder in Österreich geboren.<sup>364</sup>

Die oben genannten Artikel diskutieren die Probleme der Zwischenkriegszeit, mit denen Frauen, die in höheren Positionen tätig waren, konfrontiert wurden. Diese Artikel wurden erst ab dem Jahr 1929 veröffentlicht, zuvor sind solche Artikel in der Zeitschrift nicht zu finden. In den Jahren des Austrofaschismus waren Artikel, die die Probleme der Frau am Arbeitsplatz beleuchteten, häufiger als in der Ersten Republik. Es ist anzunehmen, dass diese Tatsache mit dem Bestreben des Ständestaats (ab 1933), Frauen aus Männerberufen und später ganz vom Arbeitsmarkt zu verdrängen, in Zusammenhang steht. Das 1933 eingeführte Doppelverdienergesetz wurde besonders oft in Artikeln der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ diskutiert. Interessant ist, dass in den Artikeln als primärer negativer Effekt des Doppelverdienergesetzes immer nur die erschwerte Familienplanung genannt wurde und nicht als Erstes die Verdrängung der Frau aus höheren Positionen. Das Unerwähnt-Lassen dieser Tatsache könnte Absicht gewesen sein. Indem der BÖFV dem austrofaschistischen Regime sein Scheitern in diesem Thema vor Augen führte, hofften sie wohl, dass das Doppelverdienergesetz aufgehoben werden würde und Frauen somit ihre Arbeitsplätze nach der Hochzeit behalten könnten. Eines der Hauptideale des Austrofaschismus war es, wie schon in einem früheren Kapitel diskutiert wurde, dass die Frau als Mutter und Ehefrau zuhause bei den Kindern bleiben und ihr Hauptaugenmerk auf den Haushalt, die Versorgung ihres Ehemanns und die Erziehung der Kinder legen sollte. Die finanzielle Lage von betroffenen Paaren war durch die Einführung des Doppelverdienergesetzes so erdrückend, dass die Heirat und die Gründung einer Familie oft aufgeschoben werden mussten. Meine Analyse der Quellen zeigt aber, dass der Aufschub der Familiengründung nicht im Sinne des austrofaschistischen Regimes war.

Die Probleme, mit denen eine Frau konfrontiert wurde, wollte sie Arbeit, Ehe und Kinder verbinden, wurden in den Artikeln der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ gut erläutert. Konietzka und Kreyenfeld schreiben in ihrem Werk ‚Ein Leben ohne Kinder‘, dass in Österreich damals und auch teilweise heute noch ein deutlicher

---

<sup>364</sup> Tálos: Das Austrofaschistische Herrschaftssystem, S. 385.

Zusammenhang zwischen dem Bildungsstand der Mutter und der Zahl der Nachkommen festzustellen ist. Die in der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ erwähnte Tatsache, dass es bei Frauen in höheren Positionen einen Geburtenrückgang zu verzeichnen gab, wird auch von Konietzka und Kreyenfeld gestützt. So ist ein Anstieg der Kinderlosigkeit mit dem Anstieg des Bildungsniveaus zu beobachten. Einen markanten Wendepunkt in der Anzahl der Zeugung von Nachkommen fand man in Österreich in der abgeschlossenen Matura. So blieb ca. ein Fünftel aller Maturantinnen ihr Leben lang kinderlos, wobei dieser Wert bei Universitätsabsolventinnen auf ein Viertel anstieg. Interessanterweise war die höchste Anzahl der kinderlosen Akademikerinnen in den Geistes-, Sozial- und Kunstwissenschaften zu verzeichnen.<sup>365</sup>

Die Situation der Bevölkerungsentwicklung war in der Zwischenkriegszeit, wie oben beschrieben, durch einen Geburtenrückgang gekennzeichnet. Dieses Phänomen ist auf mehrere Gründe zurückzuführen. Einerseits begannen Frauen vermehrt in höhere, eigentlich Männern vorbehaltene Positionen vorzudringen und wollten diese nicht durch den Ausfall aufgrund einer Schwangerschaft gefährden. Andererseits ließen sich höher gebildete Frauen mehr Zeit mit der Auswahl eines geeigneten Ehemannes und der Heirat oder verzichteten komplett darauf, um sich ganz auf ihre berufliche Karriere konzentrieren zu können. Ein anderer gewichtiger Grund für den Geburtenrückgang war das eingeführte Doppelverdienergesetz. Dadurch kam es zu finanziellen Engpässen in den Familien und man konnte sich oft keine weiteren oder überhaupt Kinder leisten.

## 5.4 Die Frau als Allein- und Mitverdienerin

Fürth Ernestine erörtern in ihrem Artikel ‚Die Erwerbstätigkeit der Frau, Ermittlung ihrer Ursachen durch eine Umfrage des BÖFV‘, der im Jahr 1936 veröffentlicht wurde, die finanzielle Situation von alleinerziehenden Frauen. Fürth argumentierte, dass alleinstehende oder geschiedene Frauen ihre Kinder oft

---

<sup>365</sup> Konietzka, Kreyenfeld: Ein Leben ohne Kinder, S. 114-123.

alleine großziehen und gleichzeitig noch weitere Familienmitglieder oder Freunde unterstützen oder finanzieren mussten. Dies war für Frauen laut Fürth zweifellos um einiges schwieriger als für Männer. Der Grund dafür wurde durch eine Umfrage des BÖFV ermittelt und das Ergebnis war, dass die meisten Frauen in herkömmlichen Frauenberufen arbeiteten, welche grundsätzlich schlechter bezahlt wurden als typische Männerberufe.<sup>366</sup> Leitner stimmte in ihrem Werk ‚Frauenberufe-Männerberufe‘ dem gerade genannten Argument Fürths zu.

Leitner führt außerdem noch an, dass Frauen auch heute nur dann ein höheres Gehalt bekommen, wenn sie eine Arbeitsstelle in einem Männerberuf ergreifen können oder eine Leitungsposition innehaben. Selbst dann sind Frauen ihren männlichen Kollegen im Bezug auf das Gehalt nicht gleichgestellt. Leitungspositionen lassen sich auch heute im 21. Jahrhundert nur schwer mit dem Familienleben vereinbaren.<sup>367</sup>

Im Jahr 1936 veröffentlichte ‚Die Österreicherin‘ eine 1935 unter berufstätigen Frauen durchgeführte Umfrage des BÖFV. Insgesamt wurden 1.028 Frauen mit Hilfe eines Fragebogens befragt und in vier Gruppen unterteilt: ledig 68,5%, verheiratet 22%, verwitwet 5,3%, geschieden 4,2%. Jede dieser Gruppen hatte neben ihren Kindern und gegebenenfalls ihrem Ehemann weitere Personen, wie Verwandte und Freunde zu versorgen oder wenigstens zu unterstützen. Nur 7% der befragten Frauen gaben an, ihren Job nicht aus finanziellen Gründen auszuüben. Aufgrund der Ergebnisse konnte man laut der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ nicht davon ausgehen, dass der Mann der alleinige Erhalter der Familie war und Frauen deshalb nicht arbeiten mussten.<sup>368</sup> Eine Ehefrau und Mutter, die einer Erwerbsarbeit nachging, war im Sinne des Austrofaschismus nicht akzeptabel, denn jede Form *„der außerhäuslichen Erwerbsarbeit der verheirateten Frau“*<sup>369</sup> wurde strikt abgelehnt. Aufgrund der wirtschaftlich schlechten Situation vieler Familien waren die Frauen jedoch gezwungen einer

---

<sup>366</sup> Fürth: Die Erwerbstätigkeit der Frau, Ermittlung ihrer Ursachen durch eine Umfrage des B.Ö.F.V. In: Die Österreicherin (1936), Nr. 1, S. 1-2.

<sup>367</sup> Leitner: Frauenberufe-Männerberufe, Zur Persistenz geschlechtshierarchischer Arbeitsmarktsegregation, S. 20-21.

<sup>368</sup> Fürth: Die Erwerbstätigkeit der Frau, Ermittlung ihrer Ursachen durch eine Umfrage des B.Ö.F.V. In: Die Österreicherin (1936), Nr. 1, S. 1-2.

<sup>369</sup> Ennsman: Frauenpolitik und Frauenarbeit im Austrofaschismus, S. 5.

Arbeit nachzugehen, um ihre Familien finanziell ausreichend versorgen zu können<sup>370</sup>, was sich dem genannten Ideal des Austrofaschismus widersetzte.

#### 5.4.1 Wohnen als Allein- und Mitverdienerin

Zu Beginn der Zwanzigerjahre herrschte in Wien ein immenser Wohnungsmangel, obwohl die Einwohnerzahl Wiens um nahezu 168.000 Personen zurückgegangen war. Es gab in Wien allerdings 40.000 Haushalte mehr als zu Beginn des Ersten Weltkrieges. Der private Wohnbau hingegen war in dieser Zeit komplett zum Erliegen gekommen, denn das Mieten von Wohnungen wurde immer populärer. Von 1919 bis 1923 wurden alleine in Wien 4.000 Wohnungen neu errichtet.<sup>371</sup>

Laut dem Artikel ‚Wohn- und Arbeitsstätte eines berufstätigen Ehepaars‘ von Zimble Liane und Herrenheiser Anni, der im Jahr 1929 in der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ erschien, war die berufstätige Frau und auch die alleinstehende berufstätige Frau im Weltbild vieler Menschen angekommen. Zimble und Herrenheiser argumentierten, dass speziell an die Bedürfnisse arbeitender Frauen angepasste Wohnungen entworfen und auch verwirklicht wurden. Diese waren klein und praktisch gehalten. Weiters war in diesem Artikel zu lesen, dass es auch größere Zweiraumwohnungen gab, die auf arbeitende Ehepaare ausgelegt waren und jedem Ehepartner Freiraum für sich boten.<sup>372</sup> In der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ waren auch zwei Artikel zu finden, welche im Gegensatz zu den Argumenten von Zimble und Herrenheiser standen. Lüders Marie schrieb in ihrem Artikel ‚Die Frau im Staat und in der Volkswirtschaft‘, dass Frauen zu Beginn des 20. Jahrhunderts schwer für ihre Gleichberechtigung kämpfen mussten, bis diese schlussendlich schriftlich festgehalten wurde. Sie argumentierte weiter, dass die Gleichberechtigung praktisch nicht zur Anwendung kam, denn Frauen bekamen trotz gleicher Qualifikation und gleicher Arbeit viel weniger Lohn bezahlt als ihre männlichen Kollegen. Frauen verdienten

---

<sup>370</sup> Bandhauer-Schöffmann: Gottgewollte Geschlechterdifferenzen, S. 51-52.

<sup>371</sup> Czeike: Österreich 1918-1938 Geschichte der Ersten Republik, S. 1052ff.

<sup>372</sup> Zimble, Herrenheiser: Wohn- und Arbeitsstätte eines berufstätigen Ehepaars. In: Die Österreicherin (1929), Nr. 10, S. 4-5.

als qualifizierte Arbeiterinnen auch weniger als ein unqualifizierter Hilfsarbeiter. Lüders kam deshalb zu dem Schluss, dass die für alleinstehende Frauen konzipierten Wohnungen eine Ausnahme der Realität von Frauen in der Zwischenkriegszeit waren.<sup>373</sup>

Im Artikel ‚Zur Wohnungsfrage der berufstätigen alleinstehenden Frauen‘ des BÖFV wurde argumentiert, dass viele alleinstehende Frauen, sei es mit oder ohne Kind, durch die noch immer währende Ungleichberechtigung von Mann und Frau, es bei der Wohnungssuche schwer hatten. Als Grund wurde angeführt, dass Frauen bei weitem nicht genug verdienten, um sich eine schöne Mietwohnung leisten zu können und sie daher meist in heruntergekommenen kleinen Räumlichkeiten wohnten, die bereits voll möbliert waren und oft nicht einmal Tageslichtfenster besaßen.<sup>374</sup>

Die damalige Wohnungssituation von Frauen und Ehepaaren war näher an den Schilderungen aus dem Artikel ‚Zur Wohnungsfrage der berufstätigen alleinstehenden Frauen‘ anzusiedeln, als an den utopischen Darstellungen aus dem Artikel ‚Wohn- und Arbeitsstätte eines berufstätigen Ehepaars‘ von Zimmer und Herrenheiser. Zum Vergleich schreibt Blümel in seinem Werk ‚70 Jahre soziales Wohnprogramm‘, dass Kleinwohnungen für ihre Bewohner in der Zwischenkriegszeit sehr sparsam angelegt wurden. Großteils bestanden sie aus Zimmer-Küche-Kabinett oder nur aus einem Zimmer und einem Kabinett. Die Wohnungen, die nur aus Zimmer und Kabinett bestanden, waren selten größer als 10 m<sup>2</sup> und besaßen keine Kochgelegenheit oder Waschbecken. Die Grundstücke konnten in den Jahren der Zwischenkriegszeit auch bis zu 85% der Grundfläche bebaut werden. Aus diesem Grund stand nur noch ein sehr geringer Platz für Lichtschächte und Innenhöfe zur Verfügung und die Wohnungen waren oft sehr dunkel.<sup>375</sup> Eine kleine Wohnung verschlang oft rund 40% des Einkommens einer Angestellten.<sup>376</sup>

<sup>373</sup> Lüders: Die Frau im Staat und in der Volkswirtschaft. In: Die Österreicherin (1931), Nr. 10, S. 3.

<sup>374</sup> Un., G.: Zur Wohnungsfrage der berufstätigen alleinstehenden Frauen. In: Die Österreicherin (1928), Nr. 8, S. 4-5.

<sup>375</sup> Blümel: 70 Jahre Soziales Wohnprogramm. Politik als Gestaltungsmittel der Architektur. In: Wiener Geschichtsblätter 48 (1993), S. 185 – 219. S. 188.

<sup>376</sup> Eigner u.a.: Sozialer Wohnbau in Wien, S. 52.

Man kommt zum Schluss, dass es Frauen als Alleinverdienerinnen in der Zwischenkriegszeit sehr schwer hatten. Sie verdienten weniger als ihre männlichen Kollegen, hatten aber die selben Lebenshaltungskosten. Aus diesem Grund lebten sie überwiegend in sehr kleinen, teils heruntergekommenen Wohnungen. Alleinerziehende Mütter waren durch ihren geringen Verdienst und die damit zu begleichenden Kosten oft mit finanziellen Engpässen konfrontiert.

## 5.5 Probleme und Vorurteile am Arbeitsplatz

Ein weiteres Problem, mit dem viele Frauen an ihren Arbeitsplätzen zu kämpfen hatten, war sexuelle Belästigung. Diese Tatsache wird von Hopfgartner mit der Stellung der Frau an ihrem Arbeitsplatz in Verbindung gebracht. Der Umstand, dass viele Frauen in Niedriglohnbranchen arbeiteten, hierarchisch niedrig standen und ihre Position, Aufstiegschancen und auch ihr Arbeitsplatz von einem männlichen Vorgesetzten abhingen, war förderlich für eine Atmosphäre der Unterdrückung. Im Allgemeinen drückte sich die Diskriminierung von Frauenarbeit laut Hopfgartner in der niedrigeren Entlohnung im Vergleich zur männlichen Erwerbstätigkeit aus.<sup>377</sup>

Es kam nicht selten vor, dass Frauen trotz ausreichender Qualifikationen auf schlechter bezahlte Arbeitsplätze versetzt wurden, oder sogar zum Vorteil ihrer männlichen Kollegen gekündigt.<sup>378</sup>

Im Jahr 1927 fand, wie im Artikel ‚Die schmerzloseste und gerechteste Lösung - Ein Beitrag zur Behandlung der Frauen im Berufsleben‘ in der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ von Eugenie Palitschek erörtert wurde, solch eine unfaire Behandlung von Frauen in einem der großen Museen Wiens statt. Palitschek erläuterte, man wollte die Qualität und die Menge der Führungen für die vielen Touristen, die das Museum jedes Jahr besuchten, optimieren. Dafür organisierte das Museum einen Kurs mit anschließender Prüfung, die zur Abhaltung von Museumsführungen berechtigte. Am Ende dieser Ausbildung waren 11 Frauen und 19 Männer dazu befähigt. Es muss an dieser Stelle angemerkt werden, dass

<sup>377</sup> Hopfgartner: Zeichen, Maria Magdalena, Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, S. 43ff.

<sup>378</sup> Löffler: Die Rolle und Bedeutung der Frau im Nationalsozialismus, S. 57.

alle Frauen bereits eine kunsthistorische Ausbildung abgeschlossen hatten und dies bei den Herren nur die Ausnahme war. Am Ende des Jahres wurden aufgrund von Besucherrückgang alle Frauen entlassen, obwohl einige bereits unentgeltlich für das Museum gearbeitet hatten.

Die Begründung des Museums dafür war, dass zu viele Führer angestellt worden wären und man diese erst im Sommer brauchen würde. Diese Vorgehensweise wurde als „(...)schmerzlosester und gerechtester Ausweg“<sup>379</sup> bezeichnet, obwohl die qualifizierteren Arbeitnehmer eindeutig die Frauen mit dem kunsthistorischen Abschluss gewesen wären, argumentierte Palitschek.<sup>380</sup>

Es gab auch Branchen, die von Frauen weitestgehend gemieden wurden. Dabei handelte es sich um Branchen wie das Baugewerbe. Obwohl von Seiten des Staates viel versucht wurde, um das Arbeiten im Baugewerbe für Frauen attraktiver zu machen, wurden diese Arbeitsstellen nur sehr ungern angenommen. Der Grund, der von French dafür genannt wurde, war das unpassende und unsittliche Verhalten der männlichen Kollegen den Frauen gegenüber. Das männliche Verhalten ging teilweise sogar soweit, dass man ohne Umschweife von sexueller Belästigung sprechen konnte.<sup>381</sup> Die männlichen Kollegen nahmen ihr Verhalten überwiegend nicht als sexuelle Belästigung wahr und auch die Diskriminierung der weiblichen Kollegen wurde von ihnen nicht als solche angesehen. Sexuelle Belästigung und Diskriminierung waren in der männlichen Perspektive des Arbeitsumfeldes inexistent und wurden als alltägliche Rituale und Abfolgen gedeutet. Eine Untersuchung brachte zu Tage, dass 75% der befragten Frauen in der Zwischenkriegszeit sexueller Belästigung am Arbeitsplatz ausgesetzt waren. Man darf die Aussage über die Inexistenz der sexuellen Belästigung für Männer auch nicht verallgemeinern. Gerhart, Heiliger und Stehr merkten in ihrem Werk ‚Tatort Arbeitsplatz – Sexuelle Belästigung von Frauen‘ an, dass Diskriminierungen und Sexuelle Belästigungen von manchen Männern sogar zielgerichtet eingesetzt wurden, um Frauen aus ihren Positionen zu drängen.<sup>382</sup>

---

<sup>379</sup> Palitschek: Die schmerzloseste und gerechteste Lösung, Ein Beitrag zur Behandlung der Frauen im Berufsleben. In: Die Österreicherin (1928), Nr. 2, S. 6-7.

<sup>380</sup> ebenda.

<sup>381</sup> French: Der Krieg gegen die Frauen, S. 174.

<sup>382</sup> Gerhart, Heiliger, Stehr: Tatort Arbeitsplatz, Sexuelle Belästigung von Frauen, S. 39-40.



Weibliche Arbeitnehmer waren in der Zwischenkriegszeit an ihrem Arbeitsplatz ständig mit Diskriminierung in Form von schlechterer Bezahlung oder auch durch das Vorziehen von männlichen Kollegen trotz ebenbürtiger oder sogar höherer Qualifikation konfrontiert. Zu alledem waren sie auch oft den anzüglichen Bemerkungen ihrer männlichen Kollegen ausgesetzt, die ihnen ihren Arbeitsalltag erschwerten.

## 6. Freiwilliger Arbeitsdienst

### 6.1 Gesetzlich beschlossener, freiwilliger Arbeitsdienst

Durch den Arbeitsplatzmangel, der in der Zwischenkriegszeit herrschte, gab es eine Vielzahl an Arbeitslosen, wobei Jugendliche am schwersten davon betroffen waren. Trotz der großen Arbeitslosigkeit kamen weiterhin Arbeiter und Arbeiterinnen aus anderen Ländern Europas nach Österreich, um dort ihr Geld zu verdienen. Dadurch spitzte sich die Situation am Arbeitsmarkt in Österreich noch mehr zu.<sup>383</sup> Viele deutschsprachige Arbeiter und Angestellte kamen aus den ehemaligen Kronländern zurück nach Österreich. Der Großteil von ihnen kam aus Krain, Böhmen, Mähren, dem adriatischen Küstenland, Südtirol oder den ehemaligen südlichen Gebieten Kärntens.<sup>384</sup>

Der Staat versuchte den Zustrom der Immigranten und Immigrantinnen zu minimieren. Die Maßnahmen waren allerdings nicht erfolgreich. Die wirtschaftliche Lage in Österreich wurde Ende der zwanziger Jahre so schlimm, dass der Zustrom von selbst verebbte.<sup>385</sup>

Joseph Resch schrieb im Jahr 1932 in der Zeitschrift ‚Die Reichspost‘, dass die Regierung dieser Zeit bei dem Thema der gravierenden Jugendarbeitslosigkeit, die in Österreich vorherrschte, vor einem großen Problem stand. Resch erläuterte weiter, dass von Seiten der Regierung nach einer Lösung gesucht

---

<sup>383</sup> Stiefel: Der Arbeitsmarkt in Österreich in der Zwischenkriegszeit, S. 11-12.

<sup>384</sup> Burger, Morawek: Flucht und Migration, S. 29ff.

<sup>385</sup> Stiefel: Der Arbeitsmarkt in Österreich in der Zwischenkriegszeit, S. 11-12.

wurde, die den vielen verzweifelten Jugendlichen wieder Hoffnung und eine Perspektive für ihr weiteres Leben geben sollte. Resch argumentierte, dass das konservative politische Lager, im Gegensatz zu den Sozialdemokraten, in der Schaffung eines freiwilligen Arbeitsdienstes für Jugendliche die Lösung des Problems sah.<sup>386</sup> Resch äußerte sich überwiegend positiv bezüglich der Einführung eines freiwilligen Arbeitsdienstes. Dies lässt den Schluss zu, dass er ein Befürworter dieses Unterfangens gewesen sein muss.

„Die Reichspost“, in welcher der besagte Artikel „Der Freiwillige Arbeitsdienst“ von Resch erschien, war eine Zeitschrift, die für eine politisch interessierte, katholische Leserschaft konzipiert war. „Die Reichspost“ vertrat eine politisch konservative und wirtschaftlich antisemitische Linie.<sup>387</sup>

Friedrich Funder, der seit dem Jahr 1904 Herausgeber und Chefredakteur der „Reichspost“ war, beschrieb den Charakter der Zeitschrift so:

*„(...) unabhängig von Regierung und Finanzkapital, von christlichen Grundsätzen geleitet, nicht einem Stande dienstbar, den Großen und Mächtigen, wohl aber dienend dem christlichen Volke.“<sup>388</sup>*

Im August des Jahres 1932 wurde trotz der Ablehnung durch die Sozialdemokraten ein gesetzlicher freiwilliger Arbeitsdienst (FAD) eingeführt, mit dem gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit vorgegangen werden sollte. Die freiwilligen Arbeitsdienstleistenden wurden in Lagern untergebracht. Im Jahr 1933 wurden bereits 240 solcher Lager in Österreich betrieben. Die Bewohner der Lager wurden aufgrund ihrer grauen Uniformen vom Volksmund als „grau Mandln“ bezeichnet.<sup>389</sup> In den Regierungsjahren von Engelbert Dollfuß wurden Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit eher sparsam gesetzt. Im Jahr 1933 wurden 17.493 Jugendliche zum freiwilligen Arbeitsdienst eingeteilt und im Jahr 1934 stieg die Zahl der Freiwilligen bereits auf 20.000 an. Es wurden aber vor allem nur jene Jugendlichen eingesetzt, die „vaterländisch gesinnt“ waren.<sup>390</sup>

<sup>386</sup> Resch: Der Freiwillige Arbeitsdienst. In: Die Reichspost, Wien 21.8.1932.

<sup>387</sup> Lunzer: Die Entstehung der österreichischen Parteien und ihre Presse, S. 30f.

<sup>388</sup> Funder: Vom Gestern ins Heute. Vom Kaiserreich in die Republik, S. 158-159.

<sup>389</sup> Pawlowsky: Werksoldaten, graue Mandln, 50-Groschen-Dragoner, S. 226.

<sup>390</sup> Tálos: Sozialpolitik im Austrofaschismus, S. 230.

Bis zum Jahr 1935 wurde der freiwillige Arbeitsdienst stark forciert, anschließend reduzierte man ihn jedoch stark, da nicht die gewünschten Erfolge erzielt werden konnten.<sup>391</sup>

*„Arbeitsdienst ist die freiwillige Leistung gemeinnütziger, zusätzlicher Arbeiten durch Arbeitslose, ohne Lohn, nur gegen Befriedigung der einfachsten Lebensbedürfnisse.“*<sup>392</sup>

Laut der Zeitschrift ‚Die Reichspost‘ wurde der Schwerpunkt dieser Initiative auf den pädagogischen Aspekt gelegt. Die Jugendlichen sollten durch eine regelmäßige Betätigung den Wert der Arbeit nicht vergessen und das Gefühl erfahren, etwas zu leisten und gebraucht zu werden, argumentierte Resch.<sup>393</sup> Es ist anzunehmen, dass Resch mit seinen Äußerungen zum freiwilligen Arbeitsdienst versuchte, den Lesern und Leserinnen der ‚Reichspost‘, diese Maßnahme als perfekt und als große Chance der Jugendlichen zu verkaufen. Er war wie bereits geschildert wohl ein großer Befürworter des freiwilligen Arbeitsdienstes und erwähnte auch nicht, dass nur Jugendliche, deren Gesinnung zu jener des austrofaschistischen Regimes passte, in den freiwilligen Arbeitsdienst aufgenommen wurden.

Auch in der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ wurde im Jahr 1933 die Einführung des freiwilligen Arbeitsdienstes aufgegriffen. Marianne Hönig schrieb in ihrem Artikel ‚Der Freiwillige Arbeitsdienst in Österreich‘ über die Versorgung der freiwilligen Arbeitsdienstleistenden. Dem Artikel ist zu entnehmen, dass den freiwilligen Arbeitsdienstleistenden die Sozialhilfe weiterhin ausbezahlt würde, sofern sie eine bezogen hatten. Sollten sie aus irgendwelchen Umständen, wenn sie z.B. zu jung waren, keine Sozialhilfe erhalten, würden ihre Lebenshaltungskosten in Höhe von 2 Schilling pro Tag vom Staat übernommen werden.<sup>394</sup> Beim Lesen des Artikels von Hönig ist auffällig, dass vom BÖFV keine Stellungnahme zum freiwilligen Arbeitsdienst geleistet wird. Es ist nicht möglich aus dem Artikel eine negative oder positive Haltung herauszulesen. Hönig

<sup>391</sup> Pawlowsky: Werksoldaten, graue Mandln, 50-Groschen-Drögoner, S. 226.

<sup>392</sup> Der Arbeitsdienst in Österreich, Volkswirtschaftlicher Aufklärungsdienst, Bundesministerium für Handel und Verkehr, Amt für Wirtschaftspropaganda, Nr.8, Wien 14.12.1934.

<sup>393</sup> Resch: Der Freiwillige Arbeitsdienst. In: Die Reichspost, Wien 21.8.1932.

<sup>394</sup> Hönig: Der Freiwillige Arbeitsdienst in Österreich. In: Die Österreicherin (1933), Nr. 2, S. 2.

beschäftigt sich nur mit den organisatorischen Gegebenheiten des freiwilligen Arbeitsdienstes.

Später im Jahr 1933 verfasste Marianne Hönig einen weiteren Artikel zum Thema freiwilliger Arbeitsdienst, welcher auch in der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ erschien. Der Artikel von Hönig widmete sich diesmal mehr dem freiwilligen Arbeitsdienst für Mädchen. Hönig schrieb, wie bereits in ihrem ersten Artikel, sehr oberflächlich und erlaubte sich keine Meinung zum freiwilligen Arbeitsdienst. Sie erläuterte nur die Problematik des Fehlens von genügend Arbeitslagern für Mädchen. Den Grund für die wenigen Arbeitslager für Mädchen sah sie darin, dass es wesentlich mehr zu erledigende Arbeiten, wie etwa Maurerarbeiten und andere Arbeiten für Männer als für Frauen gab. Eines der wenigen Frauenlager befand sich laut Hönig in Ober-Siebenbrunn am Marchfeld. Dieses Lager war aber nicht dauerhaft, da es eigentlich eine Landwirtschaftsschule war und daher nur wenige Monate im Jahr als Lager für den freiwilligen Arbeitsdienst dienen konnte.<sup>395</sup>

Der freiwillige Arbeitsdienst war auch nach seiner Einführung von Seiten der Sozialdemokraten weiterhin umstritten. Man befürchtete, dass der Arbeitsdienst in eine paramilitärische Ausbildung abdriften könnte und so die Gefahr bestand, sich eine militärische Reservearmee in den freiwilligen Arbeitslagern zu schaffen.<sup>396</sup>

Aber es gab auch Bedenken von Seiten der Arbeitnehmer, denn es entstand aufgrund der vielen freiwilligen und subventionierten Arbeiter immer mehr die Angst, keine weiteren Aufträge zu bekommen. Der freiwillige Arbeitsdienst wurde gleich zu Beginn von sehr vielen Arbeitslosen angenommen, sodass ein starker Aufschwung stattfand. Es mussten im ersten Jahr sogar 13.000 Jugendliche abgewiesen werden, was sich jedoch mit der Anhebung des Anspruchsalters für Arbeitslosenunterstützung in Verbindung bringen lässt. Nach vier Jahren der freiwilligen Arbeitslager wurden sie wieder reduziert, da diese Initiative dem Staat viel mehr kostete als man zuvor kalkuliert hatte.<sup>397</sup>

---

<sup>395</sup> Hönig: Freiwilliger Arbeitsdienst für Mädchen. In: Die Österreicherin (1933), Nr. 8, S. 2-3.

<sup>396</sup> Bauer: Zwischen zwei Weltkriegen?, Bd. 4, S. 103.

<sup>397</sup> Stiefel: Der Arbeitsmarkt in Österreich in der Zwischenkriegszeit, S. 12.

## 6.2 Freiwilliges Arbeitslager für Mädchen vom Bund österreichischer Frauenvereine

Zu Beginn des Jahres 1934 wurde vom Bund österreichischer Frauenvereine ein Heim für arbeitswillige Mädchen in Wien eröffnet. Dieses sollte den jungen Frauen Halt geben und ihnen helfen, sich als nützliches Mitglied in die Gesellschaft zu integrieren.<sup>398</sup>

Die Argumente von Un. G., wie hilfreich das Führen eines Haushalts oder Arbeiten wie Kochen und Nähen für die Gesellschaft waren, sind zu hinterfragen. Es ist anzunehmen, dass es durchaus förderlicher gewesen wäre, den arbeitslosen Mädchen bei der Suche nach einer der wenigen freien Stellen am Arbeitsmarkt behilflich zu sein. Nach einer Zeit mussten die Mädchen das Heim wieder verlassen. Es hätte ihnen für ihr weiteres Leben bestimmt mehr Vorteile gebracht, neben den im Heim erworbenen Fortschritten in Nähen, Kochen und Putzen eine Anstellung gefunden zu haben.

Schon bei der Eröffnung des Heimes lebten bereits 20 Mädchen dort und waren dafür zuständig den Haushalt zu führen. Sie erledigten auch allfällige Arbeiten für Hilfsorganisationen in Wien, wie nähen, kochen oder backen.<sup>399</sup>

Fürth Ernestine schrieb im Jahr 1935 in ihrem Artikel ‚Vom freiwilligen Arbeitslager für Mädchen des BÖFV‘ über die großzügige Spende von Grünfläche, die der BÖFV erhalten hatte. Auf dieser Grünfläche konnten die Mädchen des Arbeitslagers nun Gartenbau betreiben und alle von ihnen benötigten Gemüse-, Obst- und Kräutersorten anbauen. Fürth erläuterte weiter, dass die Mädchen mit den Erträgen aus der Gartenarbeit in erster Linie ihr eigenes Lager, wie auch Männerlager, die Frauenhilfe und noch andere Organisationen versorgten.<sup>400</sup> In einem weiteren Artikel aus dem Jahr 1937, ging Ernestine Fürth auf das Lob für den Gartenbau der Mädchen ein. Sie schrieb, dass die Gartenarbeit von allen Seiten befürwortet wurde. Der Grund für den großen Zuspruch lag laut Fürth darin, dass in Österreich genügend Fläche zur Verfügung stand, auf der Lebensmittel zur Selbstversorgung angebaut werden

---

<sup>398</sup> Un., G.: Das Heim für arbeitswillige Mädchen des Bundes österreichischer Frauenvereine. In: Die Österreicherin (1934), Nr. 1, S. 2.

<sup>399</sup> ebenda.

<sup>400</sup> Fürth: Vom freiwilligen Arbeitslager für Mädchen des B.Ö.F.V. In: Die Österreicherin (1935), Nr. 8, S. 3.

könnten. Auf dieses Lob hin wurden den jungen Mädchen die Grundkenntnisse dafür vermittelt.<sup>401</sup>

Fürth Ernestine erwähnte 1935, dass das Lager in Döbling, nachdem es beinahe zwei Jahre geöffnet war, bereits 145 Mädchen beherbergt hatte und viele von ihnen es sogar in Richtung einer neuen Anstellung verließen.<sup>402</sup>

Hönig Marianne erörterte 1934 in ihrem Artikel ‚Arbeitslager für Mädchen und Führerinnenkurse‘ die Bildungsmöglichkeiten der Mädchen im Lager. Hönig erläuterte, dass die Mädchen die Möglichkeit hatten, sich in ihrer Freizeit weiterzubilden oder sich überhaupt zu bilden. Laut Hönig waren bei den Mädchen große Bildungsunterschiede festzustellen und es wurde ihnen Unterricht in Deutsch, Rechtschreibung, Englisch, Nähen und einigen weiteren Fächern angeboten. Hönig argumentierte, dass es dem BÖFV ein Anliegen war, dass die Mädchen später aufgrund ihrer Ausbildung im Lager fähig seien, ihren eigenen Haushalt gut und sparsam zu führen.<sup>403</sup>

Diese Aussage von Hönig widerspricht den grundsätzlichen Vorstellungen des BÖFV bezüglich des Rollenbildes der Frau. Der BÖFV hatte es sich eigentlich zur Aufgabe gemacht, die Frau aus dem veralteten Rollenbild Mutter-Ehefrau-Hausfrau zu befreien und sie nicht darauf vorzubereiten. Es wäre aber vorstellbar, dass diese Aussage von Hönig aufgrund der Ideale des austrofaschistischen Regimes in dem im Jahre 1934 erschienenen Artikel niedergeschrieben wurde, um die Legitimation des Arbeitslagers des BÖFV zu sichern.

Im selben Artikel ging Hönig auch auf die bereits besser gebildeten Mädchen ein. Für sie wurden Führerinnenkurse angeboten, in denen sie lernten, wie ein Mädchenlager zu führen ist. Abgeschlossen wurden diese Kurse mit einer Prüfung vor einer Kommission, die aus den unterrichtenden Lehrern und einigen anderen Persönlichkeiten aus den Ministerien bestand. Hönig argumentierte auch, dass einige der Mädchen, die bereits etwas Bildung genossen hatten, eine Anstellung fanden und das Lager verlassen konnten. Für andere hingegen war

<sup>401</sup> Fürth: Ein Arbeitsfeld für die Jugend. In: Die Österreicherin (1937), Nr. 5/6, S. 2.

<sup>402</sup> Fürth: Vom freiwilligen Arbeitslager für Mädchen des B.Ö.F.V. In: Die Österreicherin (1935), Nr. 8, S. 3.

<sup>403</sup> Hönig: Arbeitslager für Mädchen und Führerinnenkurse. In: Die Österreicherin (1934), Nr. 3, S. 1-2.

das Lager die einzige Perspektive und sollte es geschlossen werden, hätten sie nicht gewusst wohin sie hätten gehen sollen, schlussfolgerte Hönig.<sup>404</sup>

Diese vermeintliche Angst mancher Mädchen war nicht ganz unbegründet, wie im Artikel von Hönig auch zu lesen war. Denn die Arbeit der Mädchen für die Lager der Männer und wohltätige Organisationen brachte dem Lager kein Geld ein und so war ihre Existenz immerwährend bedroht. Hönig argumentierte, dass das Lager vom Staat leider nicht subventioniert wurde, sondern die Mädchen nur einen geringen pro Kopf Betrag bekamen, welchen sie in der Arbeitslosigkeit auch bekommen hatten. Dieser wurde laut Hönig auch immer erst Monate im Nachhinein ausbezahlt, was das Mädchenlager immer wieder in finanzielle Bedrängnis brachte. Hönig schlussfolgerte, dass die finanzielle Lage auch mit ein Grund war, warum es mehr Männerlager gab als Frauenlager. Männer verdienten mit ihrer Arbeit, die meist nicht wohltätig war, mehr Geld und konnten sich so leichter selbst erhalten.<sup>405</sup>

Die freiwilligen Arbeitslager für Mädchen und besonders das Arbeitslager des BÖFV war ein besonders wichtiges Thema für den BÖFV, wie auch an der Fülle an Artikeln in der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ zu erkennen ist. Das Arbeitslager für Mädchen wird vom BÖFV als besonders hilfreich für arbeitslose Mädchen beschrieben. Es war aber eher eine temporäre Lösung, indem man den Mädchen eine Aufgabe gab und sie versorgte. Die Bildung der Mädchen, die zuvor keine ausreichende Schulbildung erfahren hatten, hätte im Fokus stehen müssen sowie auch die Vermittlung der bereits ausreichend gebildeten jungen Frauen. Es ist anzunehmen, dass Pflichten wie Kochen und Nähen zu viel Aufmerksamkeit zuteil wurde, was bestimmt den Idealen des Austrofaschismus zuschulden war. Der BÖFV konnte sich, wollte er bestehen bleiben, nicht komplett dagegen aussprechen.

Der FAD (Freiwillige Arbeitsdienst) war also ein Instrument des Austrofaschismus, um den Arbeitsmarkt zu entlasten und jungen Menschen eine Aufgabe zu geben. Mädchen wurden in ihren Lagern auf den für den Austrofaschismus idealen Frauentyp geschult, worauf auch ihre Aufgaben, die

---

<sup>404</sup> Hönig: Arbeitslager für Mädchen und Führerinnenkurse. In: Die Österreicherin (1934), Nr. 3, S. 1-2..

<sup>405</sup> ebenda.

bereits zuvor erwähnt wurden, abgestimmt waren. Die jungen Frauen konnten die Arbeitslager jedoch zu jeder Zeit ohne Angabe von Gründen wieder verlassen.<sup>406</sup>

Hammerl und Keller merkten in ihrem Werk ‚Arbeitsdienst‘ an, wäre die wirtschaftliche Lage in Österreich zu dieser Zeit eine bessere gewesen, hätte der FAD wohl keinen Zuspruch durch die Bevölkerung erfahren.<sup>407</sup>

Ein Problem das Ernestine Fürth in ihrem Artikel ‚Was soll mit den schulentlassenen bedürftigen Mädchen geschehen?‘ aufgriff war, dass Jugendliche erst mit 16 Jahren in die freiwilligen Arbeitslager aufgenommen wurden, die Schulpflicht aber schon vor dem 16. Geburtstag endete.<sup>408</sup>

In der darauffolgenden Ausgabe der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ erschien erneut ein Artikel von Ernestine Fürth, in welchem sie einen Lösungsansatz für das eben genannte Problem vorstellte. Fürth schrieb, dass noch im Jahr 1935 eine für die Lösung dieses Problems zuständige Kommission unter der Leitung von Frau Hofrat Hertha Sprung ins Leben gerufen wurde.<sup>409</sup> Es wurden aber in den darauffolgenden Ausgaben keinerlei Ergebnisse dieser Kommission veröffentlicht.

---

<sup>406</sup> Hammerl, Keller: Arbeitsdienst, S 12ff.

<sup>407</sup> ebenda, S. 8.

<sup>408</sup> Fürth: Was soll mit den schulentlassenen bedürftigen Mädchen geschehen?. In: Die Österreicherin (1935), Nr. 5, S. 2.

<sup>409</sup> Fürth: Die Unterbringung schulentlassener, bedürftiger Mädchen. In: Die Österreicherin (1935), Nr. 6/7, S. 2.



## 7. Resümee

In der vorliegenden Arbeit wurde, wie bereits einführend beschrieben, eine qualitative Inhaltsanalyse der Zeitschrift ‚Die Österreicherin‘ durchgeführt. Aufgrund der Analyse kam ich zu dem Schluss, dass die Schilderungen der Autorinnen und Autoren, die Situation der Frauen bezüglich Bildung und Arbeitsmarkt betreffend, mit den Informationen, die ich der Sekundärliteratur entnehmen konnte, überwiegend übereinstimmten. Auffallend war aber, dass Geschehnisse, bei denen die angebliche Gleichberechtigung der Frauen herabgesetzt wurde, in den Artikeln überspitzt dargestellt wurden. Als Beispiel können der Lehrerinnenzölibat und das Doppelverdienergesetz genannt werden. Erstaunlich war auch, dass der Machtwechsel in Österreich in den Artikeln fast komplett ausgeklammert wurde. In der Zeitschrift wurde nur die neue Verfassung aus dem Jahr 1934 erwähnt, doch auf den Ständestaat wurde von den Autorinnen und Autoren kein Bezug genommen.

Abschließend sollen in diesem letzten Kapitel noch die gewonnenen Erkenntnisse zusammengefasst und die bereits eingangs erwähnte Forschungsfrage beantwortet werden. Ziel der vorliegenden Arbeit war es also herauszufinden, in welchen Berufen Frauen und insbesondere höher gebildete Frauen in der Zwischenkriegszeit tätig waren und ob diese Tätigkeiten ihrem Ausbildungsniveau entsprachen.

Die Ausbildungsmöglichkeiten für Mädchen und Frauen verbesserten sich zu Beginn der Zwischenkriegszeit enorm und mit den zunehmenden Möglichkeiten stieg in der ersten Republik auch das Ausbildungsniveau, das Mädchen erreichen konnten, an. Dazu trugen maßgeblich die Reformen des Schulsystems in den frühen 1920er Jahren bei. Jene Neuerungen, die auch die Chancengleichheit für Mädchen und Knaben bringen sollten, ebneten jungen Mädchen und Frauen den Weg zu höherer Bildung. Dies wurde erreicht, indem man die Gründung von neuen Mädchenmittelschulen forcierte und im Zuge der Reformen auch die Lehrpläne der Mädchen denen der Knaben größtenteils ebenbürtig gestaltete. Mit dem Beginn des Austrofaschismus in der zweiten Hälfte der Zwischenkriegszeit wurde den Mädchen der Weg zu höherer Bildung

erneut erschwert. Zumal das präferierte Frauenbild im Austrofaschismus wieder ein traditionelles war und Frauen ihre berufliche Erfüllung als Mutter, Haus- und Ehefrau finden sollten, anstatt eine Karriere am Arbeitsmarkt anzustreben. Änderungen die im austrofaschistischen Regime durchgeführt wurden, wie die Beschränkung des Zugangs für Mädchen an Knabenmittelschulen, erschwerten den Mädchen den Weg zur höheren Bildung erneut.

Höhere Bildung bedeutete in der Zwischenkriegszeit den Abschluss einer Mittelschule mit Matura, welche die Absolventinnen anschließend zu einem Studium an einer Universität berechtigte. Dies war, obwohl es viele Neuerungen zu Gunsten der Schülerinnen gab, immer noch schwer zu erreichen, da Mädchenmittelschulen aufgrund der Wirtschaftslage in große Bedrängnis gerieten und der Zugang für Mädchen zu Knabenmittelschulen beschränkt wurde. Zu Beginn meiner Recherchen definierte ich höhere Bildung als universitäres Studium, was allerdings eine falsche Annahme war, da es in der Zwischenkriegszeit für Mädchen erst vermehrt möglich wurde, eine Mittelschule mit Matura abzuschließen. Indes sprach man beim Abschluss eines Studiums von hoher Bildung, welche jedoch auch von einer immer größeren Zahl junger Frauen erreicht wurde. Diese steigende Zahl von Studentinnen in der Ersten Republik beinhaltete aber großteils Töchter aus der Mittel- bzw. Oberschicht der österreichischen Bevölkerung. Diese mussten nicht zwingend finanziell zum Unterhalt ihrer Familien beitragen und konnten sich einem Studium widmen. Im Ständestaat sank allerdings die Zahl der Studentinnen wieder, was auf den erschwerten Bildungsweg und das im Austrofaschismus präferierte Frauenbild zurückzuführen ist.

Obwohl immer mehr junge Frauen mit höherer Bildung die Schule verließen, war dies noch lange kein Garant dafür, eine gute Position am Arbeitsmarkt zu erlangen. Grundlegend waren die Berufschancen für diese Frauen nicht die allerbesten, da immer noch Männer bevorzugt wurden und die Situation am Arbeitsmarkt aufgrund der Wirtschaftskrise angespannt war. Frauen wurden gerne aus Gründen der Kostenersparnis für niedrige Arbeiten oder Hilfsarbeiten eingestellt. Deshalb mussten viele junge und gut ausgebildete Frauen solch eine Arbeitsstelle annehmen, um sich und eventuell ihre Familien - nicht jede Frau die eine niedere Arbeitsstelle annehmen musste hatte eine Familie - erhalten zu können. Nur wenige junge Frauen konnten sich nach dem Abschluss der

Mittelschule bzw. eines Studiums eine Karriere aufbauen und diese mussten sich meist zwischen Karriere und Familie entscheiden. Für Frauen in höheren Positionen waren Verzicht, Durchsetzungsvermögen, Qualifikation und Glück essentiell, um ihre gewünschte Position zu erlangen und zu behalten.

Aufgrund der vorhandenen Ausbildungsmöglichkeiten war es Frauen möglich, sich für eine höhere Position zu qualifizieren und prinzipiell einen Beruf zu ergreifen, der ihrem Ausbildungsniveau entsprach. Durch die Vorurteile vieler Arbeitgeber gegenüber weiblichen Arbeitnehmern war es für Frauen aber schwierig, wirklich in höheren Positionen Fuß fassen zu können. Auch zahlreiche gesetzliche Regelungen erschwerten den Frauen die Erwerbsarbeit. Dabei handelte es sich vor allem um das Verbot der Nachtarbeit, das Doppelverdienergesetz und den daraus resultierenden Zölibat für weibliche Beamte. Diese Verbote waren jedoch nicht die einzigen Ungerechtigkeiten, mit denen Frauen in der Zwischenkriegszeit am Arbeitsmarkt zu kämpfen hatten, denn sie wurden zusätzlich noch von einigen Berufen komplett ausgeschlossen. Dazu zählten etwa die Berufe der Polizistin oder der Richterin.

Grundsätzlich kann man sagen, dass in der untersuchten Zeit Frauen sehr viele Bürden zu tragen hatten und es keine wirkliche Gleichstellung der Frau mit dem Mann am Arbeitsmarkt gab.

Insgesamt lässt sich der Schluss ziehen, dass Frauen in der Zwischenkriegszeit überwiegend die Möglichkeit hatten, eine höhere Ausbildung zu absolvieren, sie dies auch taten und somit die Voraussetzungen für eine Anstellung in einer höheren Position gegeben waren. Doch das veraltete Denken und die Wirtschaftslage in Österreich machten eine Anstellung in adäquaten Berufen für Frauen sehr schwierig und so mussten viele auf alternative, ihrer Ausbildung nicht gerecht werdende Berufe ausweichen, um sich und ihre Familie finanziell versorgen zu können.

## 8. Literaturverzeichnis

*Abraham, Martin; Arpagaus, Jürg:*

Wettbewerb, soziales Umfeld oder gezielte Lebensplanung? Determinanten der horizontalen Geschlechtersegregation auf dem Lehrstellenmarkt. (2008). In: Beck, Ulrich; Braun, Norman; Nassehi, Armin (Hg.); Soziale Welt, 59 (3), S. 205-225.

*Achs, Oskar:*

Das Schulwesen in der Ersten Österreichischen Republik. Unveröffentl. Dissertation, Univ. Wien 1968.

*Achs, Oskar:*

Otto Glöckel. Ausgewählte Schriften und Reden; Jugend und Volk: Österreichischer Bundesverlag, Wien 1985.

*Adler, Alfred:*

Schriften zur Erziehung und Erziehungsberatung (1913 – 1937); Verlag Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen 2015.

*Aldcroft, Derek H.:*

From Versailles to Wall Street 1919-1929; University of California Press, Berkeley/Los Angeles 1977.

*Apathy, Peter:*

Marianne Meinhart (2002). In: Keintzel, Brigitta; Korotin, Ilse: Wissenschaftlerinnen in und aus Österreich. Leben-Werk-Wirken. Böhlau Verlag, Wien/Weimar/Köln, S. 507-509.

*Appelt, Erna:*

Die soziale Lage der weiblichen Angestellten Wiens in der Ersten Republik, Univ., Diss., Wien 1983.

*Bachinger Karl, Hemetsberger-Koller Hildegard, Matis Herbert:*

Grundriss der Österreichischen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte von 1848 bis zur Gegenwart; Verlag ÖBV-Klett-Cotta, Wien 1987.

*Bauer, Otto:*

Zwischen zwei Weltkriegen?: Die Krise der Weltwirtschaft, der Demokratie und des Sozialismus; Prager Verlag, Bratislava 1936.

*Benetka, Gerhard:*

Charlotte Bühler (2002). In: Keintzel, Brigitta; Korotin, Ilse: Wissenschaftlerinnen in und aus Österreich. Leben-Werk-Wirken. Böhlau Verlag, Wien/Weimar/Köln, S. 97-100.

*Berchtold, Klaus:*

Österreichische Parteiprogramme 1868-1966, Oldenbourg Verlag, Wien 1967.

*Berg, Christa:*

Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte 1870-1918; Verlag C H. Beck, München 1991.

*Berger, Elisabeth:*

„Scharfes Denken, also juristisches Denken ist weniger Sache der Frau“ (2013). In: Österreichische Rechtsanwaltskammer: Die Frau in der Rechtsanwaltschaft, 3. Ausgabe, Manz, Wien, S. 113-121.

*biografiA (Aspöck, Ruth; Weinzierl, Erika):*

Anna Maria Pölzl (2002). In: Keintzel, Brigitta; Korotin, Ilse; Wissenschaftlerinnen in und aus Österreich. Leben-Werk-Wirken, Böhlau Verlag, Wien/Weimar/Köln, S. 590.

*Bischof, Brigitte:*

Physikerinnen: 100 Jahre Frauenstudium an den Physikalischen Instituten der Universität Wien; Broschüre zur Ausstellung; Eigenverlag B. Bischof, Wien 1998.

*Bischof, Brigitte; Kenner, Clara:*

Stefanie Horovitz, (2002). In: Keintzel, Brigitta; Korotin, Ilse; Wissenschaftlerinnen in und aus Österreich. Leben-Werk-Wirken, Böhlau Verlag, Wien/Weimar/Köln, S. 310-312.

*Bock, Gisela:*

Frauen in der europäischen Geschichte: Vom Mittelalter bis zur Gegenwart; C.H.Beck Verlag, München 2000.

*Bolognese-Leuchtmüller, Birgit:*

„Und bei allem war man die Erste!“. Einführende Bemerkungen zum Thema Frauen und Medizin (2000). In: Horn, Sonia: Töchter des Hippokrates. 100 Jahre akademische Ärztinnen in Österreich, Verlag der Österreichischen Ärztekammer, Wien, S. 9-25.

*Botz, Gerhard:*

Angestellte zwischen Ständegesellschaft, Revolution und Faschismus. Zur Entwicklung des Begriffs und des Organisationsverhaltens von angestellten der Mittelschichten in Österreich 1890-1933 (1981). In: Kocka, Jürgen: Angestellte im europäischen Vergleich: die Herausbildung angestellter Mittelschichten seit dem späten 19. Jahrhundert; Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, S. 196-239.

*Braukmann Stephanie:*

„Die kapitalistische Gesellschaft schwächert mit Allem und Jedem“ – Die proletarisch-sozialistische Frauenbewegung im Kaiserreich und der Antisemitismus (2003). In: „Ariadne“ – Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte; Heft 43; Kassel, S. 6-13.

*Braun, Christian; Stephan, Inge:*

Gender Studien: Eine Einführung; Metzler Verlag, Stuttgart/Wismar, 2000.

*Buchner, Thomas:*

Arbeitsämter und Arbeitsmarkt in Deutschland (2008). In: Steidl, Buchner, Lausecker, Pinwinkler, Wadauer, Zeitlhofer (Hg.), Übergänge und Schnittmenge: Arbeit, Migration, Bevölkerung und Wissenschaftsgeschichte in Diskussion, Böhlau Verlag, Wien/Köln/Weimar, S. 133 – 158.

*Bundesministerium für Unterricht unter Mitwirkung des Österreichischen Statistischen Zentralamtes:*

Das Schul- und Bildungswesen in Österreich, Sonderdruck aus Heft 10 der „Österreichischen Schulstatistik“, 1961, S. 24.

*Bund österreichischer Frauenvereine:*

Die Österreicherin: Monatsblatt für alle Interessen der Frau; Organ des Bundes österreichischer Frauenvereine, Wien 1928 – 1938.

*Burger, Johann; Morawek, Elisabeth:*

Flucht und Migration. Die neue Völkerwanderung (1991). In: Bundesministerium für Unterricht und Kunst, Informationen zur politischen Bildung, Nr. 2, Wien.

*Butschek, Felix:*

Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert; Carl Ueberreuter Druck und Verlag M. Salzer Aktiengesellschaft, Österreich 1985.

*Cescutti, Eva:*

Herzog-Hauser, Gertud (2002). In: Keintzel, Brigitta; Korotin, Ilse; Wissenschaftlerinnen in und aus Österreich. Leben-Werk-Wirken, Böhlau Verlag, Wien/Weimar/Köln, S. 281-284.

*Cede, Franz:*

Verträge definieren das Land: 1919-1955-1995 (2008). In: Karner, Stefan; Mikoletzky, Lorenz; Österreich. 90 Jahre Republik. Beitragsband der Ausstellung im Parlament, Red.: Manfred Zollinger. – Innsbruck/Wien, S. 51-63.

*Czeike, Felix:*

Wien In: Österreich 1918-1938 Geschichte der Ersten Republik, Bd. 2; Verlag Styria, Graz Wien Köln 1983, S. 1043-1066.

*Dudek, Peter:*

Jugend als Objekt der Wissenschaft, Geschichte der Jugendforschung in Deutschland und Österreich 1890-1933; Westdeutscher Verlag, Opladen 1990.

*Dorner, Maren; Völkner, Katrin:*

Lebenswelten der weiblichen Angestellten: Kontor, Kino und Konsum? (Berlin 1995); In: Bock, Petra; Koblitz, Katja (Hg.), Neue Frauen zwischen den Zeiten. Ein studentisches Projekt an der TU Berlin in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, S. 84-111.

*Eigner, Peter; Herbert, Matis; Andreas, Resch:*

Sozialer Wohnbau in Wien. Eine historische Bestandaufnahme. (1999) In: JbVGStW 55, S. 49 – 100.

*Enderle-Burcel, Gertrude:*

Christlich-Ständisch-Autoritär. Mandatare im Ständestaat 1934-1938. Dokumentationsarchiv des Österr. Widerstandes, Wien 1991.

*Engelbrecht, Helmut:*

Geschichte des österreichischen Bildungswesens. Erziehung und Unterricht auf dem Boden Österreichs. Bd. 5, von 1918 bis zur Gegenwart, Österreichischer Bundesverlag, Wien 1988.

*Ennsman, Brigitte:*

Frauenpolitik und Frauenarbeit im Austrofaschismus., Univ., Dipl.-Arb., Wien 1993.

*Entner, Brigitte Sabine:*

Die ‚neue Frau‘ der Zwanziger Jahre oder Wie Befreiung zum Zwang wird. Eine Untersuchung zur Arbeits- und Lebensrealität der weiblichen Angestellten in Wien. (ungedr. geisteswiss. Dipl.arb. Wien 1989)

*Essen, Mineke van; Rogers, Rebecca:*

Zur Geschichte der Lehrerinnen: Historiographische Herausforderungen und internationale Perspektiven (2006). In: Zeitschrift für Pädagogik Jahrgang 52, Heft 3, Frankfurt am Main, S. 319-337.

*Flich, Renate:*

‚Mütterlich-sozial und hauswirtschaftlich-praktisch‘ Mädchenbildung nach dem Ersten Weltkrieg bis 1945 (1997). In: Brehmer, Ilse; Simon, Gertrud (Hg.), Geschichte der Frauenbildung und Mädchenerziehung in Österreich, Leykam Verlag, Graz, S. 220-234.

*Forkl Martha; Koffmann Elisabeth:*

Frauenstudium und akademische Frauenarbeit in Österreich, Wilhelm Braumüller; Universitäts-Verlagsbuchhandlung GmbH, Wien 1968.

*French, Marilyn:*

Der Krieg gegen die Frauen; Albrecht Knaus Verlag, München 1992.

*Frevert, Ute:*

Frauen-Geschichte. Zwischen bürgerlicher Verbesserung und neuer Weiblichkeit; Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1986.

*Fürer, Rudolf von:*

Die Gestaltung des Arbeitsmarktes, Studien über den Arbeitsmarkt. Herausgegeben vom Reichsverband der allgemeinen Arbeitsvermittlungsanstalt Österreichs, Bd. 1., Hölder, Wien/Leipzig 1911.

*Friedrich Funder:*

Vom Gestern ins Heute. Vom Kaiserreich in die Republik., Herold Verlag, 3. Auflage, Wien/München 1971.

*Gardey, Delphine:*

Ein Blick zurück: Zur Geschichte der Frauenarbeit (2001). In: Kraus, Beate: Frauenarbeit - Männerarbeit: neue Muster der Ungleichheit auf dem europäischen Arbeitsmarkt, Campus Verlag, Frankfurt am Main, S. 36-58.



*Gerhart, Ulrike; Heiliger, Anita; Stehr, Annette:*

Tatort Arbeitsplatz, Sexuelle Belästigung von Frauen; Verlag Frauenoffensive, München 1992.

*Geyer, Anna:*

Die Frauenerwerbsarbeit in Deutschland, Thüringer Verlag, Jena 1924.

*Glöckel, Otto:*

Das Tor der Zukunft (1917). In: Glöckel, O.: Ausgewählte Schriften und Reden; Hg. von Oskar Achs., Verlag Jugend und Volk, Wien 1985, S. 99-121.

*Griesebner, Andrea:*

Feministische Geschichtswissenschaft: Eine Einführung; Löcker GesmbH, Wien 2012.

*Gruber, Elke (o.J.):*

Kurze Geschichte des Bildungsbegriffs. Klagenfurt. Online verfügbar unter [http://files.adulteducation.at/wba/1-Gruber\\_Elke\\_Bildung.pdf](http://files.adulteducation.at/wba/1-Gruber_Elke_Bildung.pdf), zuletzt geprüft am 11.11.2016.

*Grüner, Gustav:*

Das berufliche Schulwesen in der Bundesrepublik Deutschland – Tatbestände und Entwicklungstrends. In: Die berufsbildende Schule (BbSch), 32., Heft 1, 1980, S. 42-58.

*Gugitscher, Karin:*

Bildungs- und Berufsberatung in Österreich historische betrachtet, Vom Fürsorgewesen über individualisierte Bildungsberatung zur lebensbegleitenden Beratung und Kompetenzvermittlung (2016). In: Bundesministerium für Bildung: Bildungs- und Berufsberatung in Österreich Standortbestimmung, Reflexionsräume und Perspektiven, Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs (Magazin Erwachsenenbildung.at) Ausgabe 29, 2016, S. 3-1 – 3-13.

*Häuslicher Ratgeber für Oesterreichs Frauen:*

Familienzeitung für Hauswirtschaft, Mode, Handarbeiten und Unterhaltung. Oskar Fischer Verlag, Jahrgang 31, Wien Jänner 1925 – Juli 1925.

*Haider, Günter:*

„Mutig in die neuen Zeiten – Schule braucht Aufbruch! Bildung für die Wissensgesellschaft.“(2006). In: Achs, Oskar; Corazza, Rupert; Gröpel, Wolfgang; Tesar, Eva (Hg.): Bildung – Promotor von Gleichheit oder Ungleichheit? Protokollband zum 10. Glöckel-Symposium, LIT Verlag, S. 79 – 113.

*Halwax, Isabella:*

Die gesellschaftliche Stellung der Frau und die Anfänge der Frauenbewegung in Österreich (1866 – 1918), Dipl.-Arb. Universität Wien 1994.

*Hammerl, Josef; Keller Franz:*

Der freiwillige Arbeitsdienst in Österreich, Ueberreuter Verlag, Wien 1933.

*Hartlieb, Elisabeth:*

Geschlechterdifferenz im Denken Friedrich Schleiermachers; Walter de Gruyter, Berlin/New York, 2006.

*Hauch, Gabriella:*

Frauen bewegen Politik : Österreich 1848 – 1938; Studien Verlag, Innsbruck/Wien 2009.

*Hauch, Gabriella:*

Vom Frauenstandpunkt aus. Frauen im Parlament 1919-1933. Verl. für Gesellschaftskritik, Wien 1995.

*Hauch, Gabriella:*

"Arbeit, Recht und Sittlichkeit" Themen der Frauenbewegungen in der Habsburgermonarchie (2006). In: Rumpler, Helmut; Urbanitsch, Peter: "Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft", Band VIII/1, "Vereine, Parteien und Interessensverbände als Träger der politischen Partizipation", Wien, S. 965-1003.

*Hausen, Karin; Krell, Gertraude:*

Perspektiven einer Politik der Gleichstellung von Frauen und Männern (1993). In: Frauenerwerbsarbeit: Forschungen zu Geschichte und Gegenwart. Mering Hampp, München, S. 9-25.

*Heindl, Waltraud:*

Bildung und Emanzipation. Studentinnen an der Universität Wien (2015). In: Friedrich Stadler im Namen der "Universitären Kommission zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der Universitätsgeschichte, insbesondere im Rahmen des 650-Jahr-Jubiläums" und des Forums "Zeitgeschichte der Universität Wien" (Katharina Kniefacz und Herbert Posch): Universität - Politik – Gesellschaft, Göttingen, S. 529-563.

*Heindl, Waltraud:*

Die konfessionellen Verhältnisse. Jüdische und katholische Studentinnen (1993). In: Tichy Marina: „Durch Erkenntnis zu Freiheit und Glück ...“ Frauen an der Universität Wien (ab 1897), WUV-Universitätsverlag, Wien, S. 139-149.

*Heindl, Waltraud:*

Josephinische Mandarine: Bürokratie und Beamte in Österreich, Band 2: 1848-1914, Böhlau Verlag, Wien/Graz 2013.

*Henning, Friedrich-Wilhelm:*

Das industrialisierte Deutschland 1914-1992; 9. Auflage, UTB Verlag, Paderborn 1997.

*Hirsch, Jenny:*

Geschichte der 25jährigen Wirksamkeit (1866-1891) des unter dem Protektorat Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin Friedrich stehenden Lette-Vereins zur Förderung höherer Bildung und Erwerbsfähigkeit des weiblichen Geschlechts, Verlag der Setzerinnenschule des Lette-Vereins, Berlin 1891.

*Hoffrath, Christiane:*

Bücherspuren: Das Schicksal von Elise und Helene Richter und ihrer Bibliothek im dritten Reich; Böhlau Verlag, Köln/Weimar/Wien 2009.

*Hofstätter, Robert:*

Die arbeitende Frau: Ihre wirtschaftliche Lage, Gesundheit, Ehe und Mutterschaft; M. Perles, Wien/Leipzig 1929.

*Hoke, Rudolf:*

Österreichische und deutsche Rechtsgeschichte, 2. verb. Auflage, Böhlau Verlag, Wien 1996.

*Hopfgartner, Andrea; Zeichen, Maria Magdalena:*

Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, 2. Auflage; Bundesministerium für Arbeit und Soziales; Frauenreferat, Wien 1988.

*Horn, Sonia:*

Coronini-Kronberg, Carmen (2002). In: Keintzel, Brigitta; Korotin, Ilse: Wissenschaftlerinnen in und aus Österreich. Leben-Werk-Wirken. Böhlau Verlag, Wien/Weimar/Köln, S. 119-121.

*Ingrisch, Doris:*

Gender-Dimensionen (2015). In: Nemeth, Elisabeth; Kniefacz, Katharina; Posch, Herbert; Stadler, Friedrich: Universität – Forschung – Lehre: Themen und Perspektiven im langen 20. Jahrhundert, Vienna University Press, Göttingen, S. 337-362.

*Jacobeit, Sigrid; Jacobeit, Wolfgang:*

Illustrierte Alltags- und Sozialgeschichte Deutschlands 1900-1945, Westfälisches Dampfboot, Münster 1995.

*Jaide, Walter:*

Die Berufswahl: Eine Untersuchung über die Voraussetzungen und Motive der Berufswahl bei Jugendlichen von heute; Verlag Juventa, München 1961.

*Kaiser, Veronika:*

Österreichs Frauen 1918-1938. Studie zu Alltag und Rollenverständnis in politischen Frauenblättern. phil. Diss., Wien 1986.

*Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien:*

Handbuch der Frauenarbeit in Österreich, Carl Ueberreuter, Wien 1930.

*Kanduth, Erika:*

Elise Richter (2002). In: Keintzel, Brigitta; Korotin, Ilse: Wissenschaftlerinnen in und aus Österreich. Leben-Werk-Wirken. Böhlau Verlag, Wien/Weimar/Köln, S.616-619.

*Kant, Immanuel:*

Beobachtungen über das Gefühl des Schönen und Erhabenen; Riga 1771.

*Kassel, Brigitte.:*

Das Geschlecht der Qualifikation ist männlich: Ausbildung und Qualifikation in der Metallindustrie vor 1930 (1993). In: Karin Hausen: Geschlechterhierarchie und Arbeitsteilung. Zur Geschichte ungleicher Erwerbschancen für Männer und Frauen; Verlag Vanderhoeck & Ruprecht ,Göttingen, S. 125 – 143.

*Kelz, Hannelore:*

Beiträge zur pädagogischen Psychologie: Chancengleichheit durch Bildung; Pädagogischer Verlag Eugen Kettler, Wien 1986.

*Kleinau, Elke; Opitz, Claudia:*

Geschichte der Mädchen und Frauenbildung: Vom Vormärz bis zur Gegenwart; Campus Verlag Frankfurt/New York 1996.

*Koch-Mertens, Wiebke:*

Der Mensch und seine Kleider: 2. Die Kulturgeschichte der Mode im 20. Jahrhundert; Verlag Artemis & Winkler, Düsseldorf 2000.

*Köstler, Rudolf:*

Das österreichische Eherecht. Unter Mitberücksichtigung des burgenländischen Eherechts, Rikola Verlag, Wien/München/Leipzig 1923.

*Konietzka, Dirk; Kreyenfeld, Michael:*

Ein Leben ohne Kinder: Ausmaß, Struktur und Ursachen von Kinderlosigkeit; 2. Auflage, Verlag Springer Fachmedien Wiesbaden, Wiesbaden 2013.

*Kreisky, Eva:*

Geschlecht und Eigensinn: feministische Recherchen in der Politikwissenschaft, Böhlau Verlag, Wien/Köln/Weimar 1998.

*Kuczynski, Jürgen:*

Geschichte des Alltags des deutschen Volkes, Band 5 1918-1945. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1982.

*Kühne, Alfred:*

Handbuch für das Berufs- und Fachschulwesen. 2., erweiterte Auflage; Leipzig 1929.

*Lanzer, Wanda:*

Die Berufsausbildung der arbeitenden Frau. (1930) In: Kammer für Arbeiter und Angestellte (Hg.): Handbuch der Frauenarbeit in Österreich; Carl Ueberreuter Verlag, Wien, S. 428 – 448.

*Lehmann, Brigitte:*

Einleitung (2008) In: Lehmann, Brigitte (Hg.): Dass die Frau zur Frau erzogen wird: Frauenpolitik und Ständestaat., Löcker Verlag, Wien, S. 7-14.

*Lehrl, Joseph:*

Überlegung vor dem Neubau des österreichischen Schulwesens; VdgsBl. d. UM., Pädagog. Mitteilung 1948.

*Leichter, Käthe:*

Frauenarbeit und Arbeiterinnenschutz in Österreich; Verlag Arbeit und Wirtschaft, Wien 1927.

*Leisch-Prost, Edith:*

Marianne Beth (2002). In: Keintzel, Brigitta; Korotin, Ilse; Wissenschaftlerinnen in und aus Österreich. Leben-Werk-Wirken, Böhlau Verlag, Wien/Weimar/Köln, S. 63-64.

*Leitner, Andrea:*

Frauenberufe-Männerberufe, Zur Persistenz geschlechtshierarchischer Arbeitsmarktsegregation; Institut für höhere Studien, Wien 2001.

*Lisch, Ralf; Kriz, Jürgen:*

Grundlagen und Modelle der Inhaltsanalyse, Bestandsaufnahme und Kritik; Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH, Reinbek bei Hamburg 1978.

*List-Ganser, Berta:*

Die Frau in den akademischen Berufen (1930). In: Frauenbewegung, Frauenbildung und Frauenarbeit in Österreich; Selbstverlag BÖFV, Wien, S. 295 – 300.

*Löffler, Christina:*

Die Rolle und Bedeutung der Frau im Nationalsozialismus. Antifeminismus oder moderne Emanzipationsförderung, VDM-Verl. Müller. Saarbrücken 2007.

*Loschek, Ingrid:*

Mode im 20. Jahrhundert: eine Kulturgeschichte unserer Zeit; Bruckmann Verlag, München 1984.

*Marianne, Lunzer:*

Die Entstehung der österreichischen Parteien und ihre Presse, Zeitung und Forschung, Wien 1954.

*März, Eduard:*

Die große Depression in Österreich 1930-1933 (1990). In: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik, Wirtschaft und Gesellschaft – WuG, Ausgabe 16, Thema 3, S. 409-438.

*Matis, Herbert; Stiefel Dieter:*

Die Weltwirtschaft: Struktur und Entwicklung im 20.Jahrhundert, Ueberreuter Verlag, Wien 1991.

*Mayer, Amalie; Meissner, Hildegard und Seiss, Henriette:*

Geschichte der Österreichischen Mädchenmittelschulen; Österreichischer Bundesverlag, Wien 1952.

*Mayring, Philipp:*

Qualitative Inhaltsanalyse, Grundlagen und Techniken 10. neu ausgestattete Auflage; Beltz Verlag, Weinheim/Basel 2008.

*Mazohl-Wallnig, Brigitte; Friedrich, Margret:*

Erna Patzelt (2002). In: Keintzel, Brigitta; Korotin, Ilse: Wissenschaftlerinnen in und aus Österreich. Leben-Werk-Wirken. Böhlau Verlag, Wien/Weimar/Köln, S. 555-560.

*Meggeneder, Oskar; Nemella, Joachim:*

Die Arbeits- und Berufssituation junger Frauen, Ergebnisse einer empirischen Studie; Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaft der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich, Linz 1988.

*Merten, Klaus:*

Inhaltsanalyse, Einführung in Theorie, Methode und Praxis, Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen, 2. verbesserte Auflage, 1995.

*Mikoletzky, Juliane:*

Annemarie Schmölzer (2002). In: Keintzel, Brigitta; Korotin, Ilse; Wissenschaftlerinnen in und aus Österreich. Leben-Werk-Wirken, Böhlau Verlag, Wien/Weimar/Köln, S. 661.

*Mikoletzky, Juliane; Georgeacopol-Winischhofer, Ute; Pohl, Margit:*

„Dem Zuge der Zeit entsprechend...“: Zur Geschichte des Frauenstudiums in Österreich am Beispiel der Technischen Universität Wien, WUV-Univ.-Verlag, Wien, 1997.

*Mühlleitner, Elke:*

Hermine Lichtenstern (2002). In: Keintzel, Brigitta; Korotin, Ilse; Wissenschaftlerinnen in und aus Österreich. Leben-Werk-Wirken, Böhlau Verlag, Wien/Weimar/Köln, S. 474-475.

*Mühlleitner, Elke:*

Margarethe Hilferding (2002). In: Keintzel, Brigitta; Korotin, Ilse: Wissenschaftlerinnen in und aus Österreich. Leben-Werk-Wirken. Böhlau Verlag, Wien/Weimar/Köln, S. 289-290.

*Nachbaur, Ulrich:*

Lehrerinnenzölibat: Zur Geschichte der Pflichtschullehrerinnen in Vorarlberg im Vergleich mit anderen Ländern, Institut für sozialwissenschaftliche Regionalforschung Veröffentlichung 8; Roderer Verlag, Regensburg 2011.

*Nautz, Jürgen:*

Helene Lieser (2002). In: Keintzel, Brigitta; Korotin, Ilse: Wissenschaftlerinnen in und aus Österreich. Leben-Werk-Wirken. Böhlau Verlag, Wien/Weimar/Köln, S. 467-477.

*Olechowski, Richard:*

Schulpolitik (1983). In: Weinzierl, Erika; Skalnik, Kurt (Hg.): Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik. Band 2., Styria, Graz, S.589-607.

*Olechowski, Thomas; Ehs, Tamara; Staudigl-Ciechowicz, Kamila:*

Die Wiener Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät 1918 – 1938; Band 20 von Schriften des Archivs der Universität Wien Fortsetzung der Schriftenreihe des Universitätsarchivs, herausgegeben von: Mühlberger, Kurt; Maisel, Thomas; Seidl, Johannes; Vienna University Press, Göttingen 2014.

*Pahl, Jörg-Peter:*

Berufsbildende Schulen, Bestandsaufnahme und Perspektiven; W. Bertelsmann Verlag GmbH&Co.KG, Bielefeld 2007.

*Palla, Edmund:*

Maßnahmen für Arbeiter und Angestellte. Ein Jahr Arbeitslosenfürsorge in Österreich (1919). In: Amtliche Nachrichten des Österreichisch Staatsamtes für soziale Verwaltung 1, S. 842-856.

*Papp, Claudia:*

„Die Kraft der weiblichen Seele“: Feminismus in Ungarn 1918-1941, Band 25, LIT Verlag, Münster 2004.

*Pawlowsky, Verena:*

Werksoldaten, graue Mandln, 50-Groschen-Dragonier. Der Freiwillige Arbeitsdienst in Österreich (1990). In: Zeitgeschichte 17. Jg. Nr. 5, S. 226-235.

*Pellar, Brigitte:*

Arbeit mit Zwangszölibat (2010). In: Arbeit und Wirtschaft, Heft 7-8, AK-Wien, Wien, S. 11.

*Pfaff, Annetta:*

Aufsatz im Mittelschullehrer über Gewerkschaftsfragen; Mitteilung des Vereins MMSch, Wien 1928.



*Piffl, Rudolf; Herget, Anton (Hg.) und Weiss, Anton:*

Geschichte der Erziehung und des Unterrichts für österreichische Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten, Band 3 von Lehrbuch der Pädagogik; Verlag k. k. Schulbuchverlag, Wien 1916.

*Popp, Adelheid:*

Der Weg zur Höhe. Die sozialdemokratische Frauenbewegung Österreichs. Ihr Aufbau, ihre Entwicklung und ihr Aufstieg, Frauenzentalkomitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs, Wien 1929.

*Reiter-Zatloukal, Ilse; Sauer, Barbara:*

Die Pionierinnen der österreichischen Rechtsanwaltschaft (2013). In: Österreichische Rechtsanwaltskammer: Die Frau in der Rechtsanwaltschaft, 3. Ausgabe, Manz, Wien, S. 109-112.

*Resch, Josef:*

Der Freiwillige Arbeitsdienst (21.8.1932) In: Die Reichspost, Wien.

*Rolff, Hans-Günter:*

„Schule in der Wissensgesellschaft – Neue Verwerfungen und neue Chancen?“ (2006). In: Achs, Oskar; Corazza, Rupert; Gröpel, Wolfgang; Tesar, Eva (Hg.): Bildung – Promotor von Gleichheit oder Ungleichheit? Protokollband zum 10. Glöckel-Symposium, LIT Verlag, S. 15 – 24.

*Rigler, Edith:*

Frauenleitbild und Frauenarbeit in Österreich; Oldenbourg Wissenschaftsverlag, Wien 1976.

*Rille, H.:*

Die psychische Relevanz des bürgerliche-individualistischen Leistungs- und Aufstiegsprinzips für Einstellung und Erwerbstätigkeit der Frau; Linz 1983.

*Rolff, Hans-Günter:*

„Schule in der Wissensgesellschaft – Neue Verwerfungen und neue Chancen?“ (2006) In: Achs, Oskar/Corazza, Rupert/ Gröpel, Wolfgang/Tesar, Eva (Hg.): Bildung – Promotor von Gleichheit oder Ungleichheit? Protokollband zum 10. Glöckel Symposium. Wien: LIT Verlag. S. 15 - 24

*Scheipl, Josef; Seel, Helmut (Hg.):*

Die Entwicklung des österreichischen Schulwesens von 1750-1938, Graz 1987. (Studententexte für die pädagogische Ausbildung der Lehrer höherer Schulen)

*Schilder, Elisabeth:*

Die studierte Frau (1930). In: Handbuch der Frauenarbeit in Österreich, Kammer für Arbeit und Angestellte, Wien, S. 313.

*Schöffl, Otto:*

Schule im Wandel, Gedanken eines ehemaligen Lehrers zu Schule, Schüler, Eltern, Lehrerkollegen, Direktoren, Schulaufsicht, Schulnoten, Lehrersprüche, Lehrer- und Schulwitze, Kluge Menschen über die Schule, Erziehung; Books on Demand GmbH, Nordstedt 2011.

*Schorsch, Johann:*

Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit; Verlag Arbeit und Wirtschaft, Wien 1930.

*Schreiber, Horst:*

Für Gott, Kaiser und Vaterland: Schwaz im Ersten Weltkrieg 1914-1918 (1999). In: Stadtgemeinde Schwaz; Alexander, Helmut (Hg.): Schwaz. Der Weg einer Stadt, Verlag Ed. Löwenzahn, Innsbruck S. 23 – 46.

*Schulz, Wolfgang:*

Österreich zur Jahrhundertwende: gesellschaftliche Werthaltungen und Lebensqualität; VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005.

*Schwarz, Olly:*

Die weibliche Berufsberatung (1930). In: Kammer für Arbeiter und Angestellte (Hg.): Handbuch der Frauenarbeit in Österreich, Carl Ueberreuter Verlag, Wien, S. 522 – 531.

*Simon, Gertrud:*

Hintertreppe zum Elfenbeinturm. Höhere Mädchenbildung in Österreich – Anfänge und Entwicklung. Ein Beitrag zur Historiographie und Systematik der Erziehungswissenschaften, Wiener Frauenverlag, Wien 1993. (=Reihe Dokumentation Bd. 9)

*Statistik Austria:*

Bildung in Zahlen: Tabellenband; Verlag Österreich GmbH, Wien 2016.

*Statistiken zur Arbeitslosenversicherung, Bundesministerium für Soziale Verwaltung:*

Wien 1934: und Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Konjunkturforschung, Wien 1938.

*Stiefel, Dieter:*

Arbeitslosigkeit. Soziale, politische und wirtschaftliche Auswirkungen – am Beispiel Österreich 1918-1938, Duncker & Humboldt, Berlin 1979.

*Stiefel, Dieter:*

Der Arbeitsmarkt in Österreich in der Zwischenkriegszeit, In: Die Ökonomik der Arbeiterbewegung zwischen den Weltkriegen, Band 1; Leykam Verlag, Graz 2006.

*Stötzl, Georg; Wengeler, Martin:*

Kontroverse Begriffe: Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland; Walter de Gruyter Verlag, Berlin/New York 1995.

*Studer, Brigitte:*

Arbeiterinnen zwischen Familie, Erwerbsarbeit und Gewerkschaft, 1880-1945. (1988) In: Barben, Marie-Louise (Hg.): Verflocht und zugenäht! Frauenberufsbildung - Frauenerwerbsarbeit 1888 – 1988; Beiträge zur gleichnamigen Ausstellung im Rahmen des hundertjährigen Jubiläums der Berufs-, Fach- und Fortbildungsschule Bern; Chronos-Verlag, Zürich, S. 55-65.

*Tálos, Emmerich:*

Das Austrofaschistische Herrschaftssystem, Österreich 1933-1928, Band 8. LIT Verlag, Wien 2013.

*Tálos, Emmerich:*

Sozialpolitik im Austrofaschismus (2012). In: Emmerich Tálos und Wolfgang Neugebauer: Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur. 1933 – 1938, Lit-Verl., Wien, S. 222-237.

*Talós, Emmerich; Manoschek, Walter:*

Aspekte der politischen Struktur des Austrofaschismus: (Verfassungs-) Rechtlicher Rahmen – politische Wirklichkeit – Akteure (2005). In: Talós, Emmerich; Neugebauer, Wolfgang: Austrofaschismus. Politik-Ökonomie-Kultur, Lit-Verl., Wien, S. 124-160.

*Tosch, Frank:*

Gymnasium und Systemdynamik: 1890-1938; Verlag Julius Klinkhardt, Bad Heilbrunn 2006.

*Urban, Gisela:*

Die Entwicklung der Österreichischen Frauenbewegung. Im Spiegel der wichtigsten Vereinsgründungen (1930). In: Frauenbewegung, Frauenbildung und Frauenarbeit in Österreich; im Auftrag des Bundes österreichischer Frauenvereine (Selbstverlag des Bundes österreichischer Frauenvereine), Wien, S. 25-64.

*Voigt, Martina:*

Unternehmerinnen und Unternehmenserfolg. Geschlechtsspezifische Besonderheiten bei Gründung und Führung von Unternehmen; Deutscher Universitätsverlag und Gabler Verlag, Wiesbaden, 1994.

*Wadauer, Sigrid:*

Establishing distinction: Unemployment versus Vagancy (in Austria from the Late Nine-teenth Century tot he Anschluss) (2011). In: IRSH 56, S. 31 – 70.

*Wagemann, Ernst:*

Struktur und Rhythmus der Weltwirtschaft: Grundlagen einer weltwirtschaftlichen Konjunkturlehre; Hobbing Verlag, Berlin 1931.

*Weissensteiner, Friedrich:*

"Michael Hainisch - 75 Jahre aus bewegter Zeit -Lebenserinnerungen eines österreichischen Staatsoberhauptes"; Veröffentlichungen der Kommission für neuere Geschichte Österreichs, Band 64, Wien 1978.

*Weizemann, Tanja:*

Frauen in Führungspositionen: Beschreibung der Schwierigkeit von Frauen in Führungspositionen in Bezug auf die Vorurteile und die Geschlechterhierarchie; Grin Verlag, Norderstedt 2007.

*Zahra Tara:*

The Lost Children: Reconstructing Europe's Families after World War II; Harvard University Press, Cambridge/London 2001.

*Zulehner, Paul:*

Kirche und Austromarxismus. Eine Studie zur Problematik Kirche – Staat– Gesellschaft. Herder Verlag, Wien 1967.

**Lexica:**

Meyers Großes Taschenlexikon, Bd. 2 Anh-Bahn, Mannheim-Wien-Zürich 1983.

**Tabellen:**

Tabelle 1: Gesuche bei öffentlichen Arbeitsämtern zwischen 1910 und 1937,  
nach Geschlechtern getrennt, S. 85.

**Internet Quellen:**

*Homepage des österreichischen Parlaments:*

URL: <https://www.parlament.gv.at/WWER/NR/ABG/> [Stand: 27. November 2016].

[http://www.rechtsanwaelte.at/index.php?eID=tx\\_nawsecuredl&u=0&g=0&t=1405501977&hash=f7efad4c98505ea76de3752e6751fae9cd1424eb&file=fileadmin/user\\_upload/Anwaltsblatt/AnwBI\\_2013\\_03.pdf](http://www.rechtsanwaelte.at/index.php?eID=tx_nawsecuredl&u=0&g=0&t=1405501977&hash=f7efad4c98505ea76de3752e6751fae9cd1424eb&file=fileadmin/user_upload/Anwaltsblatt/AnwBI_2013_03.pdf)  
[Stand: 13. Februar 2017]

*Sabitzer, Werner:* Polizeigeschichte: Geschichte des Kriminaldienstes bis 1960.

URL: <http://www.polizei.gv.at/noe/Publikationen/geschichte/Kriminaldienst.aspx>  
[Stand 2016-11-17]

## **Abstract**

In der vorliegenden Arbeit wird besprochen, in welchen Berufen Frauen und besonders höher gebildete Frauen in der Zwischenkriegszeit tätig waren und ob diese Tätigkeiten ihrem Ausbildungsniveau entsprachen.

Um diese Frage zufriedenstellend beantworten zu können, wird ermittelt, welche Bildungs- und Erwerbsmöglichkeiten Frauen in dieser Zeit überhaupt offen standen und ob es grundlegende gesetzliche Regelungen für den Zugang von Frauen zur Bildung und zum Arbeitsmarkt gab.

Die Ausbildungsmöglichkeiten für Mädchen und Frauen verbesserten sich zu Beginn der Zwischenkriegszeit enorm und mit den zunehmenden Möglichkeiten stieg in der ersten Republik auch das Ausbildungsniveau, das Mädchen erreichen konnten, an. Mit dem Beginn des Austrofaschismus in der zweiten Hälfte der Zwischenkriegszeit wurde den Mädchen der Weg zu höherer Bildung erneut erschwert. Zumal das präferierte Frauenbild im Austrofaschismus wieder ein traditionelles war.

Obwohl immer mehr junge Frauen mit höherer Bildung die Schule verließen, war dies noch lange kein Garant dafür, eine gute Position am Arbeitsmarkt zu erlangen. Grundlegend waren die Berufschancen für diese Frauen in der Zwischenkriegszeit nicht die allerbesten, da immer noch Männer bevorzugt wurden und die Situation am Arbeitsmarkt aufgrund der Wirtschaftskrise angespannt war.